

100. Sitzung

25. September 2007, 12.30 Uhr

(Art. 1319-1321)

Vorsitzender: Heinrich Schöni, Oftringen
Protokollführung: Rahel Ommerli, Ratssekretär Stellvertreterin
Präsenz: Anwesend 132 Mitglieder
Abwesend mit Entschuldigung 8 Mitglieder
Entschuldigt abwesend: Fredy Böni, Möhlin; Walter Deppeler-Lang, Tegerfelden; Bernadette Favre-Bitter, Wallbach; Brigitte Hoffmann, Küttigen; Katharina Kerr Rüesch, Aarau; Adrian Schoch, Fislisbach; Ruedi Suter, Seengen; Hansjörg Wittwer, Aarau;

Behandelte Traktanden		Seite
1319	Postulat Dr. Bernhard Scholl, Möhlin, betreffend Optimierung des Einbürgerungsverfahrens auf Stufe Gemeinde; Einreichung und schriftliche Begründung	2664
1320	Auftrag Sylvia Flückiger-Bäni, Schöftland, betreffend Schaffung eines erweiterten Angebots an Parkplätzen bei Autobahnauffahrten und Bahnhöfen; Einreichung und schriftliche Begründung	2664
1321	Interpellation Brunette Lüscher, Magden, vom betreffend Dimensionierung von Retentionsanlagen im Zusammenhang mit der Einleitung von Meteorwasser in öffentliche Gewässer; Einreichung und schriftliche Begründung	2664
1322	Planungsbericht Bildungskleeblatt; Fortsetzung der Beratungen	2665

Vorsitzender: Ich begrüsse Sie zur 100. Sitzung der laufenden Legislaturperiode.

1319 Postulat Dr. Bernhard Scholl, FDP, Möhlin, betreffend Optimierung des Einbürgerungsverfahrens auf Stufe Gemeinde; Einreichung und schriftliche Begründung

Von *Dr. Bernhard Scholl, FDP, Möhlin*, und 19 mitunterzeichnenden Ratsmitgliedern wird folgendes Postulat eingereicht:

Text:

Der Regierungsrat wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe "Einbürgerungen" zu bilden oder zu reaktivieren, die sich mit dem Einbürgerungsprozess auf Stufe Gemeinde befasst. Unter der Schirmherrschaft des Regierungsrats sollen Gemeindevorsteher, Gemeindevizepräsidenten und andere involvierte Stellen Wege und Lösungen finden, die den Einbürgerungsprozess und die Information der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf Stufe Gemeinde optimieren. Die drei folgenden Ziele sollen erreicht werden:

1. Einbürgerungsgesuche müssen professionell in einem mehrstufigen Prozess behandelt werden.
2. Es ist konsequent darauf zu achten, dass die Einbürgerungsvoraussetzungen gemäss Bürgerrechtsgesetz und Verordnung eingehalten werden. Gesuche, die nicht in allen Punkten die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen, sind gar nicht erst der Gemeindeversammlung oder dem Einwohnerrat zum Entscheid vorzulegen.
3. Basierend auf den ersten beiden Punkten ist der Stimmbürger an der Gemeindeversammlung oder der Einwohnerrat entsprechend präzise und im Einklang mit dem Datenschutzgesetz umfassend zu informieren.

Begründung:

Viele Gemeinden sind seit dem Bundesgerichtsentscheid von 2003 verunsichert oder haben negative Erfahrungen erlebt mit ablehnenden Volksentscheiden an der Gemeindeversammlung. Viele abgelehnte Einbürgerungsgesuche wurden zudem ans Bundesgericht weitergezogen. Die Justizkommission stellt zudem immer wieder fest, dass einige dieser Einbürgerungsverfahren gravierende Mängel aufweisen oder mehr als 4 Jahre dauern können. Einige Gemeinden haben nach solchen Erfahrungen die Konsequenzen gezogen und ihren Einbürgerungsprozess radikal umgestellt. Es wird mit mehr Professionalität und Konsequenz gearbeitet, der Stimmbürger wird besser informiert und über die Gesuche wird innerhalb eines Jahres entschieden. Dies hat zu einem deutlich verbesserten Verfahren geführt. Gesuche, die die Einbürgerungsvoraussetzungen nicht erfüllen, werden gar nicht an die Entscheidungsbehörde (Gemeindeversammlung oder Einwohnerrat) weitergeleitet. Insbesondere hat schlussendlich auch der Stimmbürger deutlich mehr Vertrauen in die Antrag stellenden Behörden. Von dieser Erfahrung sollten auch andere Gemeinden profitieren. Das Ziel des Vorstosses ist unabhängig von den hängigen parlamentarischen Vorstössen auf Bundesebene und von der

SVP-Initiative. Die Behörden auf Stufe Gemeinde helfen sich selbst am besten, wenn die Gesuche professionell, in der Entscheidungsfindung konsequent und im zeitlichen Ablauf zügig behandelt werden.

1320 Auftrag Sylvia Flückiger-Bäni, SVP, Schöftland, betreffend Schaffung eines erweiterten Angebots an Parkplätzen bei Autobahnauffahrten und Bahnhöfen; Einreichung und schriftliche Begründung

Von *Sylvia Flückiger-Bäni, SVP, Schöftland*, unterzeichnet von 47 Ratsmitgliedern, wird folgender Auftrag eingereicht:

Text:

Der Regierungsrat wird beauftragt, nach Massgabe von § 48 GVG, sich überall dort, wo dies ohne erhebliche Zusatzaufwendungen des Kantons möglich ist und zweckmässig erscheint, nach Kräften dafür einzusetzen, dass bei Autobahnauffahrten und insbesondere auch bei Bahnhöfen ein erweitertes Angebot kostenloser oder zumindest kostengünstiger Parkplätze zur Verfügung gestellt wird.

Begründung:

Das bestehende, rege genutzte Angebot der Parkierungsmöglichkeiten an Autobahnauffahrten ist zu knapp bemessen. Die heutige Situation an Bahnhöfen mit Parkuhren lässt ein Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr z.B. für einen ganzen Tag oft nicht zu, ohne Parkbussen zu riskieren.

Eine Erweiterung trägt dazu bei, den Strassenverkehr ohne wesentliche Zusatzaufwendungen zu reduzieren, weil Gemeinschaftsfahrten und der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr vermehrt und noch besser ermöglicht werden.

1321 Interpellation Brunette Lüscher, Magden, vom betreffend Dimensionierung von Retentionsanlagen im Zusammenhang mit der Einleitung von Meteorwasser in öffentliche Gewässer; Einreichung und schriftliche Begründung

Von *Brunette Lüscher, SVP, Magden*, und von 45 mitunterzeichnenden Ratsmitgliedern wird folgende Interpellation eingereicht:

Text und Begründung:

Bei der Dimensionierung von Retentionsanlagen im Zusammenhang mit der Einleitung von Oberflächenwasser in öffentliche Gewässer fällt in der Gemeinde Magden auf, dass die Vorgaben der Abteilung für Umwelt zwischen einzelnen Projekten stark variieren. So wurde z.B. bei einem neu zu erschliessenden Gebiet eine Retentionsanlage von 8m³ verlangt. Beim anschliessenden grösstenteils bereits mit Altliegenschaften (welche kaum einmal an diese Anlage angeschlossen werden können) überbauten Gebiet und der ungefähr 3-fachen Fläche wurde mehr als die 6-fache Dimensionierung von 50m³ für eine entsprechende Anlage

verlangt.

Es ist schwer nachvollziehbar, nach welchen Kriterien die unterschiedlichen Vorgaben zustande kommen. Diese Feststellung wird von Ingenieurbüros bestätigt, welche mit der Dimensionierung von Retentionsanlagen in anderen Aargauer Gemeinden betraut sind. Zugleich ist aus Ingenieurkreisen bekannt, dass benachbarte Kantone wie z.B. der Kanton Baselland viel weniger restriktive Vorgaben hinsichtlich der Einleitung von Sauberwasser in Gewässer machen.

Fragen:

1. Auf welche rechtlichen Grundlagen stützt sich die Abteilung für Umwelt bei der Dimensionierung von Retentionsanlagen ab?
2. Gibt es Normen des Verbands Schweizerischer Abwasserfachleute oder anderer Fachorganisationen zur Dimensionierung von Retentionsanlagen?
3. Falls ja, sind diese Normen in einem Gesetz im formellen Sinne für verbindlich erklärt worden? Wenn ja, in welchem?
4. Welcher konkrete Nutzen entsteht für das Gewässer sowie die Flora und Fauna beim Bau einer Retentionsanlage?
5. Was wäre die Folge, wenn auf den Bau von Retentionsanlagen gänzlich verzichtet würde?
6. Wird bei der Beurteilung der Gesuche eine Abwägung des Kosten/Nutzen-Verhältnisses und damit der Verhältnismässigkeit vorgenommen?
7. Wenn ja, welche Kriterien werden für diese Verhältnismässigkeitsüberprüfung herangezogen?

1322 Planungsbericht Bildungskleeblatt; Fortsetzung der Beratungen

(vgl. Art. 1318 hievore)

Detailberatung (Fortsetzung)

Wirkungsziel 2 (Fortsetzung)

Dr. Stüssi-Lauterburg Jürg, SVP, Windisch: Streichen wir, was wir nicht brauchen. Die SVP ist für die Frauen in der Wirtschaft, in freier Eigenverantwortung. Der Standortwettbewerb zwischen den Gemeinden ist genau so sehr erwünscht wie der Wettbewerb zwischen den Kantonen. Die Gemeinden finden ihre Best Practice selber. Sie brauchen keine Vormünder in den Amtsstuben und auch keine Vormünder in diesem Ratssaal. Die Angst vor der Freiheit macht sich breit. Lassen wir uns nicht von dieser obskurantistischen Angst leiten, von der Furcht vor der Diversität. Halten wir es mit der Freiheit!

Fischer-Taeschler Doris, FDP, Seengen: Die FDP unterstützt dieses Wirkungsziel. Wie wir schon beim Eintreten bemerkt haben, sind bedarfsgerechte - und ich unterstreiche das doppelt -, bedarfsgerechte Tagesstrukturen für uns ein zentrales Element dieser Revision. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für Mütter und Väter verbessert werden, damit die Elternpaare überhaupt die Möglichkeit zu einem eigenen Lebensentwurf haben.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Diese Streichung ist

familien- und kinderfeindlich. 70% der Schweizer Frauen sind heute berufstätig, auch wenn sie mehrheitlich nur in Teilzeiterufen tätig sind. Ohne diese angestrebte Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben diese Frauen zunehmend keine Kinder. Die Demographie beweist das. Dieses Wirkungsziel dokumentiert auch die unabdingbare Verknüpfung zwischen Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir haben Forderungen von Arbeitgeberverbänden, wir haben eine Volksinitiative und wir haben die Anliegen der Eltern, die wir ernst nehmen wollen. Es ist ein Erfordernis unserer Zeit, dass wir dieses Wirkungsziel in diesem Planungsbericht so stehen lassen. Es ist keine unnötige Aktivität des Staats, überhaupt nicht. Wir haben heute die höchste Quote der Fürsorgefälle bei den Alleinerziehenden. Das sind in unserem Kanton zurzeit mehr als 900 Fälle. Wenn Sie das mit nur 1'000 Franken pro Monat multiplizieren, dann sprechen wir von einem Fürsorgebetrag tief gerechnet von 10 Mio. Franken pro Jahr. Wenn wir dort einige Prozent mit funktionierenden Tagesstrukturen eliminieren können, dann haben wir auch im wirtschaftlichen Bereich und im fürsorgerischen Bereich einen wesentlichen Beitrag geleistet. Die Quote der Fürsorgefälle bei Alleinerziehenden ist in unserem Kanton auf bedenklichen 12% angelangt. In diesem Sinne bitte ich Sie, dieses Wirkungsziel so stehenzulassen. Das ist ein Anliegen des Regierungsrats, aus bildungstechnischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen.

Abstimmung:

Der Streichungsantrag Unternährer wird mit 71 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

(Für Streichungsantrag = Ja)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra Christina	Islisberg	Nein
Ackermann	Adrian	Kaisten	Nein
Agustoni	Roland	Magden	Nein
Alder	Rolf	Brugg AG	Abwesend
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Nein
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Nein
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Nein
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Nein
Benker-Rohr	Doris	Möhliln	Nein
Berger	Erwin	Boswil	Nein
Bhend	Martin	Oftringen	Abwesend
Bialek	Roland	Buchs AG	Nein
Biffiger	Gregor	Berikon	Ja
Binder	Andreas	Baden	Nein
Bodmer	Thomas	Wettingen	Ja
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Nein
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Nein
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Nein
Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Nein
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Nein
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Nein
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Abwesend
Burkart	Thierry	Baden	Nein
Böni	Fredy	Möhliln	Abwesend

Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Ja	Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Nein
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Nein	Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Nein
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend	Leuenberger	Beat	Schöftland	Ja
Dubach	Manfred	Zofingen	Nein	Leuenberger	Urs	Widen	Nein
Dössegger	Hans	Seon	Ja	Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Nein
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Ja	Läng	Max	Nussbaumen b. Baden	Abwesend
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Nein	Lüpold	Thomas	Möriken-Wildegg	Ja
Egli	Dieter	Windisch	Nein	Lüscher	Brunette	Magden	Ja
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Nein	Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Abwesend
Emmenegger	Kurt	Baden	Nein	Markwalder	Walter	Würenlos	Ja
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend	Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Ja
Feri	Yvonne	Wettingen	Abwesend	Meier Doka	Nicole	Baden	Nein
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Nein	Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Abwesend
Flury	Oliver	Lenzburg	Ja	Milioni	Reto	Hausen AG	Nein
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Ja	Moll-Reutercrona	Andrea	Fenkrieden	Ja
Forrer	Walter	Oberkulm	Ja	Morach	Annerose	Obersiggenthal	Ja
Frei	Cécile	Gebenstorf	Abwesend	Moser	Ernst	Würenlos	Ja
Fricker	Roger	Oberhof	Ja	Müller	Pia	Wettingen	Nein
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Ja	Müller-Killer	Erika	Lengnau	Nein
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Ja	Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Nein
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Abwesend	Nebel	Franz	Bad Zurzach	Abwesend
Furer	Pascal	Staufen	Ja	Nussbaumer	Marie-Louise	Obersiggenthal	Nein
Füglistaller	Lieni	Rudolfstetten	Abwesend	Marty			
Gautschi	Renate	Gontenschwil	Nein	Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Ja
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Nein	Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Ja	Rhiner	Robert	Zofingen	Nein
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Ja	Richner	Sämi	Auenstein	Nein
Groux	Rosmarie	Berikon	Nein	Roth	Barbara	Erlinsbach	Nein
Guignard	Marcel	Aarau	Abwesend	Rüegger	Kurt	Rothrist	Ja
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Ja	Rüetschi-Hartmann	Beat	Suhr	Nein
Haller	Christine	Reinach	Nein	Schibli	Erika	Wohlenschwil	Nein
Heller	Daniel	Erlinsbach	Abwesend	Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Nein
Hochuli	Heinrich	Aarau	Ja	Schoch	Adrian	Fislisbach	Abwesend
Hochuli	Susanne	Reitnau	Nein	Scholl	Bernhard	Möhlin	Nein
Hofer	Liliane	Zofingen	Nein	Scholl	Herbert H.	Zofingen	Nein
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend	Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Nein
Hollinger	Franz	Brugg	Abwesend	Schuhmacher	Peter	Wettingen	Nein
Hunn	Jörg	Riniken	Ja	Schweizer	Annalise	Zufikon	Nein
Huonder-Aschwanden	Trudi	Egliswil	Nein	Schöni	Heinrich	Oftringen	Nein
Häri	Max	Birrwil	Ja	Senn	Andreas	Würenlingen	Nein
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Ja	Soldati	Emanuele	Staufen	Abwesend
Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Nein	Sommerhalder	Martin	Schmiedrued-Walde	Ja
Jean-Richard	Peter	Aarau	Nein	Spielmann	Alois	Aarburg	Nein
Jost	Rudolf	Villmergen	Ja	Stierli-Popp	Walter	Fischbach-Göslikon	Ja
Keller	Stefan	Baden	Nein	Strebel	Herbert	Muri	Nein
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend	Studer	Lilian	Wettingen	Nein
Keusch	Linus	Villmergen	Nein	Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Ja
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Ja	Stüssi-Lauterburg	Jürg	Windisch	Ja
Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Abwesend	Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Ja	Unternährer	Beat	Unterentfelden	Ja
Kohler	Ueli	Baden	Ja	Villiger-Matter	Andreas	Sins	Nein
Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Ja	Voser	Peter	Killwangen	Nein
Leimbacher	Markus	Villigen	Nein				

Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Ja
Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Abwesend
Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Nein
Wanner	Maja	Würenlos	Nein
Weber	Guido	Spreitenbach	Nein
Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Abwesend
Wernli	Bernhard	Rothrist	Nein
Wertli	Otto	Aarau	Nein
Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Wulschleger	Stephan	Strengelbach	Abwesend
Wyss	Kurt	Leuggern-Gippingen	Abwesend
Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Nein

Wirkungsziel 3

Wanner Maja, FDP, Würenlos, Präsidentin der Kommission für Bildung, Kultur und Sport, BKS: Ein Antrag der SVP auf Streichung des Wortes "leistungsorientiert" wurde nach eingehender Diskussion zurückgezogen. Die Schule soll durch Checks überprüfbare Leistungen fordern. Damit werden die Ziele Integration und Chancengleichheit nicht behindert. Zustimmung zu diesem Leitsatz: 8 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Unternährer Beat, SVP, Unterentfelden: Wir möchten nicht das Wort "leistungsorientiert" streichen, wie die Präsidentin gesagt hat, sondern wir möchten den Satz wie folgt formuliert haben: "Die leistungsorientierte Volksschule fördert die Eigenverantwortung und die Verfassungstreue." Die SVP ist für Chancengleichheit und für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie ist gleichzeitig für andere wichtige Anliegen der Bundesverfassung wie Wirtschaftsfreiheit und für die heute wieder stark bedrohte Meinungs- und Informationsfreiheit. Auf welcher verbindlichen Grundlage sollen die Menschen einer pluralistischen Gesellschaft zusammenleben? Die Antwort lautet: auf der Grundlage der Verfassung. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu!

Dr. Bialek Roland, EVP, Buchs: Ich nehme an, dass das Votum für die Verfassungstreue - ich denke, das ist etwas sehr Wichtiges - ein Beitrag zum Thema Grossratswahlgesetz war. Hier würde ich ihn nicht aufnehmen, aber für das Grossratswahlgesetz steht der Tatbestand der SVP ja noch aus.

Dr. Stüssi-Lauterburg Jürg, SVP, Windisch: Da haben wir es, das ist typisch Verfassungstreue von Fall zu Fall. Sie haben es selber gehört.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Ich habe grosses Verständnis für dieses Anliegen. Aber wir sind hier im Bereich der Wirkungsziele in einem Planungsbericht für die Bildung. Die Verfassung ist damit nicht aufgehoben. Ich zitiere § 35 Abs. 2 der Kantonsverfassung: "Die Lehrer an öffentlichen Schulen sind im Unterricht an die verfassungsmässige Grundordnung und an die staatlichen Lehrziele gebunden." Das ist nur eine Aussage. Auf der anderen Seite ist das von der Lehrperson so zu respektieren. Es steht nicht zur Diskussion. Es kann nicht sein, dass wir den Abgängern der Volksschule auf irgendeine Art Verfassungstreue, diesen undefinierten Kofferbegriff,

eintrichtern wollen. Wir haben es hier mit Kindern und Jugendlichen zu tun. Die Verfassungstreue ist nicht ein Verhalten, das die Schule von den Abgängern einfordern kann. Hingegen Gemeinschaftssinn kann bereits in der Schule trainiert werden. Gemeinschaftssinn ist schlussendlich die Grundlage für die Verfassungstreue und für das Zusammenleben. Verfassungstreue kann in der Schule nicht trainiert werden. Deshalb ist die Formulierung, wie sie hier vom Regierungsrat vorgeschlagen und von der Kommission akzeptiert wird, die richtige Formulierung. Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Abstimmung:

Der Antrag Unternährer wird mit 83 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Es gilt die Fassung von Kommission und Regierungsrat.

(Für Antrag Unternährer = Ja)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra Christina	Islisberg	Nein
Ackermann	Adrian	Kaisten	Nein
Agustoni	Roland	Magden	Nein
Alder	Rolf	Brugg AG	Nein
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Nein
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Nein
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Nein
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Nein
Benker-Rohr	Doris	Möhlin	Nein
Berger	Erwin	Boswil	Nein
Bhend	Martin	Oftringen	Nein
Bialek	Roland	Buchs AG	Nein
Biffiger	Gregor	Berikon	Ja
Binder	Andreas	Baden	Nein
Bodmer	Thomas	Wettingen	Ja
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Nein
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Nein
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Nein
Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Nein
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Nein
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Nein
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Abwesend
Burkart	Thierry	Baden	Nein
Böni	Fredy	Möhlin	Abwesend
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Ja
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Nein
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend
Dubach	Manfred	Zofingen	Nein
Dössegger	Hans	Seon	Ja
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Ja
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Nein
Egli	Dieter	Windisch	Nein
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Nein
Emmenegger	Kurt	Baden	Nein

Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend	Meier Doka	Nicole	Baden	Nein
Feri	Yvonne	Wettingen	Abwesend	Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Abwesend
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Nein	Miloni	Reto	Hausen AG	Nein
Flury	Oliver	Lenzburg	Ja	Moll-Reuterocrona	Andrea	Fenkrieden	Nein
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Ja	Morach	Annerose	Obersiggenthal	Ja
Forrer	Walter	Oberkulm	Nein	Moser	Ernst	Würenlos	Ja
Frei	Cécile	Gebenstorf	Abwesend	Müller	Pia	Wettingen	Nein
Fricker	Roger	Oberhof	Ja	Müller-Killer	Erika	Lengnau	Nein
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Ja	Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Nein
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Ja	Nebel	Franz	Bad Zurzach	Nein
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Ja	Nussbaumer	Marie-Louise	Obersiggenthal	Nein
Furer	Pascal	Staufen	Ja	Marty			
Füglister	Lieni	Rudolfstetten	Ja	Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Nein
Gautschi	Renate	Gontenschwil	Nein	Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Ja
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Nein	Rhiner	Robert	Zofingen	Nein
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Ja	Richner	Sämi	Auenstein	Nein
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Ja	Roth	Barbara	Erlinsbach	Nein
Groux	Rosmarie	Berikon	Nein	Rüegger	Kurt	Rothrist	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Nein	Rütschi-Hartmann	Beat	Suhr	Nein
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Ja	Schibli	Erika	Wohlenschwil	Nein
Haller	Christine	Reinach	Nein	Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Nein
Heller	Daniel	Erlinsbach	Abwesend	Schoch	Adrian	Fislisbach	Abwesend
Hochuli	Heinrich	Aarau	Ja	Scholl	Bernhard	Möhlin	Nein
Hochuli	Susanne	Reitnau	Nein	Scholl	Herbert H.	Zofingen	Nein
Hofer	Liliane	Zofingen	Nein	Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Nein
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend	Schuhmacher	Peter	Wettingen	Nein
Hollinger	Franz	Brugg	Nein	Schweizer	Annalise	Zufikon	Nein
Hunn	Jörg	Riniken	Ja	Schöni	Heinrich	Oftringen	Nein
Huonder-Aschwanden	Trudi	Egliswil	Nein	Senn	Andreas	Würenlingen	Nein
Härr	Max	Birrwil	Ja	Soldati	Emanuele	Staufen	Abwesend
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Ja	Sommerhalder	Martin	Schmiedrued-Walde	Ja
Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Nein	Spielmann	Alois	Aarburg	Nein
Jean-Richard	Peter	Aarau	Nein	Stierli-Popp	Walter	Fischbach-Göslikon	Ja
Jost	Rudolf	Villmergen	Nein	Strebel	Herbert	Muri	Nein
Keller	Stefan	Baden	Nein	Studer	Lilian	Wettingen	Nein
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend	Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Ja
Keusch	Linus	Villmergen	Nein	Stüssi-Lauterburg	Jürg	Windisch	Ja
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Ja	Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Abwesend	Unternährer	Beat	Unterentfelden	Ja
Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Ja	Villiger-Matter	Andreas	Sins	Nein
Kohler	Ueli	Baden	Ja	Voser	Peter	Killwangen	Nein
Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Ja	Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Ja
Leimbacher	Markus	Villigen	Nein	Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Ja
Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Nein	Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Nein
Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Nein	Wanner	Maja	Würenlos	Nein
Leuenberger	Beat	Schöftland	Ja	Weber	Guido	Spreitenbach	Nein
Leuenberger	Urs	Widen	Nein	Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Ja
Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Nein	Wernli	Bernhard	Rothrist	Nein
Läng	Max	Nussbaumen b. Baden	Nein	Wertli	Otto	Aarau	Nein
Lüpold	Thomas	Möriken-Wildegg	Ja	Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Lüscher	Brunette	Magden	Ja	Wullschleger	Stephan	Strengelbach	Ja
Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Nein	Wyss	Kurt	Leuggern-Gippingen	Nein
Markwalder	Walter	Würenlos	Ja	Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Nein
Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Ja				

Wirkungsziel 4

Wanner Maja, FDP, Würenlos, Präsidentin der Kommission für Bildung, Kultur und Sport, BKS: Mit der Begründung, dass in einem Planungsbericht zur Bildung die Wirtschaft erst an 2. Stelle genannt werden sollte, stimmte die Kommission dem Antrag zur Umstellung des Satzes zu. Zustimmung zu diesem Wirkungsziel: 9 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Fischer-Taeschler Doris, FDP, Seengen: Die Freisinnige Fraktion unterstützt den ursprünglichen Antrag der Kommission BKS und lehnt den Antrag der Kommission VWA ab. Unseres Erachtens wurde in der Kommission VWA der Antrag der BKS Kommission falsch zitiert, was dazu geführt hat, dass wir nun zwei ähnlich lautende Wirkungsziele haben. Der BKS-Kommission ging es ursprünglich nur darum, dass in einem Planungsbericht zur Bildung zuerst die Bildung und nachher der Wirtschaftsstandort erwähnt wird, was durchaus nachvollziehbar ist.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Wir legen zunehmend Wert darauf, dass in der Volksschule die Standardsprache wirklich gepflegt und gefördert wird. Hier handelt es sich um sprachliche Finessen. Eigentlich kann man mit beiden Versionen leben. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die von der Kommission BKS vorgeschlagene Version, also die erstgenannte Version in der mittleren Spalte, die bessere ist. Ich bitte Sie, dieser Version zuzustimmen.

Abstimmung:

Der Antrag der Kommission BKS obsiegt mit 110 gegen 15 Stimmen gegenüber dem Antrag der Kommission Volkswirtschaft und Abgaben VWA. Es gilt die Fassung von Kommission BKS und Regierungsrat.

(Für Antrag Kommission BKS/Regierungsrat = Ja)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra Christina	Islisberg	Ja
Ackermann	Adrian	Kaisten	Ja
Agustoni	Roland	Magden	Ja
Alder	Rolf	Brugg AG	Ja
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Ja
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Ja
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Ja
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Ja
Benker-Rohr	Doris	Möhlín	Ja
Berger	Erwin	Boswil	Ja
Bhend	Martin	Oftringen	Ja
Bialek	Roland	Buchs AG	Ja
Biffiger	Gregor	Berikon	Nein
Binder	Andreas	Baden	Ja
Bodmer	Thomas	Wettingen	Nein
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Ja
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Ja
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Ja
Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Ja
Brünisholz-	Lothar	Zofingen	Ja

Kämpfer			
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Ja
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Abwesend
Burkart	Thierry	Baden	Ja
Böni	Fredy	Möhlín	Abwesend
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Ja
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Ja
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend
Dubach	Manfred	Zofingen	Ja
Dössegger	Hans	Seon	Ja
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Ja
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Ja
Egli	Dieter	Windisch	Ja
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Ja
Emmenegger	Kurt	Baden	Ja
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend
Feri	Yvonne	Wettingen	Abwesend
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Ja
Flury	Oliver	Lenzburg	Ja
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Nein
Forrer	Walter	Oberkulm	Ja
Frei	Cécile	Gebestorf	Ja
Fricker	Roger	Oberhof	Ja
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Ja
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Ja
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Nein
Furer	Pascal	Staufen	Abwesend
Füglistaller	Lieni	Rudolfstetten	Ja
Gautschi	Renate	Gontenschwil	Ja
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Ja
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Ja
Groux	Rosmarie	Berikon	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Ja
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Nein
Haller	Christine	Reinach	Ja
Heller	Daniel	Erlinsbach	Ja
Hochuli	Heinrich	Aarau	Ja
Hochuli	Susanne	Reitnau	Ja
Hofer	Liliane	Zofingen	Ja
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend
Hollinger	Franz	Brugg	Ja
Hunn	Jörg	Riniken	Nein
Huonder-Achwanden	Trudi	Egliswil	Ja
Härrí	Max	Birrwil	Ja
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Nein
Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Ja
Jean-Richard	Peter	Aarau	Ja
Jost	Rudolf	Villmergen	Ja
Keller	Stefan	Baden	Ja
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend
Keusch	Linus	Villmergen	Ja
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Ja
Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Ja

Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Abwesend
Kohler	Ueli	Baden	Nein
Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Nein
Leimbacher	Markus	Villigen	Ja
Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Ja
Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Ja
Leuenberger	Beat	Schöftland	Nein
Leuenberger	Urs	Widen	Ja
Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Ja
Läng	Max	Nussbaumen b.Baden	Ja
Lüpold	Thomas	Möriken-Wildegg	Ja
Lüscher	Brunette	Magden	Ja
Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Ja
Markwalder	Walter	Würenlos	Ja
Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Nein
Meier Doka	Nicole	Baden	Ja
Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Ja
Miloni	Reto	Hausen AG	Enthalten
Moll-Reutercona	Andrea	Fenkrieden	Ja
Morach	Annerose	Obersiggenthal	Ja
Moser	Ernst	Würenlos	Ja
Müller	Pia	Wettingen	Ja
Müller-Killer	Erika	Lengnau	Ja
Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Ja
Nebel	Franz	Bad Zurzach	Abwesend
Nussbaumer Marty	Marie-Louise	Obersiggenthal	Enthalten
Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Ja
Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Ja
Rhiner	Robert	Zofingen	Ja
Richner	Sämi	Auenstein	Ja
Roth	Barbara	Erlinsbach	Ja
Rüegger	Kurt	Rothrist	Ja
Rüetschi-Hartmann	Beat	Suhr	Ja
Schibli	Erika	Wohlenschwil	Ja
Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Ja
Schoch	Adrian	Fislisbach	Abwesend
Scholl	Bernhard	Möhl	Ja
Scholl	Herbert H.	Zofingen	Ja
Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Ja
Schuhmacher	Peter	Wettingen	Ja
Schweizer	Annalise	Zufikon	Nein
Schöni	Heinrich	Oftringen	Ja
Senn	Andreas	Würenlingen	Ja
Soldati	Emanuele	Staufen	Ja
Sommerhalder	Martin	Schmiedrued-Walde	Ja
Spielmann	Alois	Aarburg	Ja
Stierli-Popp	Walter	Fischbach-Göslikon	Ja
Strebel	Herbert	Muri	Ja
Studer	Lilian	Wettingen	Ja
Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Nein
Stüssi-	Jürg	Windisch	Nein
Lauterburg			
Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Unternährer	Beat	Unterentfelden	Ja
Villiger-Matter	Andreas	Sins	Ja
Voser	Peter	Killwangen	Ja
Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Ja
Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Ja
Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Ja
Wanner	Maja	Würenlos	Ja
Weber	Guido	Spreitenbach	Ja
Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Ja
Wernli	Bernhard	Rothrist	Nein
Wertli	Otto	Aarau	Ja
Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Wullschleger	Stephan	Strengelbach	Ja
Wyss	Kurt	Leuggern-Gippingen	Ja
Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Ja

Leitsatz 1

Wanner Maja, FDP, Würenlos, Präsidentin der Kommission für Bildung, Kultur und Sport, BKS: Das HarmoS-Konkordat macht keine Vorgaben zur Eingangsstufe, jedoch soll jedes Kind ab dem vollendeten 4. Altersjahr entsprechend seiner intellektuellen und emotionalen Reife gefördert werden. Diesem Anspruch entspricht sowohl die Grund- wie die Basisstufe. Der Entscheid für ein Modell soll zusammen mit den Nachbarkantonen in der Nordwestschweiz gefällt werden. Diskutiert wurde in der Kommission ein Antrag auf Streichung des letzten Teilsatzes "...auch für Kinder der bisherigen Einschulungs- und Kleinklassen", das in der Meinung, dass die Schulungsformen von den Gemeinden bestimmt werden sollen. Eine Mehrheit war aber der Ansicht, dass es für die Kinder zu ungleichen Chancen führen würde, wenn jede Gemeinde ihr eigenes Modell hätte. Kinder können ihren Wohnsitz nicht selber wählen. Zustimmung zu diesem Leitsatz: 9 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Unternährer Beat, SVP, Unterentfelden: Wie bereits im Eintretensreferat dargestellt, sind wir zum heutigen Zeitpunkt gegen die Einführung der Eingangsstufe, und zwar weil der Schulversuch noch läuft, nicht ausgewertet wurde und die Evaluationsresultate nicht bekannt sind. Wir schlagen im Gegenteil vor, hier HarmoS-konform zu formulieren: "Die Schülerinnen und Schüler werden ab dem vollendeten 5. Altersjahr eingeschult. Während der ersten Schuljahre (Kindergarten- und Primarunterricht) erwirbt das Kind schrittweise die Grundlagen der Sozialkompetenz und der schulischen Arbeitsweise. Es vervollständigt und konsolidiert insbesondere die sprachlichen Grundlagen. Die Zeit, die das Kind für das Durchlaufen der ersten Schuljahre benötigt, ist abhängig von seiner intellektuellen Entwicklung und emotionalen Reife; gegebenenfalls wird es durch besondere Massnahmen zusätzlich unterstützt. Der Unterricht erfolgt grundsätzlich in Jahrgangsklassen." Das ist unsere HarmoS-konforme Formulierung. In der Eingangsstufe bilden 25 Kinder im Alter zwischen 5 und 8 Jahren eine Abteilung. Es handelt sich also um altersgemischte Gruppen, unter Einschluss von schwer Bildungsfähigen und der deutschen Sprache kaum Mächtigen. Sie bleiben in der Basisstufe vier Jahre

zusammen - wenn wir die Basisstufe wählen -, wenn wir die Grundstufe wählen drei Jahre, bevor der Übertritt in die heutige 3. Primarklasse erfolgt. Man nennt dies integrative Schulung. Sie steht im Gegensatz zum klassenzentrierten Unterricht, bei welchem bildungsmässig schwierigere Kinder in Kleinklassen gezielt von entsprechenden Fachkräften gefördert werden. Ob eine Eingangsstufe oder eine Basisstufe gesamtschweizerisch Eingang findet, ist noch durchaus offen. Es gibt Kantone, die haben auf Eingangsstufen-Pilotprojekte verzichtet und den Ball zurück an die EDK gegeben. Etliche rechnen nicht mit einer Umsetzung entsprechender Beschlüsse vor dem Jahre 2015: ein vernünftiges Timing, ganz im Gegensatz zur Hau-Ruck-Taktik des Bildungskleeblatts. Mit der Abschaffung von Einschulungs- und Kleinklassen vergeben wir uns die bisherige Möglichkeit, Kinder mit Lernbehinderungen und Verhaltensauffälligkeiten auf hervorragende und bewährte Art und Weise in kleinen und konstanten Gruppen zu fördern. Dazu kommt noch, wir möchten, dass im Moment der Kindergärten beibehalten wird. Heute sind Kindergärten bewusst in Quartieren angelegt, möglichst nahe dem Wohnort der Kinder. Die geplante Zentralisierung zusammen mit Mittel- und Oberstufenschülern lässt die Kleinen untergehen und schafft neue soziale Probleme und Gefahrenherde. Bezogen auf die Eingangsstufe schlagen wir Folgendes mit den verfügbaren Mitteln vor: Beibehaltung der 2-jährigen Kindergärten am bisherigen Standort unter Anpassung an die heutigen Anforderungen, z.B. Obligatorium, Zugang zu den Kulturtechniken, Frühförderung, kleine Klassen in Kindergärten und Unterstufen, Intensivdeutschkurse für Kinder und Eltern, keine Preisgabe des Prinzips Klassenunterricht in der Unterstufe. Sie sehen, das sind durchaus konstruktive Vorschläge zu dieser Eingangsstufe. Ich bitte Sie, die Eingangsstufe, wie sie beschrieben ist, abzulehnen.

Müller-Killer Erika, CVP, Lengnau: Das ist keine Hau-Ruck-Taktik, die Eingangsstufe jetzt einzuführen. Es ist wohl schwierig, den richtigen Zeitpunkt für die Einführung zu finden. Für die CVP jedenfalls ist es jetzt Zeit, den Steilpass für die Eingangsstufe aufzunehmen. Mit welcher Begründung verwehren wir den heutigen Kindergärten, spielerisch lesen, rechnen oder schreiben zu lernen? Es gibt keine. In der neuen Eingangsstufe dürfen sie es, ihren Fähigkeiten, ihrem Tempo, ihrer Neugierde entsprechend. In mehreren Schulbesuchen auf der Grund- und Basisstufe hat sich mir deutlich bestätigt, was ich seit 15 Jahren zu einem schönen Teil beim Unterrichten einer Mehrklassenschule auch erlebe. In altersgemischten Abteilungen, wie sie eben in der von der CVP favorisierten Basisstufe geführt werden, wird der individuellen Entwicklung und dem Leistungsvermögen der Kinder optimal Rechnung getragen. Sozialkompetenz wird auch grossgeschrieben. Die Basisstufe erlaubt es, die Lernziele in 3 bis 5 Jahren zu erreichen. Jedes Kind bekommt individuell die Zeit und die Förderung, die ihm persönlich gerecht wird. Das fördernde und freie Spielen kommen in keiner Art und Weise zu kurz. Wichtige Elemente des Kindergartens bleiben bestehen. Aber der Kindergarten wird aufgewertet. In einer heutigen 1. Klasse ist der Leistungs- und Entwicklungsstand enorm unterschiedlich. Ein Drittel der Kinder beherrscht den gesamten Erstklassstoff, 50% der Kinder lesen mehr oder weniger gut, ein weiteres Drittel beherrscht den Stoff des ersten Semesters und das dritte Drittel ist überfordert. All

diesen Kindern gerecht zu werden, überfordert Lehrpersonen und Eltern. Die optimale individuelle Förderung muss deshalb im 5. Altersjahr beginnen. Hier werden die höchste Lernfähigkeit und die gesunde Neugier der Kinder unterstützt und weiterentwickelt. Die gemeinsame Lösung für die Eingangsstufe mit anderen Kantonen ist eine Referenz an die Harmonisierung der Schulstrukturen. Die Eingangsstufe trägt wesentlich zu einer notwendigen Weiterentwicklung der Schule Aargau bei. Sie legt den wichtigen Grundstein zum individuellen Durchlaufen und Beschleunigen der Schulzeit. Die Besorgnis, die ich anfänglich auch spürte, die ehrgeizigeren Eltern würden Druck und einen Leistungszwang auf die Kinder ausüben, um ein möglichst rasches Durchlaufen der Basisstufe zu erreichen, ist unbegründet. Das haben mir sämtliche Lehrpersonen bestätigt. Kinder lassen sich nicht drängen. Sie leisten, was sie zu leisten vermögen. Ich bitte Sie, tragen Sie wie die CVP dieses Kleeblatt mit und stimmen Sie dem Leitsatz 1 zu. Wir mögen Kleeblätter, sie bringen der Schule Aargau Glück.

Leitch-Frey Thomas, SP, Wohlen: Offensichtlich berücksichtigt die SVP weder die Erkenntnisse der Hirnforschung noch diejenigen der Entwicklungspsychologie. Sie besagt nämlich, dass Kinder sehr wohl gut in altersgemischten Gruppen lernen können. Denken Sie an die Familie, wo das ältere oder das jüngere Kind jeweils vom anderen lernt. Wie wollen Sie das Problem der unterschiedlichen Voraussetzungen lösen, wenn nicht mit einer Eingangsstufe, in der individuell auf die Kinder eingegangen werden kann? Sie haben es gehört, Erika Müller hat es schon gesagt, die einen können schon fast lesen, wenn sie aus dem Kindergarten kommen, die andern nicht. Die Veränderung der heutigen Situation mit dem unharmonischen Übergang zwischen Kindergarten und Primarschule ist für uns eine dringende Notwendigkeit. Die Auswertung des Pilotversuchs wird zeigen, ob es in Richtung Grund- oder Basisstufe geht. Deshalb ist die Formulierung, wie sie hier steht, richtig. Ich bitte Sie, dieser zuzustimmen. Wenn ich schon hier vorne bin, kann ich es jetzt gleich sagen: Die SVP hat angekündigt, dass sie jeden Leitsatz ablehnt, der irgendetwas mit integrativer Schulungsform beinhaltet. Wir bitten Sie, ihr nicht zu folgen. Denn die integrative Schulungsform ist ein wesentlicher Pfeiler der Reform und ausserdem in vielen Gemeinden - ich habe es schon heute Morgen gesagt - erfolgreich erprobt.

Abbt-Mock Alexandra Christina, CVP, Islisberg: Zum Thema Eingangsstufe haben wir jetzt auch schon im Eintreten sehr viel Bildungstheorie, um nicht zu sagen, Bildungsideologie gehört. Deshalb ist es endlich einmal bitter nötig, zur Praxis zurückzukehren und wirklich die Direktbetroffenen anzuhören. Ich frage mich, ob Sie auch schon mit Eltern von Kindergartenkindern gesprochen haben. Ich war eigentlich davon überzeugt, dass das Kleeblatt Eingangsstufe ziemlich unbestritten sei, musste mich aber nach der gestrigen Lektüre der AZ eines Besseren belehren lassen. Die SVP singt ein Loblied auf den Kindergarten. Aber es drängt sich bei mir da schon die Frage auf, welchen Kindergarten sie eigentlich meint, denjenigen, den ihre Fraktionsmitglieder noch kennengelernt haben, oder denjenigen der Gegenwart. Nostalgie hilft uns hier nicht weiter. Die fünfjährigen Kinder bringen heutzutage so unterschiedliche Bildungsrucksäcke mit, dass die Basis, von

der man im Kindergarten ausgehen muss, alles andere als homogen ist. Als Mutter von zwei Töchtern im Alter von acht und sechs Jahren erlebe ich diese Situation als sehr unbefriedigend und seit über drei Jahren hautnah mit. Ich plaudere hier vorne eigentlich nicht gerne aus meinem Familienleben, aber in diesem Fall illustriert es die ganze Bandbreite der Probleme wie auch, welch grosser Teil der Familien überhaupt davon betroffen ist. Meine ältere Tochter ist eigentlich immer gerne in den Kindergarten gegangen, obschon sie es im letzten halben Jahr kaum mehr erwarten konnte, zur Schule zu gehen. Das ist normal und das ist auch richtig. Nur wurde im Kindergarten noch so viel freies Spielen angeboten und so wenig Projektarbeit gemacht, dass der Eintritt in die Schule für meine Tochter ein richtiger Kulturschock war. Plötzlich hatte sie nur noch einen einzigen Nachmittag frei, drei bis vier Lektionen lang musste sie am Stück stillsitzen, sich konzentrieren und dann noch die Hausaufgaben machen. Durch diesen abrupten Wechsel stand das gesamte erste Schuljahr unter keinem guten Stern, und sie geht auch heute noch nicht wirklich gern zur Schule. Dabei hätte sie durchaus schon im ersten Kindergartenjahr grosses Interesse an Buchstaben, am Lesen und Schreiben gehabt. Wäre sie in eine Grund- oder Basisstufe gegangen, hätte sie bereits nach einem Jahr einige Zeit wirklich konzentriert an diesen Buchstaben sitzen und lesen lernen können und alles, was sie von sich aus interessiert, wäre dann nach und nach in den Schulalltag hineingekommen. Ein ganz anderes Beispiel ist meine jüngere Tochter: Schon nach einem halben Jahr im Kindergarten beklagte sie sich über Langeweile. Die Bilderbücher, die dort zur Verfügung standen, hatte sie schon alle in- und auswendig studiert. Jetzt im zweiten Jahr hat sich die Situation etwas entspannt, weil eine neue Kindergartenlehrperson gekommen ist, die notabene über die Grundstufenausbildung verfügt und daher mehr Projektarbeit macht. Trotzdem, meine Tochter klagt jetzt zwar nur noch alle zwei Wochen einmal über Langeweile, aber wir sind ja auch erst im ersten Quartal. Sie können sich vorstellen, wie lange die nächsten drei viertel Jahre werden. Das sind keine Einzelfälle, reihum höre ich solche Beispiele von Eltern. Wirklich zufrieden mit der Situation ist niemand mehr. Das vorzeitige Einschulen ist da auch keine Lösung: Solange wir noch Jahrgangsklassen haben, sind diese einzelnen Kinder, die früher eingeschult werden, immer die jüngsten und Sie können sich vorstellen, wie die Situation ist, wenn sie ihre Spielkameraden in einer anderen Klasse oder im Kindergarten haben. Ausserdem findet jeder Schulpsychologe bei einer Abklärung auf vorzeitige Einschulung irgendeinen Bereich, in dem das Kind noch nicht schulreif ist, und somit lehnt die Schulpflege das Gesuch ab.

Auch als Gemeinderätin bin ich wirklich für die Eingangsstufe. Es vergeht kein Jahr, in dem sich die Schulpflege nicht mit verfrühten Einschulungsgesuchen befassen muss. Die Eltern drohen dann immer häufiger auch damit, das Kind in eine Privatschule zu schicken. So gelingt auch der Start für die Schulzeit relativ schlecht. Auf der anderen Seite haben wir für die schwächeren oder langsameren oder verträumteren Kinder die von den Kindergartenlehrpersonen oftmals heiss geliebte Einschulungsklasse. Aber gerade in ländlichen Gebieten müssen die Einschulungsklassenkinder aus der Gemeinde heraus mit dem Bus in eine Nachbargemeinde. Die Kinder sind doch nachher in ihrer Wohngemeinde gar nicht mehr integriert. Die Schulanlässe und Projektwochen finden ohne

sie statt. Ausserdem liegt bei mir manchmal der Verdacht nahe, dass eine Einschulungsklasse möglichst gefüllt werden muss, schliesslich zahlt die zuweisende Gemeinde ein recht stolzes Schulgeld. In der Eingangsstufe hingegen können auch diese verträumteren Kinder im vertrauten Umfeld in ihrem Tempo ihre Entwicklungsschritte machen. Die Gegner der integrativen Schulung befürchten eine flächendeckende Heilpädagogisierung unserer Schulen und eine Nivellierung der Leistung. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sieht es denn heute aus, in welcher Situation stecken wir denn heute? Unser jetziges Schulsystem basiert nicht auf der Förderung von Stärken, sondern konzentriert sich auf das Beheben von vermeintlichen oder tatsächlichen Schwächen, damit jedes Kind in die enge Schablone der Jahrgangsklasse passt. So jedenfalls kommt es bei den Eltern an. Was heute nicht alles abgeklärt und therapiert wird. Wir vermitteln dem Kind damit, dass etwas bei ihm nicht stimmt, dass es mit Mängeln behaftet ist. Häufig wird dem Kind viel zu wenig Zeit gegeben, um einen Entwicklungsschritt in seinem Tempo zu vollziehen. Was für ein Menschenbild geben wir da dem Kind weiter? Bei der integrativen Schulung mit altersdurchmischten Abteilungen hingegen werden die Kinder dort abgeholt, wo sie wirklich stehen. Wenn ein Kind gerne mit Zahlen arbeitet, kann es schon rechnen lernen, interessiert es sich für Buchstaben und Wörter, kann es lesen lernen. Lernen durch Freude, darauf kommt es doch an. Es sind die Stärken, die zählen, und gerade diese muss man auch fördern. Es ist leider in der ganzen Diskussion ein Hang zur Gleichmacherei irgendwo in der Mitte zu erkennen, wenn auch alle Fraktionen dies bestreiten und eben diese Einebnung des Niveaus dem Bildungskleeblatt andichten. Aber offenbar ist es höchst suspekt. Wenn ein fünfjähriges Kind über eine spezielle Begabung verfügt und lernen möchte, dann geraten schnell einmal die Eltern unter Förderzwangverdacht. Lieber lässt man dieses Kind zwei Jahre in der Warteschleife, bis es zur Schule darf. Dass einzelne Kinder bis dahin schon jegliche Freude und Motivation verloren haben, versteht sich von selbst. Einerseits fordert man Leistungsbereitschaft, andererseits unternimmt man aber alles, um diese auszubremsen und auf ein Mittelmass herabzustutzen. Dazu komme ich dann noch beim Thema Hochbegabten gymnasium. Diejenigen Schulen, die die Grund- und Basisstufe bereits eingeführt haben, würden diese nicht mehr missen wollen. Wo es vereinzelt nicht so funktioniert hat, liegen vor allem zwischenmenschliche Probleme der beiden Lehrpersonen zugrunde. Es ist ganz klar, dass die heutigen Kindergarten- und Unterstufenlehrpersonen durch die Umstellung stark gefordert sind. Hingegen wird die neue Generation auch den neuen Anforderungen gemäss ausgebildet. Und um eines mal klarzustellen, ich komme aus einer Gemeinde, die schon lange Mehrklassenabteilungen führt. Trotz der Individualisierung und der verschiedenen Altersstufen ist die Eingangsstufe in ihrem Ablauf klar strukturiert. Die Annahme, dass Mehrklassigkeit gleichzusetzen sei mit Chaos und konzentriertes Lernen verunmögliche, ist schlichtweg falsch. Die schwächeren oder jüngeren Schülerinnen und Schüler gehen dabei nicht unter, sondern sie werden nebst der Lehrperson auch von ihren Klassenkameradinnen und Mitschülern unterstützt. Schüler von Mehrklassenabteilungen haben erwiesenermassen eine höhere Sozialkompetenz, ein Umstand, der angesichts der Pausenplatzgewalttätigkeiten auch nicht zu vernachlässigen ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin der tiefsten

Überzeugung, dass es die Eingangsstufe jetzt und nicht erst in ein paar Jahren braucht. Sie alle erheben den Anspruch, das Kind in den Mittelpunkt zu stellen. Dann machen Sie es jetzt auch, sagen Sie ebenfalls ja zu den Leitsätzen 1 und 2, wie es Kommission und Regierungsrat beantragen. Es geht heute weder um Parteipolitik noch um Wahlkampf, sondern um die Zukunft unserer Kinder. Mit der Eingangsstufe legen wir die Basis für die weitere schulische Laufbahn unserer Kinder und somit schliesslich für ein erfülltes und befriedigendes Berufsleben.

Unternährer Beat, SVP, Unterefelden: Eine Antwort an Thomas Leitch: Ich habe nicht gesagt, dass wir uns gegen integrative Schulung generell wehren. Ich habe gesagt, wir wünschen keine von oben dekretierte flächendeckende integrative Schulung. Das ist ein Unterschied, ich möchte das hier klargestellt haben. Es gibt selbstverständlich Situationen und es gibt auch Gemeinden, in denen integrative Schulung sinnvoll ist. Eine Antwort an Alexandra Abbt: Ich habe am Schluss meines Votums gesagt, "Beibehaltung der 2-jährigen Kindergärten am bisherigen Standort unter Anpassung an die heutigen Anforderungen, z. B. Obligatorium, Zugang zu den Kulturtechniken", d.h. dann eben auch bereits Förderung. Wir weigern uns heute, einer Eingangsstufe zuzustimmen, die im Aargau unzureichend erprobt ist.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Ich erinnere an die Kantonsverfassung § 28, wo unter anderem steht, dass jedes Kind Anrecht auf eine Schule hat, die seinen Fähigkeiten angemessen ist. Es wird wohl kaum möglich sein, wenn das eine Kind seine Schuhe noch nicht binden kann und das andere den Stoff der zweiten Klasse schon fast beherrscht, dass wir diese beiden Kinder in der gleichen Jahrgangsklasse ihrem Leistungsvermögen angemessen fördern und schulen. Sehr geehrte Damen und Herren, diese Rechnung geht nicht auf, da sind Sie in einen Widerspruch hineingeraten. Es wird erwähnt, dieser flächendeckende Schulversuch in vielen Kantonen, angelegt mit rund 150 Abteilungen EDK Ost, müsse abgewartet werden. Ich war vor wenigen Wochen bei einem intensiven Hearing mit der Projektleitung dieses Versuches dabei. Wir, meine Kollegen aus der Nordwestschweiz und ich, haben versucht herauszufinden, welche Erkenntnisse da sind und auf welche wir noch warten. Es war höchst interessant. Die Projektleiterin hat klar deklariert, dass ausschliesslich positive Erfahrungen da sind und es eine Frage der Ausbildung der Lehrpersonen sei. Dieser Versuch, der positive Ergebnisse zeigt, wird mit nicht ausgebildeten Lehrpersonen durchgeführt, mit solchen, die in einer Schnellbleiche die notwendigen Erfahrungen und Fertigkeiten erworben haben. Bei den in jedem Fall positiven Erfahrungen stellt sich nur noch die Frage, ob der dreijährigen Grundstufe oder der vierjährigen Basisstufe der Vorzug gegeben werden soll. Die Projektleiterin hat mir auf meine Frage, weshalb noch nicht entschieden wird, geantwortet, dass keine neuen Erfahrungen mehr erwartet werden. Auf mein Insistieren, worauf nun noch gewartet wird, gestand sie mir ein, dass man auf einen Kanton wartet, der den Mut zur Entscheidung hat. Wollen wir noch zwei, drei Jahre auf diesen Kanton warten? Sind es die Appenzeller, die Glarner oder sind es vielleicht die Aargauer und Aargauerinnen? Sie haben die Chance! Wir werden keine neuen Erkenntnisse machen, ausser Sie warten, bis diese Kinder die gesamte Schulkarriere durchlaufen haben.

Dann können wir in der Grössenordnung von zehn bis 15 Jahren entscheiden. Das ist doch nicht die Art unseres Kantons. Die Ergebnisse sind da, die Erfahrungen sind positiv, die werden durchaus bestätigt, auch bei unserer Versuchsabteilung. Sie haben Befürchtungen im Zusammenhang mit der integrativen Schulung geäussert und haben die hervorragende Arbeit in den Kleinklassen erwähnt und ins Feld geführt. Haben Sie sich mit den Kleinklassen tatsächlich auseinandergesetzt? Ich habe heute Morgen erwähnt: Wer in die Kleinklasse geht, hat eine beinahe definitive Schulkarriere, die ins Abseits führt, losgelöst von jeder Fähigkeit, von jedem Leistungsvermögen. 0,34% aller Kinder, die in die Kleinklasse eingewiesen werden, haben die Chance in die Regelklasse der Primarschule zurückzukommen. Verstehen Sie das unter Förderung? Ich behaupte, ohne zu übertreiben, wir haben Grössenordnung 50% Fehlzusweisungen. Ich weiss, dass jetzt viele Lehrpersonen aufschreien. Ich würde den Beweis Schulhaus für Schulhaus mit Einzelabklärungen antreten und ich weiss, dass ich Recht bekommen würde. Ich habe nur die Spitze des Eisbergs auf dem Tisch, nämlich die Beschwerden jener Eltern, die wissen, dass sie eine Beschwerde machen können, und die den Mut haben, eine Beschwerde einzureichen, obwohl ein oder zwei Geschwister die gleiche Schule besuchen werden. Das ist die Realität. Selbstverständlich versuchen die Lehrpersonen, eine hervorragende Arbeit zu leisten. Der Fehler liegt jedoch im System. Dieses müssen wir jetzt endgültig korrigieren. Ich habe jedes Jahr Fälle von Zuweisungen, bei denen sich die Kinder bei genauerer nochmaliger Abklärung als Hochbegabte erweisen. Es gibt einen ganz konkreten Fall eines Kindes, das man in die Kleinklasse einweisen will, weil es in einer Mathematikprüfung von 88 Aufgaben 22 falsch gelöst hat. Man hat diese Resultate überprüft und festgestellt, dass da eine Legasthenie vorhanden ist: Die Zahlen wurden falsch gelesen, aber das Kind hat absolut richtig gerechnet. Man ging also von einer falschen Ausgangszahl aus: Ausser bei drei Lösungen wären alle anderen absolut richtig gewesen. Dieses Kind wollte man aufgrund solcher Ergebnisse der Kleinklasse zuweisen. Meine Damen und Herren, die Erkenntnisse, die man heute hat, machen eine Kleinklasse untragbar. Das ist die Realität. Sie sprechen im Antrag von Seiten der SVP, von Beat Unternährer, dass die Zeit, die das Kind für das Durchlaufen der ersten Schuljahre benötigt, abhängig von seiner intellektuellen Entwicklung und emotionalen Reife ist. Das finde ich hervorragend. Aber der Absatz 3 macht das unmöglich. Der Unterricht erfolgt grundsätzlich in Jahrgangsklassen. Dies ist die schlechteste Voraussetzung, um beschleunigt eine Schulstufe zu durchlaufen. Das funktioniert nicht. Haben Sie schon einmal im Detail einige Fälle verfolgt, wo Klassen übersprungen worden sind, was das für ein Theater und eine Belastung ist? Das ist keine konstruktive Lösung. Die Absätze 2 und 3 stehen bei diesem Antrag im Widerspruch. Wir verpassen es, im lerngünstigsten Alter Fertigkeiten und Kulturtechniken zu vermitteln und Erfahrungen zu ermöglichen. Beachten Sie den § 28 der Kantonsverfassung und machen Sie das den Kindern möglich. Wir sprechen von Beschleunigen und da stellt sich die Frage nach der drei- oder vierjährigen Eingangsstufe. Selbstverständlich ist in vier Jahren eine Beschleunigung eher möglich, denn in vier Jahren ein Jahr Vorsprung erarbeiten, ist einfacher, als in drei Jahren ein Jahr. Wir haben heute Morgen den Antrag einer Fraktion

gehört, die beim Jahrgangsklassenüberspringen von einem Drittel spricht. Stellen Sie sich einmal vor, welche Lehrperson, welche Schulpflege, welche Schulleitung kann bewältigen, bei zwei, drei Parallelklassen einen Drittel überspringen zu lassen? Der Kindergarten ist von heute, von gestern und von vorgestern, aber er ist in keiner Region und in keiner Schule unseres Kantons zukunftstauglich. Der Kindergarten und die Kleinklassen haben zu viele Mängel und widersprechen vielen Erkenntnissen.

Zur Frage des Diktates von oben: Sie haben im November und Dezember 2005 und im November 2006 bei der Vorgabe des Regierungsrats im AFP, die Zahlen der integrativ geführten Schulen jedes Mal verdoppelt. Das war Ihr Entscheid. Ich habe diesen sehr begrüsst, aber ich hätte den Mut - dafür schäme ich mich - nicht gehabt, die Zahl so hoch anzusetzen. Und wissen Sie, was in der Zwischenzeit geschehen ist? Ich habe den aktuellsten Stand der Schule im Kanton Aargau vor mir: Wir haben 16 bisherige IS Schulen vor 2006, 23 neue IS-Schulen ab 2007, 15 Schulen, die die Einführung der integrativen Schulung beschlossen haben, das macht insgesamt 54 Schulen. 42 Schulen - darunter sehr grosse, auch die zweitgrösste des Kantons - sind vor dem Entscheid zur Einführung der integrativen Schulung. Was wollen Sie hier noch bremsen? Das Parlament hat doch nicht die Aufgabe, die Dynamik in den einzelnen Schulen drin zu bremsen.

All diese Fakten, geschätzte Ratsmitglieder, sprechen doch dafür, dass wir jetzt als klares Bekenntnis gestützt auf die modernen aktuellen Erkenntnisse, auf die Erfordernisse der Gesellschaft, auf die reale Erfahrung im Kindergarten und in den Primarschulen diesen Entscheid jetzt treffen. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie auf diesen Änderungsantrag nicht eintreten.

Abstimmung:

Der Antrag Unternährer wird mit 87 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Es gilt die Fassung von Kommission und Regierungsrat.

(Für Antrag Unternährer = Nein)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra	Islisberg	Ja
Ackermann	Adrian	Kaisten	Ja
Agustoni	Roland	Magden	Ja
Alder	Rolf	Brugg AG	Ja
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Ja
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Ja
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Ja
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Ja
Benker-Rohr	Doris	Möhlly	Ja
Berger	Erwin	Boswil	Ja
Bhend	Martin	Oftringen	Ja
Bialek	Roland	Buchs AG	Ja
Biffiger	Gregor	Berikon	Nein
Binder	Andreas	Baden	Ja
Bodmer	Thomas	Wettingen	Nein
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Ja
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Ja

Brunner	Andreas	Oberentfelden	Ja
Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Ja
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Ja
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Ja
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Nein
Burkart	Thierry	Baden	Ja
Böni	Fredy	Möhlly	Abwesend
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Nein
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Ja
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend
Dubach	Manfred	Zofingen	Ja
Dössegger	Hans	Seon	Nein
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Nein
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Ja
Egli	Dieter	Windisch	Ja
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Ja
Emmenegger	Kurt	Baden	Ja
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend
Feri	Yvonne	Wettingen	Ja
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Ja
Flury	Oliver	Lenzburg	Nein
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Nein
Forrer	Walter	Oberkulm	Ja
Frei	Cécile	Gebenstorf	Ja
Fricker	Roger	Oberhof	Nein
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Nein
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Nein
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Nein
Furer	Pascal	Staufen	Nein
Füglister	Lieni	Rudolfstetten	Nein
Gautschi	Renate	Gontenschwil	Ja
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Nein
Glärner	Andreas	Oberwil-Lieli	Nein
Groux	Rosmarie	Berikon	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Ja
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Abwesend
Haller	Christine	Reinach	Abwesend
Heller	Daniel	Erlinsbach	Ja
Hochuli	Heinrich	Aarau	Nein
Hochuli	Susanne	Reitnau	Ja
Hofer	Liliane	Zofingen	Ja
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend
Hollinger	Franz	Brugg	Ja
Hunn	Jörg	Riniken	Nein
Huonder-Ashawanden	Trudi	Egliswil	Ja
Härry	Max	Birrwil	Nein
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Nein
Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Ja
Jean-Richard	Peter	Aarau	Ja
Jost	Rudolf	Villmergen	Ja
Keller	Stefan	Baden	Ja
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend
Keusch	Linus	Villmergen	Ja

Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Nein
Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Ja
Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Nein
Kohler	Ueli	Baden	Nein
Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Nein
Leimbacher	Markus	Villigen	Ja
Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Ja
Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Ja
Leuenberger	Beat	Schöftland	Nein
Leuenberger	Urs	Widen	Ja
Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Ja
Läng	Max	Nussbaumen b.Baden	Ja
Lüpold	Thomas	Möriken-Wildegg	Nein
Lüscher	Brunette	Magden	Nein
Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Ja
Markwalder	Walter	Würenlos	Nein
Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Nein
Meier Doka	Nicole	Baden	Ja
Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Ja
Miloni	Reto	Hausen AG	Ja
Moll-Reutercrona	Andrea	Fenkrieden	Nein
Morach	Annerose	Obersiggenthal	Nein
Moser	Ernst	Würenlos	Nein
Müller	Pia	Wettingen	Ja
Müller-Killer	Erika	Lengnau	Ja
Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Ja
Nebel	Franz	Bad Zurzach	Ja
Nussbaumer Marty	Marie-Louise	Obersiggenthal	Ja
Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Ja
Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Nein
Rhiner	Robert	Zofingen	Ja
Richner	Sämi	Auenstein	Ja
Roth	Barbara	Erlinsbach	Ja
Rüegger	Kurt	Rothrist	Nein
Rüetschi-Hartmann	Beat	Suhr	Ja
Schibli	Erika	Wohlenschwil	Ja
Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Ja
Schoch	Adrian	Fislisbach	Abwesend
Scholl	Bernhard	Möhlins	Ja
Scholl	Herbert H.	Zofingen	Ja
Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Ja
Schuhmacher	Peter	Wettingen	Ja
Schweizer	Annalise	Zufikon	Ja
Schöni	Heinrich	Oftringen	Ja
Senn	Andreas	Würenlingen	Ja
Soldati	Emanuele	Staufen	Ja
Sommerhalder	Martin	Schmiedrued-Walde	Nein
Spielmann	Alois	Aarburg	Ja
Stierli-Popp	Walter	Fischbach-Göslikon	Nein
Strebel	Herbert	Muri	Ja

Studer	Lilian	Wettingen	Ja
Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Nein
Stüssi-Lauterburg	Jürg	Windisch	Nein
Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Unternährer	Beat	Unterentfelden	Nein
Villiger-Matter	Andreas	Sins	Ja
Voser	Peter	Killwangen	Ja
Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Nein
Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Nein
Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Ja
Wanner	Maja	Würenlos	Ja
Weber	Guido	Spreitenbach	Ja
Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Nein
Wernli	Bernhard	Rothrist	Ja
Wertli	Otto	Aarau	Ja
Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Wullschleger	Stephan	Strengelbach	Nein
Wyss	Kurt	Leuggern-Gippingen	Ja
Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Ja

Vorsitzender: Ich habe einen Ordnungsantrag von Sämi Richner, Auenstein, der beantragt, das 1. Votum auf 5 Minuten und das 2. Votum auf 3 Minuten zu reduzieren. Normalerweise ist das 1. Votum 10 Minuten und das 2. Votum 5 Minuten.

Abstimmung:

Der Ordnungsantrag wird mit 87 gegen 37 Stimmen genehmigt.

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra Christina	Islisberg	Ja
Ackermann	Adrian	Kaisten	Ja
Agustoni	Roland	Magden	Ja
Alder	Rolf	Brugg AG	Ja
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Ja
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Ja
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Ja
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Ja
Benker-Rohr	Doris	Möhlins	Ja
Berger	Erwin	Boswil	Ja
Bhend	Martin	Oftringen	Ja
Bialek	Roland	Buchs AG	Nein
Biffiger	Gregor	Berikon	Nein
Binder	Andreas	Baden	Ja
Bodmer	Thomas	Wettingen	Nein
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Ja
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Ja
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Ja
Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Ja
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Ja
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Ja
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Ja
Burkart	Thierry	Baden	Ja

Böni	Fredy	Möhlín	Abwesend	Leimbacher	Markus	Villigen	Ja
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Nein	Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Ja
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Ja	Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Ja
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend	Leuenberger	Beat	Schöftland	Nein
Dubach	Manfred	Zofingen	Ja	Leuenberger	Urs	Widen	Ja
Dössegger	Hans	Seon	Enthalten	Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Ja
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Nein	Läng	Max	Nussbaumen b. Baden	Ja
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Ja	Lüpold	Thomas	Möriken-Wildegg	Nein
Egli	Dieter	Windisch	Ja	Lüscher	Brunette	Magden	Nein
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Ja	Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Ja
Emmenegger	Kurt	Baden	Ja	Markwalder	Walter	Würenlos	Nein
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend	Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Nein
Feri	Yvonne	Wettingen	Ja	Meier Doka	Nicole	Baden	Enthalten
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Ja	Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Ja
Flury	Oliver	Lenzburg	Enthalten	Milioni	Reto	Hausen AG	Ja
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Nein	Moll-Reutercrona	Andrea	Fenkrieden	Ja
Forrer	Walter	Oberkulm	Ja	Morach	Annerose	Obersiggenthal	Nein
Frei	Cécile	Gebenstorf	Ja	Moser	Ernst	Würenlos	Nein
Fricker	Roger	Oberhof	Nein	Müller	Pia	Wettingen	Ja
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Nein	Müller-Killer	Erika	Lengnau	Ja
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Nein	Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Ja
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Nein	Nebel	Franz	Bad Zurzach	Ja
Furer	Pascal	Staufen	Nein	Nussbaumer	Marie-Louise	Obersiggenthal	Enthalten
Füglister	Lieni	Rudolfstetten	Nein	Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Ja
Gautschi	Renate	Gontenschwil	Ja	Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Nein
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Ja	Rhiner	Robert	Zofingen	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Ja	Richner	Sämi	Auenstein	Ja
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Nein	Roth	Barbara	Erlinsbach	Abwesend
Groux	Rosmarie	Berikon	Ja	Rüegger	Kurt	Rothrist	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Ja	Rüetschi-Hartmann	Beat	Suhr	Ja
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Ja	Schibli	Erika	Wohlenschwil	Ja
Haller	Christine	Reinach	Abwesend	Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Ja
Heller	Daniel	Erlinsbach	Abwesend	Schoch	Adrian	Fislisbach	Abwesend
Hochuli	Heinrich	Aarau	Nein	Scholl	Bernhard	Möhlín	Ja
Hochuli	Susanne	Reitnau	Nein	Scholl	Herbert H.	Zofingen	Ja
Hofer	Liliane	Zofingen	Ja	Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Ja
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend	Schuhmacher	Peter	Wettingen	Ja
Hollinger	Franz	Brugg	Ja	Schweizer	Annalise	Zufikon	Nein
Hunn	Jörg	Riniken	Nein	Schöni	Heinrich	Oftringen	Ja
Huonder-Aschwanden	Trudi	Egliswil	Ja	Senn	Andreas	Würenlingen	Ja
Härrí	Max	Birrwil	Nein	Soldati	Emanuele	Staufen	Ja
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Nein	Sommerhalder	Martin	Schmiedrue-Walde	Nein
Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Ja	Spielmann	Alois	Aarburg	Ja
Jean-Richard	Peter	Aarau	Enthalten	Stierli-Popp	Walter	Fischbach-Göslíkon	Nein
Jost	Rudolf	Villmergen	Ja	Strebel	Herbert	Muri	Ja
Keller	Stefan	Baden	Ja	Studer	Lilian	Wettingen	Ja
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend	Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Nein
Keusch	Linus	Villmergen	Ja	Stüssi-Lauterburg	Jürg	Windisch	Nein
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Ja	Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Ja	Unternährer	Beat	Unterentfelden	Nein
Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Ja	Villiger-Matter	Andreas	Sins	Ja
Kohler	Ueli	Baden	Nein				
Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Nein				

Voser	Peter	Killwangen	Ja
Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Nein
Vögli	Erich	Kleindöttingen	Nein
Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Ja
Wanner	Maja	Würenlos	Ja
Weber	Guido	Spreitenbach	Ja
Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Nein
Wernli	Bernhard	Rothrist	Ja
Wertli	Otto	Aarau	Ja
Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Wullschleger	Stephan	Strengebach	Ja
Wyss	Kurt	Leuggern-Gippingen	Ja
Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Ja

Leitsatz 2

Wanner Maja, FDP, Würenlos, Präsidentin der Kommission für Bildung, Kultur und Sport, BKS: Hier stellte die FDP den Antrag, dass für leistungsfähige Schüler das Überspringen von Klassen gefördert wird. Das im Hinblick darauf, dass die Matura in 12 Jahren realisierbar sein soll. Die Kommission und der Regierungsrat sind der Meinung, dass im individualisierten Unterricht sowohl eine Beschleunigung als auch eine Verlangsamung der Schullaufbahn möglich sind. Daher einigte man sich auf den Zusatz 2a neu, wie er in der Synopse steht. Der Zusatz, der dem HarMoS-Konkordat entspricht, wird aufgenommen. Zustimmung: Die Kommission stimmt mit 11 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung und dem bereinigten Leitsatz 2 mit 9 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Unternährer Beat, SVP, Unterentfelden: Die Begründung haben Sie bereits gehört. Wir möchten die Dekretierung der integrativen Schulung nicht. Wir möchten also den letzten Satz streichen. Begründet habe ich das schon im Eintretensreferat. Ich begründe aber gerne nochmals, dass wir nicht gegen integrative Schulung sind, aber gegen die Dekretierung von oben. Die integrative Schulung kann durchaus Sinn machen. Wir wollen auch nicht bremsen, wie der Herr Bildungsdirektor gesagt hat. Die Gemeinden, die das einführen wollen, sollen das tun. Bremsen wollen wir selbstverständlich nicht, aber wir möchten hier nicht vorschreiben, dass die einzige mögliche Form die integrative Schulungsform ist. Faktisch bedeutet dies, die Abschaffung aller differenzierten Schulungsmöglichkeiten in Sonderklassen. Mit Schlechtreden dieser Sonderklassen mögen Sie vielleicht einer gewissen Legitimation für die integrative Schulungsform zustimmen. Sie gibt uns aber zu denken.

Müller-Killer Erika, CVP, Lengnau: Die CVP steht für Integration statt für Separation ein. Das ist ein altbekanntes, langjähriges Anliegen der CVP. Heute verlangen wir von den sogenannten noch nicht schulereifen Kindern, dass sie nicht an ihrem Wohnort in die erste Klasse gehen. Wir schicken sie mit dem Bus, womöglich einige Dörfer entfernt, in eine Einschulungsklasse. Dadurch verlieren die Kinder ihre nachbarlichen Spielkameraden und man grenzt sie aus. Das wiederum schadet ihrem Selbstbewusstsein und verlangsamt sie in ihrem Lernen. Wir unterstützen deshalb den Leitsatz 2: "Kinder mit besonderen Lernbedürfnissen werden integrativ gefördert." Besondere Lernbedürfnisse bedeuten für uns

leistungsschwächere und leistungsstärkere Schüler und Schülerinnen, sie alle werden integrativ gefördert. Die Begabungsförderung, welche individuell alle, auch die leistungsstarken Kinder fördert, das ist klar, ist ein wesentlicher Bestandteil der Eingangsstufe und sie trägt zur Steigerung und Stärkung des Leistungsniveaus bei. Die individuelle integrative Förderung der Kinder trägt massgeblich zu deren intellektuellen Entwicklung und emotionalen Reife bei. Dadurch wird doch die lautstarke Forderung nach Beschleunigung der individuellen Schullaufbahn erfüllt und Beschleunigen ist in jedem Fall besser als Überspringen. Die Schuldauer wird mit Beschleunigung verkürzt. Bitte stimmen Sie dem Leitsatz 2 zu. Die CVP wird das einstimmig auch tun.

Vorsitzender: Ich habe noch den Paragraphen zum Ordnungsantrag geprüft. Andreas Glarner hat mich aufgefordert, das zu prüfen. Es ist ganz klar, es heisst in § 50 Abs. 2 GO: "Wird Schluss der Beratung beantragt, so ist über den Antrag abzustimmen. Erhält er die Mehrheit, kommen nur noch Mitglieder zum Wort, die es vor dieser Abstimmung verlangt haben." Das hat aber nichts mit der Redezeit zu tun. Die Redezeitkürzung ist möglich. Damit ist der Antrag Richner zu berücksichtigen: 5 Minuten für das erste Votum und 3 Minuten für das zweite Votum.

Dr. Stüssi-Lauterburg Jürg, SVP, Windisch: Erika Müller, ich zitiere: "Die CVP wird das einstimmig auch tun." Heisst das, dass Ihr gar nicht zuhört? Heisst das, dass wir unsere Argumente in den Wind sprechen? Heisst das, dass Ihr entgegen dem Geist der Bundesverfassung nach Instruktion stimmt? Oder was heisst das?

Dubach Manfred, SP, Zofingen: Mein Kollege, Thomas Leitch, hat bereits darauf hingewiesen, dass es schon erfreulich wäre, wenn man sich im Zusammenhang mit dem Begriff Integration endlich von lieb gewonnenen Bauchgefühlen verabschieden und wissenschaftliche Untersuchungen zur Kenntnis nehmen würde. Ein integrativer Unterricht verbessert erwiesenermassen die Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit der schwächeren Kinder und Jugendlichen und trägt damit auch zur Verbesserung der Problematik Realschule bei. Gleichzeitig lassen sich entgegen der Befürchtungen eines Teils von Ihnen keine Anzeichen dafür finden, dass die Leistungsfähigkeit der guten Schülerinnen und Schüler unter der Integration leidet. Zusätzlich hat die integrative Schule unbestritten einen positiven Einfluss auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie verhindert, dass ein Teil der Kinder schon sehr früh ins gesellschaftliche Abseits geschoben wird, was später mit vielen sozialpolitischen Problemen verbunden ist. Wissenschaftlich gesehen hat Integration also keine Nachteile, auch wenn das Ihrem diffusen Gefühl widersprechen sollte. Gefühle sind wohl hier nicht der richtige Massstab für solch folgenschwere Entscheidungen.

Dr. Binder Andreas, CVP, Baden: Lieber Herr Stüssi, ich kann Sie gerne aufklären. Es geht um das Thema: Politisieren wir nahe beim Volk oder fern vom Volk? Wie wir wissen, ist das Volk ganz grossmehrheitlich für eine eidgenössische Harmonisierung. Das, was Sie uns hier ständig immer wieder beantragen, ist eine kantonale Entharmonisierung. So viel dazu.

Fischer-Taeschler Doris, FDP, Seengen: Zum Antrag der SVP und zum Diskussionsstandpunkt: Wir reden über Leitsatz 2, wo es um die Eingangsstufe geht und diese ist per Definition nur integrativ zu führen, sonst geht es gar nicht. Obwohl wir Freisinnige bei Leibe nicht Freunde der vollständigen Integration sind, die Eintrittsstufe gibt es nur mit Integration. Stimmen Sie also diesem Leitsatz zu. Erika Müller, wenn Du sagst, die CVP sei der Meinung Beschleunigen habe nichts mit Überspringen zu tun, dann musst du mir das noch unter vier Augen erklären, was Du damit meinst. Beschleunigen heisst Überspringen!

Dr. Stüssi-Lauterburg Jürg, SVP, Windisch: Wir haben es nun also amtlich, die CVP stimmt nun nach Instruktion. Denn selbstverständlich ist das Votum von Andreas Binder nicht geeignet gewesen, das zu widerlegen, das noch "qui tacet consentire videtur" zum Vorwurf der Instruktion.

Hollinger Franz, CVP, Brugg: Wir befinden uns jetzt auf einem Nebenkriegsschauplatz, deshalb drei Sätze: Selbstverständlich stimmt die CVP nicht nach Instruktion. Wir kennen das Führerprinzip nicht. Wir haben uns heute Morgen und in weiteren Sitzungen zusammengerauft. Demzufolge hat auch Erika Müller hier unsere Meinung kundgetan. Das ist alles.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Es geht nicht nur um Gemeinden, wenn man die Dekretierung von oben nicht will. Demokratie besteht ja nicht nur aus Gemeinden. Es geht hier um Kinder und um ihre verfassungsmässigen Rechte. Die Eingangsstufe, dem Entscheid der Gemeinden zu überlassen, heisst, dass Sie in der Lehrpersonenausbildung in den pädagogischen Hochschulen eine doppelte Ausbildung finanzieren wollen und dass wir in der Zukunft parallel Kindergartenlehrpersonen und Lehrpersonen für die Eingangsstufen ausbilden müssen. In diesem Fall hat die eine Gemeinde, die den Kindergarten pflegen möchte, das Problem, dass sie vielleicht zu diesem Zeitpunkt keine Lehrperson mehr findet, die eine Kindergartenausbildung hat. Das ist ein Nebenproblem und ist lösbar. Zur Meinung, es seien zu wenig Ressourcen da, um ohne Kleinklassen tatsächlich genügend zu fördern: Es geht ja nicht nur um die Lehrperson, die als Einzelperson eine Klasse führt. In der Eingangsstufe sprechen wir von 1,5 Vollzeitpensen. Dazu kommen ohne Sozialindex noch rund vier Lektionen Unterstützung durch eine heilpädagogische Fachkraft. Der Einsatz kann durch die Schulleitung schergewichtig in der einen oder anderen Abteilung erfolgen. Ich habe nichts schlecht geredet, ich habe lediglich ein Bild der Realität aufgezeigt. Wenn Sie sich darüber streiten, ob beschleunigen überspringen heisst oder nicht, kann ich vielleicht ein Stück weit zur Klärung beitragen. Bei der Eingangsstufe heisst Beschleunigen, das Ziel ein oder zwei Jahre früher zu erreichen. Da wird nicht übersprungen. Bei der Mittelstufe wollen wir den Entscheid den Gemeinden überlassen, ob die Mittelstufe in den Jahrgangsklassen oder in den mehrklassigen Abteilungen geführt wird. Wird die Mittelstufe in den Jahrgangsklassen geführt, hat Doris Fischer recht. Wird die Mittelstufe in mehrklassigen Abteilungen geführt, dann hat Erika Müller recht. Also haben eigentlich beide recht. Ich bin der Meinung, dass dieser Leitsatz 2, wie viele andere Leitsätze auch, tatsächlich ein guter Leitsatz ist. Stimmen Sie dem doch zu.

Vorsitzender: Beat Unternährer, Unterentfelden will den letzten Satz des Leitsatzes 2 streichen: "Kinder mit besonderen Lernbedürfnissen werden integrativ gefördert."

Abstimmung:

Der Antrag Unternährer wird mit 89 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

(Für Antrag Unternährer = Nein)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra Christina	Islisberg	Ja
Ackermann	Adrian	Kaisten	Ja
Agustoni	Roland	Magden	Ja
Alder	Rolf	Brugg AG	Ja
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Ja
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Ja
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Ja
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Ja
Benker-Rohr	Doris	Möhlin	Ja
Berger	Erwin	Boswil	Ja
Bhend	Martin	Oftringen	Ja
Bialek	Roland	Buchs AG	Ja
Biffiger	Gregor	Berikon	Nein
Binder	Andreas	Baden	Ja
Bodmer	Thomas	Wettingen	Nein
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Ja
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Ja
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Ja
Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Ja
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Ja
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Ja
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Nein
Burkart	Thierry	Baden	Ja
Böni	Fredy	Möhlin	Abwesend
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Nein
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Ja
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend
Dubach	Manfred	Zofingen	Ja
Dössegger	Hans	Seon	Nein
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Nein
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Ja
Egli	Dieter	Windisch	Ja
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Ja
Emmenegger	Kurt	Baden	Ja
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend
Feri	Yvonne	Wettingen	Ja
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Ja
Flury	Oliver	Lenzburg	Nein
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Nein
Forrer	Walter	Oberkulm	Ja
Frei	Cécile	Gebenstorf	Ja
Fricker	Roger	Oberhof	Nein

Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Nein	Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Ja
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Nein	Nebel	Franz	Bad Zurzach	Ja
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Abwesend	Nussbaumer	Marie-Louise	Obersiggenthal	Ja
Furer	Pascal	Staufen	Nein	Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Ja
Füglistaller	Lieni	Rudolfstetten	Nein	Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Nein
Gautschi	Renate	Gontenschwil	Ja	Rhiner	Robert	Zofingen	Ja
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Ja	Richner	Sämi	Auenstein	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Nein	Roth	Barbara	Erlinsbach	Ja
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Abwesend	Rüegger	Kurt	Rothrist	Nein
Groux	Rosmarie	Berikon	Ja	Rüetschi-Hartmann	Beat	Suhr	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Ja	Schibli	Erika	Wohlenschwil	Ja
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Ja	Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Ja
Haller	Christine	Reinach	Ja	Schoch	Adrian	Fislisbach	Abwesend
Heller	Daniel	Erlinsbach	Ja	Scholl	Bernhard	Möhlin	Ja
Hochuli	Heinrich	Aarau	Nein	Scholl	Herbert H.	Zofingen	Ja
Hochuli	Susanne	Reitnau	Ja	Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Ja
Hofer	Liliane	Zofingen	Ja	Schuhmacher	Peter	Wettingen	Ja
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend	Schweizer	Annalise	Zufikon	Ja
Hollinger	Franz	Brugg	Ja	Schöni	Heinrich	Oftringen	Ja
Hunn	Jörg	Riniken	Nein	Senn	Andreas	Würenlingen	Ja
Huonder-Aschwanden	Trudi	Egliswil	Ja	Soldati	Emanuele	Staufen	Ja
Härrli	Max	Birrwil	Nein	Sommerhalder	Martin	Schmiedrued-Walde	Nein
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Nein	Spielmann	Alois	Aarburg	Ja
Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Ja	Stierli-Popp	Walter	Fischbach-Göslikon	Nein
Jean-Richard	Peter	Aarau	Ja	Strebel	Herbert	Muri	Ja
Jost	Rudolf	Villmergen	Ja	Studer	Lilian	Wettingen	Ja
Keller	Stefan	Baden	Ja	Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Nein
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend	Stüssi-Lauterburg	Jürg	Windisch	Nein
Keusch	Linus	Villmergen	Nein	Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Nein	Unternährer	Beat	Unterentfelden	Nein
Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Ja	Villiger-Matter	Andreas	Sins	Ja
Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Nein	Voser	Peter	Killwangen	Ja
Kohler	Ueli	Baden	Nein	Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Nein
Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Nein	Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Nein
Leimbacher	Markus	Villigen	Ja	Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Ja
Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Ja	Wanner	Maja	Würenlos	Ja
Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Ja	Weber	Guido	Spreitenbach	Ja
Leuenberger	Beat	Schöftland	Nein	Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Nein
Leuenberger	Urs	Widen	Ja	Wernli	Bernhard	Rothrist	Ja
Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Ja	Wertli	Otto	Aarau	Ja
Läng	Max	Nussbaumen b.Baden	Ja	Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Lüpold	Thomas	Möriken-Wildegg	Nein	Wullschleger	Stephan	Strengelbach	Nein
Lüscher	Brunette	Magden	Nein	Wyss	Kurt	Leuggern-Gippingen	Ja
Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Ja	Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Ja
Markwalder	Walter	Würenlos	Nein				
Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Nein				
Meier Doka	Nicole	Baden	Ja				
Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Ja				
Miloni	Reto	Hausen AG	Ja				
Moll-Reuter-crona	Andrea	Fenkrieden	Ja				
Morach	Annerose	Obersiggenthal	Nein				
Moser	Ernst	Würenlos	Nein				
Müller	Pia	Wettingen	Ja				
Müller-Killer	Erika	Lengnau	Ja				

Leitsatz 2a

Vorsitzender: Hier habe ich folgenden Antrag der SVP-Fraktion: "Für Kinder und Jugendliche, die dem Regelunterricht nicht folgen können, sind besondere Angebote wie Kleinklassen, Integrationsklassen usw. bereitzustellen." Beat Unternährer zieht seinen Antrag jedoch zurück.

Fischer-Taeschler Doris, FDP, Seengen: Der neue Leitsatz der BKS-Kommission gefällt uns: "Die Zeit, die das Kind für das Durchlaufen der Eingangsstufe benötigt, ist abhängig von seiner intellektuellen Entwicklung und emotionalen Reife." Um unserem Anliegen Rechnung zu tragen, dass wir damit nicht nur die längere, insbesondere auch die kürzere Durchlaufzeit meinen, möchten wir diesen Satz gerne noch etwas verstärken und stellen den Antrag, zusätzlich noch anzuhängen: "Das Überspringen von Klassen ist, entsprechende Leistungen vorausgesetzt, zu fördern." Wir verstärken damit dieses Anliegen und verhelfen ihm zu mehr Nachdruck.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Ich glaube diese zusätzliche Verstärkung ist überflüssig. Wir haben das doch bei den Wirkungszielen klar postuliert, dass eine gewisse Beschleunigung, ein rasches Durchlaufen anzustreben ist. In diesem Sinne meine ich, dass diese Verdoppelung hier nicht mehr notwendig ist. Es würde zudem an der Tatsache wenig ändern. Aber meines Erachtens ist es hier nicht richtig angebracht und es würde sich ja lediglich auf die Mittelstufe beschränken, wo wir in Jahrgangsklassen arbeiten. Zur Eingangsstufe: Der Leitsatz 2a ist ja eigentlich nur für diese Stufe gedacht, da dort kein Überspringen von Klassen möglich ist, sondern nur ein früheres Erreichen von Zielen.

Abstimmung:

Der Ergänzungsantrag Fischer wird mit 64 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

(Für Ergänzungsantrag Fischer = Nein)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra	Islisberg	Ja
Ackermann	Adrian	Kaisten	Nein
Agustoni	Roland	Magden	Ja
Alder	Rolf	Brugg AG	Nein
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Ja
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Ja
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Ja
Bader Biland	Sybill	Tägerig	Ja
Benker-Rohr	Doris	Möhl	Ja
Berger	Erwin	Boswil	Ja
Bhend	Martin	Oftringen	Ja
Bialek	Roland	Buchs AG	Abwesend
Biffiger	Gregor	Berikon	Nein
Binder	Andreas	Baden	Ja
Bodmer	Thomas	Wettingen	Nein
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Ja
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Nein
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Ja
Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Ja
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Nein
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Ja
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Nein
Burkart	Thierry	Baden	Nein
Böni	Fredy	Möhl	Abwesend
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Nein

Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Ja
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend
Dubach	Manfred	Zofingen	Enthalten
Dössegger	Hans	Seon	Nein
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Nein
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Ja
Egli	Dieter	Windisch	Ja
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Ja
Emmenegger	Kurt	Baden	Ja
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend
Feri	Yvonne	Wettingen	Ja
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Nein
Flury	Oliver	Lenzburg	Nein
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Nein
Forrer	Walter	Oberkulm	Nein
Frei	Cécile	Gebenstorf	Ja
Fricker	Roger	Oberhof	Nein
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Ja
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Nein
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Abwesend
Furer	Pascal	Staufen	Nein
Füglister	Lieni	Rudolfstetten	Abwesend
Gautschi	Renate	Gontenschwil	Nein
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Nein
Glärner	Andreas	Oberwil-Lieli	Abwesend
Groux	Rosmarie	Berikon	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Nein
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Nein
Haller	Christine	Reinach	Ja
Heller	Daniel	Erlinsbach	Nein
Hochuli	Heinrich	Aarau	Ja
Hochuli	Susanne	Reitnau	Enthalten
Hofer	Liliane	Zofingen	Enthalten
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend
Hollinger	Franz	Brugg	Ja
Hunn	Jörg	Riniken	Nein
Huonder-Aschwanden	Trudi	Egliswil	Ja
Häri	Max	Birrwil	Nein
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Enthalten
Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Ja
Jean-Richard	Peter	Aarau	Ja
Jost	Rudolf	Villmergen	Nein
Keller	Stefan	Baden	Ja
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend
Keusch	Linus	Villmergen	Ja
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Nein
Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Nein
Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Nein
Kohler	Ueli	Baden	Nein
Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Nein
Leimbacher	Markus	Villigen	Ja
Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Ja

Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Ja
Leuenberger	Beat	Schöffland	Nein
Leuenberger	Urs	Widen	Ja
Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Ja
Läng	Max	Nussbaumen b.Baden	Ja
Lüpold	Thomas	Möriken-Wildeg	Nein
Lüscher	Brunette	Magden	Ja
Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Ja
Markwalder	Walter	Würenlos	Ja
Mattenberger- Schmitter	Marianna	Birr	Nein
Meier Doka	Nicole	Baden	Ja
Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Ja
Miloni	Reto	Hausen AG	Abwesend
Moll- Reutercrona	Andrea	Fenkrieden	Nein
Morach	Annerose	Obersiggenthal	Nein
Moser	Ernst	Würenlos	Nein
Müller	Pia	Wettingen	Ja
Müller-Killer	Erika	Lengnau	Ja
Nadler- Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Ja
Nebel	Franz	Bad Zurzach	Abwesend
Nussbaumer Marty	Marie- Louise	Obersiggenthal	Nein
Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Nein
Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Nein
Rhiner	Robert	Zofingen	Nein
Richner	Sämi	Auenstein	Ja
Roth	Barbara	Erlinsbach	Ja
Rüegger	Kurt	Rothrist	Ja
Rüetschi- Hartmann	Beat	Suhr	Nein
Schibli	Erika	Wohlenschwil	Nein
Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Ja
Schoch	Adrian	Fislisbach	Abwesend
Scholl	Bernhard	Möhlin	Nein
Scholl	Herbert H.	Zofingen	Nein
Schreiber- Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Ja
Schuhmacher	Peter	Wettingen	Nein
Schweizer	Annalise	Zufikon	Nein
Schöni	Heinrich	Oftringen	Ja
Senn	Andreas	Würenlingen	Ja
Soldati	Emanuele	Staufen	Ja
Sommerhalder	Martin	Schmiedrued- Walde	Nein
Spielmann	Alois	Aarburg	Ja
Stierli-Popp	Walter	Fischbach- Göslikon	Abwesend
Strebel	Herbert	Muri	Ja
Studer	Lilian	Wettingen	Ja
Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Nein
Stüssi- Lauterburg	Jürg	Windisch	Nein
Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Unternährer	Beat	Unterentfelden	Nein
Villiger-Matter	Andreas	Sins	Ja
Voser	Peter	Killwangen	Ja
Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Nein

Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Nein
Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Ja
Wanner	Maja	Würenlos	Nein
Weber	Guido	Spreitenbach	Ja
Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Nein
Wernli	Bernhard	Rothrist	Ja
Wertli	Otto	Aarau	Ja
Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Wullschleger	Stephan	Strengelbach	Nein
Wyss	Kurt	Leuggern- Gippingen	Ja
Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Nein

Leitsatz 3

Wanner Maja, FDP, Würenlos, Präsidentin der Kommission für Bildung, Kultur und Sport, BKS: Dieser Leitsatz war in der Kommission unbestritten. Sie stimmte mit 9 zu 3 bei 1 Enthaltung zu.

Unternährer Beat, SVP, Unterentfelden: Wir haben hier ursprünglich folgenden Antrag vorgesehen: "Die obligatorische, leistungsorientierte Volksschule dauert neun Jahre. Davon dauert die Primarschule sechs Jahre." Nachdem wir aber bezüglich der Eingangsstufe verloren haben, erübrigt sich dieser Antrag. Ich ziehe ihn zurück.

Breitschmid Manfred, CVP, Bremgarten: Ich stelle den Antrag, Leitsatz 3 wie folgt zu fassen: "Die obligatorische, leistungsorientierte Volksschule dauert elf Jahre. Die Primarschule dauert einschliesslich der Eingangsstufe acht Jahre." Das heisst, ich stelle den Antrag, dass die Worte "und die heilpädagogischen Sonderschulen" im Leitsatz 3 gestrichen werden.

Begründung: 1. Ich denke besonders an mehrfach behinderte Menschen, mit einer geistigen Behinderung, die auf einer Entwicklungsstufe eines Kleinkindes sind, obwohl ihr Lebensalter z.B. 15 Jahre ist. Was sind ihre Anteile am Leben im Gegensatz zu uns. Einige von ihnen leben im Rollstuhl, haben keine Sprache, hören nur teilweise und haben eine Magensonde, trinken und essen kennen sie nicht. Schulung ist für diese Menschen nicht nur Förderung, sondern auch eine besondere Weise der Zuwendung. Den Leitsatz 3 "Die obligatorische, leistungsorientierte Volksschule und die heilpädagogische Sonderschulen dauern elf Jahre" kann ich so nicht befürworten. Das Schulgesetz § 28 gibt Schülern der heilpädagogischen Schulen das Recht, das Schulangebot bis zum vollendeten 20. Altersjahr zu besuchen. Gerade bei mehrfach behinderten Schülern erachte ich die bis zu vier Jahre längere Schulzeit als absolut notwendig.

2. In der Vernehmlassungsvorlage waren die heilpädagogischen Schulen auch nicht erwähnt.

3. Im Planungsbericht Seite 50 können wir lesen: "Die Sonderschulen sind nicht Teil des Bildungskleeblatts und werden deshalb in den Kapiteln nicht beschrieben."

Bleiben wir dabei und unterstützen Sie bitte meinen Antrag!

Müller-Killer Erika, CVP, Lengnau: Es ist nach wie vor nicht möglich, alle Kinder mit besonderen Bedürfnissen in die Volksschule zu integrieren. Heilpädagogische Sonderschulen müssen auch in Zukunft geführt werden. Sie sind genauso wie das Hochbegabtgymnasium notwendig. Nicht alle Kinder sind integrierbar. Der Leitsatz 3: "Die

Primarschule dauert einschliesslich der Eingangsstufe acht Jahre" hat für kleine Gemeinden einen wichtigen Pluspunkt bzw. einen positiven Nebeneffekt. Sie behalten eher als mit den heutigen Schulstrukturen ihre Primarschule im Dorf. Die Chancen verbessern sich, eine Eingangsstufe mit vier Jahrgängen und ebenfalls die Primarschule mit vier Jahrgängen zu führen. Somit profitieren auch Kleingemeinden von der Einführung der integrativen Eingangsstufe. Bitte stimmen Sie diesem Leitsatz zu!

Burgener Brogli Elisabeth, SP, Gipf-Oberfrick: Die Entwicklung der Sonderschulen hat vor ca. 100 Jahren begonnen. Die Sonderschulung in der Schweiz ist eng mit der IV verwoben. Die Geschichte der Sonderschulung lässt sich aus dieser Sicht in drei Phasen einteilen: Die Zeitspanne vor der IV-Gründung, die Jahrzehnte während denen die IV die Sonderschulung mitfinanzierte und mitgestaltete sowie schliesslich die Zeit nach dem Rückzug der IV aus dem Bereich der Sonderschulung mit dem Inkrafttreten der NFA. Dadurch findet schrittweise eine Eingliederung der Sonderschulen in das Bildungssystem im Rahmen der interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich statt. Die Schaffung dieses Konkordats ist die Folge der NFA, darin nimmt der Bildungsauftrag der Sonderschulen eine wichtige Stellung ein. Jeder Kanton muss deshalb bis 2011 ein Sonderschulkonzept entwickelt haben. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Anspruch auf Sonderschulmassnahmen haben mit dem Inkrafttreten der NFA nicht mehr den Status von Versicherten, sondern von Teilnehmenden am Bildungssystem. Schülerinnen und Schüler mit spezifischem Förderbedarf werden durch geeignete Lern- und Betreuungsformen gefördert. Das HarmoS-Konkordat nimmt Einfluss auf das Schuleintrittsalter, die Schulstrukturen und die Lehrpläne der obligatorischen Schule. Es wirkt sich aber auch auf die sonderpädagogischen Angeboten und heilpädagogischen Sonderschulen aus, weil diese inskünftig integrierter Bestandteil der obligatorischen Schule sein werden. Darum gehören die heilpädagogischen Sonderschulen in die Leitsätze, die wir heute beraten und im Bildungskleeblatt erwähnt und nicht nur mitgemeint sind. Sie sind ein Teil des öffentlichen Bildungsauftrags. Sie müssen eine Position in der Auflistung des aargauischen Schulsystems erhalten. Früher waren die Sonderschulen ausschliesslich Schulen für geistig Behinderte. Heute gibt es immer mehr Schülerinnen und Schüler, die von der Volks- bzw. Regelschule in heilpädagogische Sonderschulen wechseln und umgekehrt. Die Regelschule kann bestimmten Kindern nicht immer gerecht werden. Diese Kinder bedürfen der Förderung durch die heilpädagogischen Sonderschulen. Es sind stationäre Sonderschulen und Tagessonderschulen, für Kinder und Jugendliche mit kognitiver Behinderung, mit Körper-, Hör- oder Sprachbehinderung und immer mehr Schülerinnen und Schüler mit einer erheblichen sozialen Beeinträchtigung. Dem gegenüber wächst auf Seiten von Fachleuten und Eltern zunehmend das Bedürfnis nach einem durchlässigen Gesamtsystem, wo integrative und separative Massnahmen flexibel gehandhabt werden können. In einem durchlässigen, stufenintegrierenden und klientenorientierenden System müssen Regel- und heilpädagogische Sonderschulen künftig rollenteilig kooperieren. Darum gehören Volksschule und heilpädagogische Sonderschule zusammen unter das Dach Schule Aargau. Ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrats

zuzustimmen.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Ich habe Verständnis für den Antrag von Manfred Breitschmid und erachte ihn als angemessen. In diesem Fall ist es richtig, dass man diese Streichung vornimmt.

Abstimmung:

Der Antrag Breitschmid wird mit 98 gegen 22 Stimmen angenommen.

(Für Antrag Breitschmid = Ja)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra Christina	Islisberg	Ja
Ackermann	Adrian	Kaisten	Ja
Agustoni	Roland	Magden	Nein
Alder	Rolf	Brugg AG	Abwesend
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Nein
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Nein
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Ja
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Ja
Benker-Rohr	Doris	Möhlin	Ja
Berger	Erwin	Boswil	Ja
Bhend	Martin	Oftringen	Ja
Bialek	Roland	Buchs AG	Ja
Biffiger	Gregor	Berikon	Ja
Binder	Andreas	Baden	Ja
Bodmer	Thomas	Wettingen	Abwesend
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Ja
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Ja
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Ja
Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Nein
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Ja
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Nein
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Ja
Burkart	Thierry	Baden	Ja
Böni	Fredy	Möhlin	Abwesend
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Ja
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Ja
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend
Dubach	Manfred	Zofingen	Enthalten
Dössegger	Hans	Seon	Ja
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Ja
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Ja
Egli	Dieter	Windisch	Ja
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Ja
Emmenegger	Kurt	Baden	Nein
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend
Feri	Yvonne	Wettingen	Nein
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Ja
Flury	Oliver	Lenzburg	Ja
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Nein

Forrer	Walter	Oberkulm	Ja	Moser	Ernst	Würenlos	Ja
Frei	Cécile	Gebenstorf	Nein	Müller	Pia	Wettingen	Nein
Fricker	Roger	Oberhof	Ja	Müller-Killer	Erika	Lengnau	Ja
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Ja	Nadler-	Kathrin	Lenzburg	Nein
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Nein	Debrunner			
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Ja	Nebel	Franz	Bad Zurzach	Abwesend
Furer	Pascal	Staufen	Abwesend	Nussbaumer	Marie-	Obersiggenthal	Ja
Füglistaller	Lieni	Rudolfstetten	Ja	Marty	Louise		
Gautschy	Renate	Gontenschwil	Ja	Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Ja
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Ja	Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Ja	Rhiner	Robert	Zofingen	Ja
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Nein	Richner	Sämi	Auenstein	Ja
Groux	Rosmarie	Berikon	Ja	Roth	Barbara	Erlinsbach	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Abwesend	Rüegger	Kurt	Rothrist	Ja
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Ja	Rüetschi-	Beat	Suhr	Ja
Haller	Christine	Reinach	Ja	Hartmann			
Heller	Daniel	Erlinsbach	Ja	Schibli	Erika	Wohlenschwil	Ja
Hochuli	Heinrich	Aarau	Nein	Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Enthalten
Hochuli	Susanne	Reitnau	Ja	Schoch	Adrian	Fislisbach	Abwesend
Hofer	Liliane	Zofingen	Ja	Scholl	Bernhard	Möhlin	Ja
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend	Scholl	Herbert H.	Zofingen	Ja
Hollinger	Franz	Brugg	Ja	Schreiber-	Patricia	Wegenstetten	Ja
Hunn	Jörg	Riniken	Ja	Rebmann			
Huonder-	Trudi	Egliswil	Ja	Schuhmacher	Peter	Wettingen	Ja
Aschwanden				Schweizer	Annalise	Zufikon	Ja
Härr	Max	Birrwil	Ja	Schöni	Heinrich	Oftringen	Ja
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Ja	Senn	Andreas	Würenlingen	Ja
Hürzeler	Bernhard	Schöffland	Nein	Soldati	Emanuele	Staufen	Nein
Jean-Richard	Peter	Aarau	Ja	Sommerhalder	Martin	Schmiedrued-	Nein
Jost	Rudolf	Villmergen	Abwesend			Walde	
Keller	Stefan	Baden	Ja	Spielmann	Alois	Aarburg	Ja
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend	Stierli-Popp	Walter	Fischbach-	Ja
Keusch	Linus	Villmergen	Ja			Göslikon	
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Ja	Strebel	Herbert	Muri	Ja
Klöti	Rainer	Auenstein	Ja	Studer	Lilian	Wettingen	Ja
	Ernst			Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Nein
Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Ja	Stüssi-	Jürg	Windisch	Nein
Kohler	Ueli	Baden	Nein	Lauterburg			
Lehmann-	Regina	Reitnau	Ja	Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Wälchli				Unternährer	Beat	Unterentfelden	Ja
Leimbacher	Markus	Villigen	Abwesend	Villiger-Matter	Andreas	Sins	Ja
Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Nein	Voser	Peter	Killwangen	Ja
Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Ja	Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Ja
Leuenberger	Beat	Schöffland	Ja	Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Ja
Leuenberger	Urs	Widen	Ja	Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Abwesend
Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Abwesend	Wanner	Maja	Würenlos	Ja
Läng	Max	Nussbaumen	Ja	Weber	Guido	Spreitenbach	Ja
		b.Baden		Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Abwesend
Lüpold	Thomas	Möriken-Wildegg	Ja	Wernli	Bernhard	Rothrist	Ja
Lüscher	Brunette	Magden	Ja	Wertli	Otto	Aarau	Ja
Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Ja	Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Markwalder	Walter	Würenlos	Ja	Wullschleger	Stephan	Strengelbach	Ja
Mattenberger-	Marianna	Birr	Ja	Wyss	Kurt	Leuggern-	Ja
Schmitter						Gippingen	
Meier Doka	Nicole	Baden	Ja	Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Ja
Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Ja				
Miloni	Reto	Hausen AG	Ja				
Moll-	Andrea	Fenkrieden	Ja				
Reuter-crona							
Morach	Annerose	Obersiggenthal	Nein				

Leitsatz 4

Wanner Maja, FDP, Würenlos, Präsidentin der Kommission für Bildung, Kultur und Sport, BKS: Hier geht es explizit um den integrativen Unterricht. Um der Gefahr einer

Leistungssenkung in Extremsituationen vorzubeugen, wurde der Antrag gestellt, dass eine gewisse Anzahl an Spezial- und Integrationsklassen beibehalten werden soll. Es ist vorgesehen, das Brückenjahr sowie die kommunalen und regionalen Integrationsklassen weiterhin zu führen. Den Zusatz: "Bei Bedarf können kommunale und regionale Integrationsklassen geführt werden", nahm die Kommission in der Abstimmung mit 10 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung auf. Die Zustimmung zum bereinigten Leitsatz, wie er in der Synopse steht, erhielt 9 zu 1 bei 2 Enthaltungen.

Unternährer Beat, SVP, Unterentfelden: Dies ist mein letzter Versuch, die Kleinklassen noch zu retten. Ich beantrage für Kinder und Jugendliche, die dem Regelunterricht nicht folgen können, besondere Angebote wie Kleinklassen, Integrationsklassen usw. bereitzustellen. Im Leitsatz 4 ist für uns der Antrag im 2. Absatz eine ungenügende Kompensation. Die Kommissionspräsidentin hat es bereits gesagt, dass es nur für den absoluten Notfall vorgesehen ist. Wir möchten den Gemeinden die Möglichkeit lassen Kleinklassen zu bilden. Denn erst nach der Eingangsstufe wird der integrative Unterricht als obligatorisch erklärt. Wir möchten versuchen, für die übrigen Stufen noch die Möglichkeit zu schaffen, dass Kinder und Jugendliche in Kleinklassen besonders gefördert werden können. Abgesehen davon, dass heute bereits in den Regelklassen viele Kinder unterrichtet werden, die mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung der Lehrkräfte benötigen, ohne dass sie Sonderschulung bekommen, wäre die Abschaffung von differenzierten Sonderklassen - und ich betone es nochmals - ein Rückschritt in längst vergangene Zeiten. Die Durchmischung von Regelklassen mit schwer bildungsfähigen Kindern oder solchen mit Lernschwierigkeiten erhöht die Heterogenität. Ich will nicht auf die emotional-wissenschaftliche Darstellung von Thomas Leitch eintreten. Ich sage einfach die Schulklassen-Heterogenität wird noch mehr erhöht, obwohl dies heute schon als eines der grössten Probleme dargestellt wird, quasi als Hauptproblem der Schule. Also bitte ich Sie, lassen Sie hier noch eine Türe offen und stimmen Sie meinem Antrag zu. Er lautet: "Kinder und Jugendliche, die dem Regelunterricht nicht folgen können, sind besondere Angebot wie Kleinklassen, Integrationsklassen usw. bereitzustellen."

Fischer-Taeschler Doris, FDP, Seengen: Wir möchten das Problem anders angehen. Absatz 2: "Bei Bedarf können kommunale und regionale Integrationsklassen geführt werden" nimmt nämlich nur einen Teil unserer Anliegen auf. In der Kommission haben wir es eingebracht und diskutiert. Wir möchten den Satz gern mit "Spezialklassen" ergänzen. Die Integrationsklassen sind im Aargau sehr genau definiert. Sie umfassen nur die fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler, vor allem diejenigen Schüler, die aufgrund des verspäteten Familienzuzugs erst gegen Ende der obligatorischen Schulpflicht zu uns kommen. Die Integrationsklassen sind somit vor allem sprachspezifisch orientiert.

Wir sind der Meinung, dass es aber noch andere problematische Situationen gibt, wo es angezeigt ist, neben den Integrationsklassen auch Spezialklassen führen zu können, statt alle in der Regelklasse integrieren zu wollen. Bedenken Sie, dass in die neue Regelklasse alle Kinder der Kleinklasse des Berufswahljahrs und des Werkjahrs integriert werden sollen. Was machen wir nun, wenn es

bspw. zu wenig ausgebildete Lehrkräfte gibt oder aus einem anderen Grund die Anzahl von Kindern mit speziellen Lernbedürfnissen akut zunimmt? Wir brauchen ein Instrument und eine Möglichkeit, also eine Art Sicherheitsventil, um nicht das ganze System zu gefährden. Deshalb stellen wir den Antrag im Leitsatz 4 den 2. Absatz wie folgt zu ergänzen:

"Bei Bedarf können kommunale und regionale Integrations- und/oder Spezialklassen geführt werden."

Müller-Killer Erika, CVP, Lengnau: Beat, Du meinst es gut mit den Kindern, das gefällt mir. Aber drehen wir das Rad doch nicht wieder zurück. Setzen wir doch auf Integration. Das ist noch besser für die Kinder. Die CVP unterstützt die grösstmögliche Integration. Die Bildungsreform ist darauf ausgerichtet. So werden nicht nur Einschulungsklassen aufgehoben, sondern auch die Kleinklassen, Berufswahlschulen und das Werkjahr. Im Rahmen der Fördermassnahmen werden leistungsstarke Schülerinnen und Schüler eine Klasse überspringen. Wie viel Prozent es schliesslich sein werden, wird sich weisen. Jedenfalls sind zwingend genügend Ressourcen für schulische Heilpädagogen zur Verfügung zu stellen. Nur dann wird die Reform gelingen. Die finanziellen Ressourcen werden zweifellos effizienter als beim heutigen Schulsystem eingesetzt. Nach Bedarf, und dieser kann nur durch das BKS festgelegt werden, sollen aber weiterhin Integrationsklassen geführt werden können. Sie gibt es bereits heute schon. Die Heterogenität durch zu viele, plötzlich dazu stossende, anderssprachige Schülerinnen und Schüler würde eine Regelklasse zu sehr belasten. Deshalb muss es in Notsituationen möglich sein, Integrationsklassen zu führen. Stimmen Sie wie die CVP dem Leitsatz 4 zu.

Dubach Manfred, SP, Zofingen: Welchen Vorteil bieten uns diese Spezialklassen? Gegenüber dem geplanten System bieten sie eigentlich nur einen Vorteil, nämlich die geringere Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die in solch einer Klasse sitzen. Ich denke, wir müssen das Problem im System lösen, so wie wir es bei Leitsatz 9, Sekundarstufe B gemacht haben. Falls sich also sehr viele Kinder mit speziellen Bedürfnissen in einer Klasse befinden, wird die Klassengrösse angepasst werden. Es ist nicht sinnvoll, die Probleme durch Separation zu lösen, nur weil wir kleinere Klassen wollen.

Studer Lilian, EVP, Wettingen: Persönlich habe ich Verständnis für den Absatz 2 und den zusätzlichen Antrag der FDP. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass man mit so einem Zusatz erst Probleme generieren kann. Gerade bei Integrationsklassen treffen verschiedene Mentalitäten aufeinander, die zusätzlich Schwierigkeiten verursachen. Separationsklassen vermitteln den Kindern und Jugendlichen ein Gefühl von Separation. Auch dies kann wiederum Schwierigkeiten mit sich bringen.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass mit Separations- und Integrationsklassen nicht einfach alle Probleme gelöst werden können oder gelöst sein werden. Es kann einen Vorteil bringen - und ich sehe ihn auch -, darum werde ich nicht opponieren. Aber wir müssen uns im Klaren sein, dass das Problem für diese Kinder und Jugendlichen, die in diesen Klassen sind, damit nicht gelöst sein wird. Diese Aufgabe müssen wir noch lösen oder schauen, dass wir wirklich das Beste für sie machen können. Sie sollen im

Nachhinein wirklich integriert und nicht separiert werden.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Einerseits habe ich Verständnis für dieses Anliegen. Andererseits will der Regierungsrat über die Integrationsklassen hinaus keine weiteren separierenden Angebote. Das ist ein klares Bekenntnis, dass die Separation auf der Basis der heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisse und der heutigen Realitäten in der aargauischen Schule der falsche Weg ist.

Hohe Achtung habe ich vor der Arbeit der Lehrpersonen in den Kleinklassen. Aber sie sind nicht mehr zeitgemäss. Ich gebe Ihnen eine weitere Illustration dazu: Auf der Oberstufe haben wir 63,3% Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihrer mangelnden sprachlichen Kompetenzen in diesen Kleinklassen sitzen. Hat hier jemand tatsächlich das Gefühl, diese 63,3% seien rein aufgrund der kognitiven Fähigkeiten Schüler und Schülerinnen, die in eine Kleinklasse gehören? Mit Sicherheit nicht! Aber diese 63,3% haben kaum eine Chance, eine ihren Fähigkeiten angemessene Ausbildung in der Berufswelt zu erreichen. Das führt zunehmend zu Problemen und Kosten im Sozial- und Fürsorgebereich mit späteren Heimeinweisungen und Problemlösungsversuchen. Das wollen wir endgültig nicht mehr.

Wie stellen Sie sich diese Sonderklassen vor? Wenn in der Ortschaft A ein Schüler oder eine Schülerin auftaucht, die diese zusätzlichen Bedürfnisse hat, suchen wir dann über die Frühlingsferien hinweg oder während den Sommerferien bis zum Beginn des nächsten Schuljahrs genügend Kinder in der Region, dass wir irgendwo eine Klasse bilden können? Wenn irgendwo ein solches Kind in der Gemeinde A auftaucht, sind dann plötzlich auch noch zehn andere Kinder in derselben Gemeinde oder in der Nachbargemeinde genauso bedürftig? Es würde wieder zu denselben Ungerechtigkeiten führen. Wir haben doch genügend Angebote. Wir haben die Möglichkeit, mit der integrativen Schulung Kinder von den Lernzielen gemäss Lehrplan zu befreien. Viele Lehrpersonen wissen das nicht. Hier müssen wir Informationsarbeit leisten. Wenn jemand von den Lernzielen befreit ist, wird die Belastung im Unterricht für die Lehrperson wesentlich geringer. Wir haben immer noch die Möglichkeit einer Einweisung in Schulheime, wenn nicht die kognitive Leistungsfähigkeit Ursache ist, sondern verhaltensbedingte Störungen und Defizite auftreten, die in der Regelklassen nicht mehr tragbar sind.

Niemand hat im Sinn, diese Schulheime zu schliessen. Wir benötigen sie weiterhin. Wir haben ein sehr gut ausgebautes, interkantales Netz für alle möglichen und unmöglichen Besonderheiten. Wenn die Bedürfnisse tatsächlich übergross werden sollten, dann haben wir die heilpädagogische Sonderschule, die für ganz schwierige Bedürfnisse Angebote bereitstellt. Ich mache nochmals auf die Konsequenzen für die Kinder bei der Einweisung in die Kleinklasse aufmerksam. Nur 0,34% haben die Chance, in die Regelklasse zurückzukehren. Sie brandmarken ein Kind auf eine ganz extreme Art und Weise mit teilweise jahrzehntelangen Folgeschäden, Folgeschäden auch für die Gesellschaft. Die Folgeschäden für das individuelle Schicksal der einzelnen Personen und ihres familiären Umfelds sind auch anzusehen. Das darf in Zukunft nicht mehr passieren. In unserem System darf es keinen Rückschritt geben.

Die Lehrpersonen erhalten genügend Unterstützung. Letzte Woche war ich an der Delegiertenversammlung des Primarlehrerinnen- und Primarlehrervereins. Diese

Lehrpersonen sind hoch motiviert und bereit, diese Zusatzarbeit zu leisten. Ich habe Ihnen ohne Sozialindex aufgezeigt, was es heisst, in vier Lektionen eine heilpädagogische Fachkraft als Unterstützung zu haben. Der Sozialindex ermöglicht eine unterschiedliche Zahl von Lektionen, in denen eine weitere Lehrperson im Team-Teaching oder in der Behandlung von einzelnen Schülerinnen und Schülern unterstützt. Das ist möglich. Wir haben daneben uneingeschränkt die Unterstützung im Therapiebereich Logo- und Legatherapie. Beides haben wir bereits heute. Das sind 8% auf die gesamte Schülerzahl gerechnet. Auf 100 Kinder kommen 8 Lektionen, d.h. pro Lektion 1-3 Lektionen. Wir haben bei besonderen Bedürfnissen die Möglichkeit, zusätzliche Sprachkurse zu finanzieren. Das Sicherheitsventil - dies ist ein guter Ausdruck Doris Fischer-Taeschler - praktizieren wir auch schon heute. Das Schulgesetz gibt uns die Möglichkeit. Wir haben das in den letzten Wochen in einem Fall praktiziert, wo eine Klasse wirklich ausser Rand und Band gewesen ist. Die Zusammensetzung der Klasse und der Erfahrungsgrad der Lehrperson ergaben eine Überforderung. Wir haben kurzfristig über mehrere Monate hinweg 2 bis 4 Zusatzlektionen für diese Klasse bewilligt. Das funktioniert, weil die Schulleitungen funktionieren. Damit können wir all diese Sonderbedürfnisse auffangen.

Hingegen kann ich den Ausführungen in der mittleren Spalte der Synopse zustimmen: "... kommunale und regionale Integrationsklasse ...". Damit sind insbesondere Kinder gemeint, die im relativ hohen Schulalter ohne Deutschkenntnisse in unser System wechseln. Dieses Angebot besteht. Die Lehrpersonen arbeiten hervorragend und der Erfolg ist eindrucklich. Dafür gibt es genügend Beispiele. Bei allem Verständnis für die Frage nach dem Sicherheitsventil bin ich überzeugt, dass der Leitsatz, so wie er in der mittleren Spalte formuliert ist, wirklich richtig ist. Im Namen des Regierungsrats bitte ich Sie, diesem Leitsatz zuzustimmen.

Schweizer Annalise, parteilos, Zufikon: Vielen herzlichen Dank, Herr Regierungsrat, für Ihre ausführliche Berichterstattung. Meine Unsicherheit ist sehr gross, vor allem, wenn ich jetzt Ihre Auskünfte bezogen auf die Lernzielbefreiung höre. Einerseits haben wir den § 28 und andererseits haben wir die Gebundenheit der Lehrerschaft an die Lehrziele. Wie läuft es künftig in der Berufsschule? Ich erinnere mich an eine Zeit vor ca. 6 bis 7 Jahren, als wir ca. 40% Schüler hatten, die mit Unterlagen kamen, um von den Prüfungen und Lehrabschlussprüfungen befreit zu werden. Vor etwa 3 Jahren gab es diese Befreiungen nicht mehr. Plötzlich mussten wieder alle Schüler Prüfungen und Lehrabschlussprüfungen absolvieren. Es gab Probleme, weil man die Anforderungen immer wieder angehoben hat. Wie sieht das in Zukunft aus? Wird die Befreiung weitergehen bis in die Berufsschule? Das würde mich interessieren.

Eventualabstimmung:

Der Antrag Fischer obsiegt mit 66 gegen 61 Stimmen über den Antrag von Kommission und Regierungsrat.

(Für Antrag Fischer = Ja)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra	Islisberg	Nein
	Christina		

Ackermann	Adrian	Kaisten	Ja	Haller	Christine	Reinach	Nein
Agustoni	Roland	Magden	Nein	Heller	Daniel	Erlinsbach	Ja
Alder	Rolf	Brugg AG	Abwesend	Hochuli	Heinrich	Aarau	Ja
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Nein	Hochuli	Susanne	Reitnau	Nein
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Nein	Hofer	Liliane	Zofingen	Nein
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Nein	Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Nein	Hollinger	Franz	Brugg	Ja
Benker-Rohr	Doris	Möhlín	Nein	Hunn	Jörg	Riniken	Ja
Berger	Erwin	Boswil	Nein	Huonder-Aschwanden	Trudi	Egliswil	Nein
Bhend	Martin	Oftringen	Abwesend	Härrí	Max	Birrwil	Ja
Bialek	Roland	Buchs AG	Nein	Hürzeler	Alex	Oeschgen	Ja
Biffiger	Gregor	Berikon	Ja	Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Nein
Binder	Andreas	Baden	Nein	Jean-Richard	Peter	Aarau	Nein
Bodmer	Thomas	Wettingen	Ja	Jost	Rudolf	Villmergen	Ja
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Nein	Keller	Stefan	Baden	Abwesend
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Ja	Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Nein	Keusch	Linus	Villmergen	Ja
Bryner	Peter	Möríken-Wildegq	Nein	Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Ja
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Nein	Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Ja
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfríck	Nein	Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Ja
Burgherr-Leu	Thomas	Wilíberg	Ja	Kohler	Ueli	Baden	Ja
Burkart	Thierry	Baden	Ja	Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Ja
Böni	Fredy	Möhlín	Abwesend	Leimbacher	Markus	Villigen	Nein
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Ja	Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Nein
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Nein	Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Nein
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend	Leuenberger	Beat	Schöftland	Ja
Dubach	Manfred	Zofingen	Nein	Leuenberger	Urs	Widen	Ja
Dössegger	Hans	Seon	Ja	Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Nein
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Ja	Läng	Max	Nussbaumen b.Baden	Nein
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Nein	Lüpold	Thomas	Möríken-Wildegq	Ja
Egli	Dieter	Windisch	Nein	Lüscher	Brunette	Magden	Ja
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b.Baden	Nein	Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Nein
Emmenegger	Kurt	Baden	Nein	Markwalder	Walter	Würenlos	Nein
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend	Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Ja
Feri	Yvonne	Wettingen	Nein	Meier Doka	Nicole	Baden	Nein
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Ja	Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Nein
Flury	Oliver	Lenzburg	Ja	Miloni	Reto	Hausen AG	Nein
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Ja	Moll-Reuter croná	Andrea	Fenkrieden	Ja
Forrer	Walter	Oberkulm	Ja	Morach	Annerose	Obersiggenthal	Ja
Frei	Cécile	Gebenstorf	Nein	Moser	Ernst	Würenlos	Ja
Fricker	Roger	Oberhof	Ja	Müller	Pia	Wettingen	Nein
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Ja	Müller-Killer	Erika	Lengnau	Nein
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Ja	Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Nein
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Ja	Nebel	Franz	Bad Zurzach	Ja
Furer	Pascal	Staufen	Ja	Nussbaumer Marty	Marie-Louise	Obersiggenthal	Nein
Füglístaller	Lieni	Rudolfstetten	Ja	Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Ja
Gautschy	Renate	Gontenschwil	Ja	Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Ja
Gebhard-Schöni	Esther	Möríken-Wildegq	Nein	Rhiner	Robert	Zofingen	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Ja	Richner	Sämi	Auenstein	Nein
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Ja	Roth	Barbara	Erlinsbach	Nein
Groux	Rosmarie	Berikon	Nein	Rüeggger	Kurt	Rothrist	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Ja	Rüetschi-Hartmann	Beat	Suhr	Ja
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Ja				

Schibli	Erika	Wohlenschwil	Ja
Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Nein
Schoch	Adrian	Fislibach	Abwesend
Scholl	Bernhard	Möhlín	Ja
Scholl	Herbert H.	Zofingen	Ja
Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Nein
Schuhmacher	Peter	Wettingen	Ja
Schweizer	Annalise	Zufikon	Nein
Schöni	Heinrich	Oftringen	Nein
Senn	Andreas	Würenlingen	Nein
Soldati	Emanuele	Staufen	Nein
Sommerhalder	Martin	Schmiedrued-Walde	Ja
Spielmann	Alois	Aarburg	Nein
Stierli-Popp	Walter	Fischbach-Göslikon	Ja
Strebel	Herbert	Muri	Nein
Studer	Lilian	Wettingen	Nein
Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Ja
Stüssi-Lauterburg	Jürg	Windisch	Abwesend
Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Unternährer	Beat	Unterentfelden	Ja
Villiger-Matter	Andreas	Sins	Ja
Voser	Peter	Killwangen	Nein
Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Ja
Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Ja
Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Nein
Wanner	Maja	Würenlos	Ja
Weber	Guido	Speitenbach	Ja
Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Abwesend
Wernli	Bernhard	Rothrist	Nein
Wertli	Otto	Aarau	Nein
Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Wullschleger	Stephan	Strengelbach	Ja
Wyss	Kurt	Leuggern-Gippingen	Nein
Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Ja

Hauptabstimmung:

Der Antrag Fischer obsiegt mit 86 gegen 43 Stimmen über den Antrag Unternährer.

(Für Antrag Fischer = Ja)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra Christina	Islisberg	Ja
Ackermann	Adrian	Kaisten	Ja
Agustoni	Roland	Magden	Ja
Alder	Rolf	Brugg AG	Ja
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Ja
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Ja
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Ja
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Ja
Benker-Rohr	Doris	Möhlín	Ja
Berger	Erwin	Boswil	Ja
Bhend	Martin	Oftringen	Abwesend

Bialek	Roland	Buchs AG	Ja
Biffiger	Gregor	Berikon	Nein
Binder	Andreas	Baden	Ja
Bodmer	Thomas	Wettingen	Nein
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Ja
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Ja
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Ja
Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Ja
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Ja
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Ja
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Nein
Burkart	Thierry	Baden	Ja
Böni	Fredy	Möhlín	Abwesend
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Nein
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Ja
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend
Dubach	Manfred	Zofingen	Ja
Dössegger	Hans	Seon	Nein
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Nein
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Ja
Egli	Dieter	Windisch	Ja
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Ja
Emmenegger	Kurt	Baden	Ja
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend
Feri	Yvonne	Wettingen	Ja
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Ja
Flury	Oliver	Lenzburg	Nein
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Nein
Forrer	Walter	Oberkulm	Ja
Frei	Cécile	Gebenstorf	Ja
Fricker	Roger	Oberhof	Nein
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Nein
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Nein
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Nein
Furer	Pascal	Staufen	Nein
Füglister	Lieni	Rudolfstetten	Nein
Gautschi	Renate	Gontenschwil	Ja
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Nein
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Nein
Groux	Rosmarie	Berikon	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Ja
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Nein
Haller	Christine	Reinach	Ja
Heller	Daniel	Erlinsbach	Ja
Hochuli	Heinrich	Aarau	Abwesend
Hochuli	Susanne	Reitnau	Ja
Hofer	Liliane	Zofingen	Ja
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend
Hollinger	Franz	Brugg	Ja
Hunn	Jörg	Riniken	Nein
Huonder-Ashawanden	Trudi	Egliswil	Ja
Härrí	Max	Birrwil	Nein
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Nein

Hürzeler	Bernhard	Schöffland	Ja	Sommerhalder	Martin	Schmiedrued-Walde	Nein
Jean-Richard	Peter	Aarau	Ja	Spielmann	Alois	Aarburg	Ja
Jost	Rudolf	Villmergen	Ja	Stierli-Popp	Walter	Fischbach-Göslikon	Nein
Keller	Stefan	Baden	Abwesend	Strebel	Herbert	Muri	Ja
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend	Studer	Lilian	Wettingen	Ja
Keusch	Linus	Villmergen	Ja	Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Nein
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Nein	Stüssi-Lauterburg	Jürg	Windisch	Nein
Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Ja	Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Nein	Unternährer	Beat	Unterentfelden	Nein
Kohler	Ueli	Baden	Nein	Villiger-Matter	Andreas	Sins	Ja
Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Nein	Voser	Peter	Killwangen	Ja
Leimbacher	Markus	Villigen	Ja	Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Nein
Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Ja	Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Nein
Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Ja	Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Ja
Leuenberger	Beat	Schöffland	Nein	Wanner	Maja	Würenlos	Ja
Leuenberger	Urs	Widen	Ja	Weber	Guido	Spreitenbach	Ja
Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Ja	Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Nein
Läng	Max	Nussbaumen b.Baden	Ja	Wernli	Bernhard	Rothrist	Ja
Lüpold	Thomas	Möriken-Wildegg	Nein	Wertli	Otto	Aarau	Ja
Lüscher	Brunette	Magden	Nein	Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Ja	Wullschleger	Stephan	Strengelbach	Nein
Markwalder	Walter	Würenlos	Nein	Wyss	Kurt	Leuggern-Gippingen	Ja
Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Nein	Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Ja
Meier Doka	Nicole	Baden	Ja				
Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Ja				
Miloni	Reto	Hausen AG	Ja				
Moll-Reutercona	Andrea	Fenkrieden	Nein				
Morach	Annerose	Obersiggenthal	Nein				
Moser	Ernst	Würenlos	Nein				
Müller	Pia	Wettingen	Ja				
Müller-Killer	Erika	Lengnau	Ja				
Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Ja				
Nebel	Franz	Bad Zurzach	Ja				
Nussbaumer Marty	Marie-Louise	Obersiggenthal	Ja				
Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Ja				
Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Nein				
Rhiner	Robert	Zofingen	Ja				
Richner	Sämi	Auenstein	Ja				
Roth	Barbara	Erlinsbach	Ja				
Rüegger	Kurt	Rothrist	Nein				
Rüetschi-Hartmann	Beat	Suhr	Ja				
Schibli	Erika	Wohlenschwil	Ja				
Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Ja				
Schoch	Adrian	Fislibach	Abwesend				
Scholl	Bernhard	Möhlín	Ja				
Scholl	Herbert H.	Zofingen	Ja				
Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Ja				
Schuhmacher	Peter	Wettingen	Ja				
Schweizer	Annalise	Zufikon	Ja				
Schöni	Heinrich	Oftringen	Ja				
Senn	Andreas	Würenlingen	Ja				
Soldati	Emanuele	Staufen	Ja				

Leitsatz 5

Wanner Maja, FDP, Würenlos, Präsidentin der Kommission für Bildung, Kultur und Sport, BKS: In diesem Leitsatz legte die Kommission Wert darauf, dass die Mittelstufe explizit erwähnt wird. Es ist wichtig, dass an dieser Stufe mehrklassige Abteilungen geführt werden können. Kleinere Gemeinden sind darauf angewiesen, wenn sie die Primarschule im Dorf behalten wollen. Zustimmung zum bereinigten Leitsatz: 9 zu 1 bei 3 Enthaltungen.

Unternährer Beat, SVP, Unterentfelden: Nachdem Sie, meine Damen und Herren, den ergänzten Antrag der Kommission genehmigt haben, wird mein bereits eingereichter Antrag obsolet: "Der Unterricht erfolgt an der Mittelstufe in ein- oder mehrklassigen Abteilungen. Lehren und Lernen richten sich nach dem Entwicklungsstand und der individuellen Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler." Ich ziehe ihn deshalb zurück. Ich wollte vorhin dem Herrn Regierungsrat nicht direkt widersprechen. Ich wehre mich einfach gegen eine Drastifizierung oder Demagogisierung in Bezug auf die Kleinklasse. Früher hat man Hilfsschule gesagt, das war eine Abstempelung, das ist richtig. Mit dem Ausdruck Separationsklasse stimmen wir in diese Abstempelungsaktion von früher ein.

Fischer-Taeschler Doris, FDP, Seengen: Lieber Herr Präsident, Du sagst immer, es seien meine Anträge. Es sind aber die Anträge der FDP-Fraktion. Nachdem wir jetzt im Leitsatz 4 die Spezialklassen eingefügt haben, denken wir, dass wir den Leitsatz 5 ein wenig abändern müssten, und zwar so, dass er heisst: "Kinder und Jugendliche mit besonderen Lernbedürfnissen werden in der Regel integrativ gefördert", dies, weil wir jetzt eben die Ausnahme stipuliert haben. Wir begrüßen, dass im Leitsatz 5 der Einschub "an

der Mittelstufe" möglich geworden ist. Sonst wäre das Wort Mittelstufe und diese Stufe - immerhin 4 Jahre in der Schülerlaufbahn - in den Leitsätzen völlig unerwähnt geblieben. Weil wir im Leitsatz 4 postuliert haben, dass es auch die Spezialklausel geben kann, muss der Leitsatz 5 unseres Erachtens im letzten Teil mit "in der Regel integrativ gefördert" ergänzt werden. Gerade weil wir hohen Respekt vor der Aufgabe haben, wirklich jedes Kind integrativ fördern zu wollen, braucht es unseres Erachtens diese Relativierung. Weil wir auf diejenigen Kräfte zurückgreifen müssen, die auf dem Markt sind, und weil wir auch den Kindern ohne spezielle Lernbedürfnisse ein individuelles und positives Schulerlebnis ermöglichen wollen, haben wir Bedenken, dass wir mit der ultimativen und exklusiven Vorgabe der vollumfänglichen integrativen Schulung Schiffbruch erleiden könnten. Bevor dies geschieht, muss vom System her eine Alternative möglich sein. Mit dem Einschub und der Relativierung in der Regel ist diesem Anliegen Rechnung getragen.

Müller-Killer Erika, CVP, Lengnau: Die Bemerkung, die Doris Fischer bezüglich ihres Namens oder des Namens der Fraktion gemacht hat, gilt auch für mich. Ich spreche jeweils im Namen der CVP, nicht einfach in meinem persönlichen Namen. Auch diesem Leitsatz stimmt die CVP zu. Er beinhaltet die pädagogisch sinnvolle integrative Förderung auch auf der Mittelstufe, dies mit dem gesellschafts- und wirtschaftspolitischen wichtigen Ziel, das da heisst, schnelleres Durchlaufen der Volksschule, beschleunigen statt bremsen. Anschliessend an die Eingangsstufe, welche die Schüler nicht zuletzt dank integrativer Förderung in ihrem eigenen Tempo durchlaufen haben, ist es eine logische Folgerung, diese Schuldidaktik auf der Mittelstufe weiterzuführen. Der pädagogische Mehrwert der Eingangsstufendidaktik kann und muss effizient auf die Mittelstufe übertragen werden. Die Aufgabe für die Mittelstufenlehrpersonen wird dadurch vielfältiger und interessanter. Die Mittelstufenkinder sind neugierig, leistungsfähig, interessiert. Nutzen wir diese Chance! Bitte stimmen Sie Leitsatz 5 zu.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Das ist ein faszinierendes Wort, diese Drastifizierung, die Beat Unternährer mir persönlich gewidmet hat, wie auch schon einmal in diesem Saal. Ich nehme das so zur Kenntnis. Aber es ist weder eine Drastifizierung noch eine demagogische Darstellung, überhaupt nicht. Es ist eine Schilderung der Realität, gestützt auch auf die neusten Forschungsergebnisse. Ich weise dabei auf die neuste Studie von Professor Kronig der Universität Fribourg hin. Ich habe heute schon verschiedene Ausführungen dazu gemacht. Ich muss sie nicht wiederholen. Es ist wirklich ein Bild der Realität. Nun zu diesem Zusatz, den die FDP-Fraktion beantragt, "in der Regel": Wie das im Leitsatz 4 jetzt zum Ausdruck gekommen ist, ist das wirklich die absolute Ausnahme. Ich habe auf die Problematik hingewiesen, diese ist nicht wegdiskutiert. Wenn ein Schüler in einer Gemeinde solche Bedürfnisse aufweist, wird dann für diesen Schüler tatsächlich eine solche Spezialklasse gebildet oder sucht man zusätzliche Kinder, die möglicherweise dort hineinpassen? Wir wollen unter keinen Umständen, dass das Prinzip der Integration in diesem Ausmass durchbrochen wird. Wir wollen hier keine Schleuse öffnen. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir heute schon für Spezialfälle jeglicher

Art immer angemessene Lösungen finden, sobald das Problem an uns herangetragen wird. Ich bitte Sie, hier diesen Zusatz "in der Regel", der für eine Durchlöcherung des Prinzips spricht, wegzulassen. Es ist wirklich die Ausnahme, wenn eine solche Klasse zustande kommt. Das ist lediglich in grossen Agglomerationen denkbar. In kleinen Schulen können wir diese Ausnahme vergessen. Sonst haben Sie schon auf jeder Stufe Schulwege von unmöglichen Distanzen. Das wollen wir nicht. In diesem Sinne ersuche ich Sie, auf diesen Zusatz "in der Regel" - so verständlich er auch erscheint - zu verzichten und ihn nicht gutzuheissen.

Abstimmung:

Der Antrag Fischer wird mit 64 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Es gilt die Fassung von Kommission und Regierungsrat

(Für Antrag Fischer = Ja)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra Christina	Islisberg	Nein
Ackermann	Adrian	Kaisten	Abwesend
Agustoni	Roland	Magden	Nein
Alder	Rolf	Brugg AG	Ja
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Nein
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Nein
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Nein
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Nein
Benker-Rohr	Doris	Möhliln	Nein
Berger	Erwin	Boswil	Nein
Bhend	Martin	Oftringen	Nein
Bialek	Roland	Buchs AG	Nein
Biffiger	Gregor	Berikon	Ja
Binder	Andreas	Baden	Nein
Bodmer	Thomas	Wettingen	Ja
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Nein
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Ja
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Nein
Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Nein
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Nein
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Nein
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Ja
Burkart	Thierry	Baden	Ja
Böni	Fredy	Möhliln	Abwesend
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Ja
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Nein
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend
Dubach	Manfred	Zofingen	Nein
Dössegger	Hans	Seon	Ja
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Ja
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Nein
Egli	Dieter	Windisch	Nein
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Nein
Emmenegger	Kurt	Baden	Nein
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend

Feri	Yvonne	Wettingen	Nein	Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Nein
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Ja	Milioni	Reto	Hausen AG	Nein
Flury	Oliver	Lenzburg	Ja	Moll-Reutercrona	Andrea	Fenkrieden	Ja
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Ja	Morach	Annerose	Obersiggenthal	Ja
Forrer	Walter	Oberkulm	Ja	Moser	Ernst	Würenlos	Ja
Frei	Cécile	Gebenstorf	Nein	Müller	Pia	Wettingen	Nein
Fricker	Roger	Oberhof	Ja	Müller-Killer	Erika	Lengnau	Nein
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Ja	Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Nein
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Abwesend	Nebel	Franz	Bad Zurzach	Ja
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Ja	Nussbaumer	Marie-Louise	Obersiggenthal	Nein
Furer	Pascal	Staufen	Ja	Marty			
Füglister	Lieni	Rudolfstetten	Ja	Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Ja
Gautschi	Renate	Gontenschwil	Ja	Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Ja
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegger	Nein	Rhiner	Robert	Zofingen	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Ja	Richner	Sämi	Auenstein	Nein
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Ja	Roth	Barbara	Erlinsbach	Nein
Groux	Rosmarie	Berikon	Nein	Rüegger	Kurt	Rothrist	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Ja	Rüetschi-Hartmann	Beat	Suhr	Ja
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Ja	Schibli	Erika	Wohlenschwil	Ja
Haller	Christine	Reinach	Abwesend	Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Nein
Heller	Daniel	Erlinsbach	Ja	Schoch	Adrian	Fislisbach	Abwesend
Hochuli	Heinrich	Aarau	Nein	Scholl	Bernhard	Möhlin	Ja
Hochuli	Susanne	Reitnau	Nein	Scholl	Herbert H.	Zofingen	Ja
Hofer	Liliane	Zofingen	Nein	Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Nein
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend	Schuhmacher	Peter	Wettingen	Ja
Hollinger	Franz	Brugg	Nein	Schweizer	Annalise	Zufikon	Ja
Hunn	Jörg	Riniken	Ja	Schöni	Heinrich	Oftringen	Nein
Huonder-Aschwanden	Trudi	Egliswil	Nein	Senn	Andreas	Würenlingen	Nein
Häri	Max	Birrwil	Ja	Soldati	Emanuele	Staufen	Nein
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Ja	Sommerhalder	Martin	Schmiedrued-Walde	Ja
Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Nein	Spielmann	Alois	Aarburg	Nein
Jean-Richard	Peter	Aarau	Nein	Stierli-Popp	Walter	Fischbach-Göslikon	Ja
Jost	Rudolf	Villmergen	Ja	Strebel	Herbert	Muri	Nein
Keller	Stefan	Baden	Abwesend	Studer	Lilian	Wettingen	Nein
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend	Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Ja
Keusch	Linus	Villmergen	Ja	Stüssi-Lauterburg	Jürg	Windisch	Ja
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Ja	Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Ja	Unternährer	Beat	Unterentfelden	Ja
Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Ja	Villiger-Matter	Andreas	Sins	Nein
Kohler	Ueli	Baden	Abwesend	Voser	Peter	Killwangen	Nein
Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Ja	Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Ja
Leimbacher	Markus	Villigen	Nein	Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Ja
Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Nein	Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Nein
Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Nein	Wanner	Maja	Würenlos	Ja
Leuenberger	Beat	Schöftland	Ja	Weber	Guido	Spreitenbach	Nein
Leuenberger	Urs	Widen	Nein	Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Ja
Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Nein	Wernli	Bernhard	Rothrist	Nein
Läng	Max	Nussbaumen b. Baden	Nein	Wertli	Otto	Aarau	Nein
Lüpold	Thomas	Möriken-Wildegger	Ja	Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Lüscher	Brunette	Magden	Ja	Wulschleger	Stephan	Strengelbach	Ja
Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Nein	Wyss	Kurt	Leuggern-Gippingen	Nein
Markwalder	Walter	Würenlos	Ja	Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Ja
Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Ja				
Meier Doka	Nicole	Baden	Nein				

Leitsatz 7

Wanner Maja, FDP, Würenlos, Präsidentin der Kommission für Bildung, Kultur und Sport, BKS: Beim Leitsatz 7 stellte die SP den Antrag, das Hochbegabtgymnasium zu streichen und machte dafür gesellschaftspolitische Gründe und integrative Grundsätze geltend. Dabei wurde sie von der SVP unterstützt, die trotz Befürwortung von separativen Modellen die Förderung durch die Beschleunigung als genügend erachtet. Eine längere Diskussion folgte, in der die FDP und die CVP dafür plädierten, dass die Hochbegabten dem Kanton erhalten bleiben sollen, dass sie ebenso wie Sonderschüler ein Recht auf angemessene Förderung hätten. Ein Rettungsantrag auf einen Schulversuch in diesem Bereich wurde abgelehnt. Die Kommission stimmte der Streichung von Leitsatz 7 mit 7 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. Darauf wurde der Regierungsrat beauftragt, eine Formulierung für die integrierte Förderung von Hochbegabten vorzuschlagen. Der Leitsatz 7 neu heisst: "Die Förderung der hochbegabten Schülerinnen und Schüler erfolgt an der Sekundarstufe I im Rahmen der integrativen Schulung. Auf der Sekundarstufe II sind besondere Angebote für hochbegabte Schülerinnen und Schüler möglich." Die Zustimmung in der Kommission zum modifizierten Leitsatz 7 war 8 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Unternährer Beat, SVP, Unterentfelden: Ich beantrage folgende Formulierung: "Für die Förderung der hochbegabten Schülerinnen und Schüler sind auf den Sekundarstufen I und II besondere Angebote möglich." Grundsätzlich begrüssen wir die Förderung von Hochbegabten. Wir lehnen aber das vorgeschlagene Hochbegabtgymnasium ab, weil es zu viele ungelöste Fragen aufwirft und interkantonal überhaupt nicht harmonisierbar ist. Also scheren wir hier aus. Wir haben das Gefühl, mit diesem Hochbegabtgymnasium will man die Kritiker einer integrierten Gesamtschule beruhigen. Für uns ist insbesondere die Selektion jener Schülerinnen und Schüler, die in den Genuss dieser exklusiven Ausbildung kommen sollen, eine der härtesten Knacknüsse, deren Lösung wir hier und jetzt überhaupt nicht sehen. Für uns ist die Beibehaltung der Bezirksschule eine viel bessere Begabtenförderung. Wir werden beim entsprechenden Leitsatz unsere Anträge stellen.

Fischer-Taeschler Doris, FDP, Seengen: Das Herz des Freisinns ist für einmal beim Regierungsrat. Das Begabtgymnasium ist eine gute Möglichkeit, dass Jugendliche, die in der Lage sind, überdurchschnittliche Leistung zu erbringen, und diese auch erbringen wollen, entsprechend gefördert werden können. Wer nach dem Leistungsprinzip gute Leistungen honorieren will, wer eine Schule will, die fordert und fördert, wer für jeden Schüler und jede Schülerin die richtige Schule und nicht die gleiche für alle will, der muss der Einrichtung dieses Begabtgymnasiums zustimmen. Es gibt aber noch weitere Komponenten. Wer je mit Kindern zu tun hatte, die in dieses Leistungsspektrum gehören, weiss, dass diese Kinder aus sich heraus gewillt und angetrieben sind, mehr zu wissen. Es sind nicht einfach, wie vielfach unterstellt wird, überhehrgeizige Mütter oder Väter, die ihre Kinder zu Höchstleistungen trimmen wollen. Kein Kind macht das Gott sei Dank langfristig mit. Nein, es sind Kinder, Jugendliche,

junge Erwachsene, die von innen heraus die Fähigkeit haben, an diesem Begabtgymnasium mit Freude und Spass täglich Neues zu lernen, zu erkunden, zu entdecken. Es sind dies Kinder, die lern- und wissbegierig sind und einen Anspruch darauf haben, dass die Staatsschule eine Antwort auf ihre Bedürfnisse gibt, genau so, wie wir am anderen Ende des Leistungsspektrums fördern, unterstützen und Zusatzunterricht propagieren. Es darf nicht sein, dass wir junge Menschen mit 18, 19 oder 20 Jahren ins Berufsleben oder an die Universität entlassen, die nichts anderes als 13, 14 oder 15 Jahre Langeweile erlebt haben. Wir haben heute solche Kinder und wir haben zu viele davon. Die FDP bittet Sie fast einstimmig, dem Antrag des Regierungsrats auf Einführung eines Begabtgymnasiums zuzustimmen. Damit klar wird, dass es weder um eine spezielle Elite noch um Hochbegabte geht - ein Terminus, der sehr negativ besetzt ist -, beantragen wir, dass im Leitsatz 7 statt von hochbegabt nur noch von begabt geredet wird. Da im gleichen Satz davon die Rede ist, dass die Absolvierenden dieses Gymnasiums sehr leistungsfähig sein müssen. Das sind genau diejenigen, die wir dort haben wollen. Wir brauchen auch keine Abklärungen der IQs oder sonstige Spezialabklärungen. Der Leitsatz würde nach unserem Gusto so lauten: "Die Sekundarstufe I wird mit den Sekundarstufen B und M geführt. Auf der Sekundarstufen I und II wird ein Begabtgymnasium geführt für besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler."

Gebhard-Schöni Esther, EVP, Möriken-Wildegg: Ich spreche zuerst für die EVP und dann für mich. Für die EVP-Fraktion stelle ich in Leitsatz 7 zur Kommissionsfassung folgenden Antrag, im zweiten Satz sei zu schreiben: "Auf der Sekundarstufe II sind besondere Angebote für hochbegabte Schülerinnen und Schüler zu schaffen." Begründung: Die Fraktion unterstützt mehrheitlich die integrative Schulung, dies eben auch auf der Sekundarstufe II. Aber es herrscht die Überzeugung, dass es für die Hochbegabten spezielle Angebote braucht, deshalb soll man im Satz statt "möglich" "sie sind zu schaffen" schreiben. Das ist der Antrag. Jetzt spreche ich für mich, warum ich nämlich ein Hochbegabtgymnasium befürworte. Kinder und Jugendliche mit einer Hochbegabung sind nicht bessere oder exklusivere Menschen, aber sie haben eine angeborene Befähigung, Sachverhalte überdurchschnittlich schnell zu erkennen. Diese Eigenschaft verlangt den Eltern als auch den Lehrpersonen viel ab, manchmal fast zu viel. Wir bieten Sonderschulen für Minderbegabte an. Bedenken Sie, dass Hochbegabung für Betroffene fast zur Behinderung werden kann, weil sie nicht in ihrem Tempo vorwärts kommen dürfen. In der Regelklasse fühlen sie sich oft isoliert, weil sie stets etwas anderes als die anderen machen können oder müssen. Sie wollen aber keine Extrawurst und leisten deshalb Mittelmässiges. Schaffen wir doch für diese ca. 3% einen Weg, der den Anspruch auf das Recht erfüllt, die Schule besuchen zu können, die ihren Fähigkeiten entspricht. Ich könnte mir durchaus eine Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, z.B. aus dem Bildungsraum der Nordwestschweiz vorstellen. Das könnte sich übrigens auch der Rest der Fraktion. Schliesslich bieten wir auch Spezialgymnasien für Spitzensport- und musisch Hochbegabte an, warum nicht für intellektuell-kognitiv Hochbegabte? Dort könnte ihre Lernfreude erhöht und die Langeweile abgeschafft werden. Neue Horizonte könnten sich eröffnen. Das Regelgymnasium bleibt der Ort der besonders befähigten

Schülerinnen und Schüler. Das Hochbegabtgymnasium wäre eine Ergänzung dazu. Ein Austausch zwischen den Gymnasien wäre belebend. Das Argument, dass diese Lernenden nicht integrativ gefördert würden, ist nicht stichhaltig. Der Planungsbericht sieht vor, dass sie während der Primarschulzeit die Regelklassen besuchen. Weiter bestehen genügend Möglichkeiten - und das unterstützen dann auch viele Eltern -, ihre Kinder in Pfadi, Jungschar, Vereinen etc. zu integrieren. Privatschulen bemühen sich um diese Kinder und Jugendlichen. Eine öffentliche Schule würde eben allen sozialen Schichten offen stehen. Sie besuchen zu können, würde nicht von der Zahlungsfähigkeit der Eltern abhängen. Das Hochbegabtgymnasium würde einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leisten. Es stünde allen Schichten und Kulturen offen. Die Aufnahmeverfahren an ein solches Gymnasium müssten so angelegt werden, dass sie sich klar dem Einflussbereich ehrgeiziger Eltern entzögen. Nicht zuletzt bekäme der Aargau einen Standortvorteil. Unser Kanton darf doch auch im Bildungsbereich etwas Herausragendes bieten. Spielen wir diesen Trumpf aus, er sticht.

Hochuli Susanne, Grüne, Reitnau: Es wäre vielleicht schön, aber garantiert furchtbar todlangweilig, wenn wir alle gleich wären. So wird es aber nie sein: Talente, Begabungen, Schwächen und Stärken sind völlig unterschiedlich verteilt und werden uns Menschen weiterhin unterschiedlich zugeordnet werden – von wem oder was auch immer. Und auch in Zukunft werden Kinder in völlig verschiedene Familien hineingeboren, werden mit besseren oder schlechteren Startmöglichkeiten auf ihren Lebensweg geschickt. An uns ist es, jedem dieser Kinder einen schulischen Weg anzubieten, der es ihm ermöglicht, seine bestmögliche Lebenschance packen zu können. Sie hören, ich gehe davon aus, dass jedes Individuum etwas zu seinem Lebensglück beizutragen hat, indem es nämlich die günstige Gelegenheit packt, aber anbieten müssen wir sie den Kindern.

Wir reden viel von Chancengleichheit. Diese wird im Duden folgendermassen beschrieben: "Individueller Anspruch eines Kindes oder Jugendlichen auf eine Schulbildung, die seinen Anlagen und Fähigkeiten gerecht wird" - und weiter – "gleiche Möglichkeit des sozialgesellschaftlichen Weiterkommens ohne Rücksicht auf Herkunft oder ähnliches." Unsere Gesellschaft hat es geschafft und verbessert es noch mit einigen Leitsätzen des Kleeblatts, dass am unteren Ende der Skala bestmögliche Chancen geboten werden. Ich weiss, einigen wird es schon sauer aufstossen, dass man vom unteren Ende der Skala redet.

Noch schlimmer ist jedoch: Es gibt auch ein oberes Ende der Skala und dort werden noch immer viele Kinder und Jugendliche behindert, durch unsere Gesellschaft, die sich so schwer tut mit einer Elite. Und dabei gibt es überall eine Elite. Sportgymnasien für Bewegungstalente sind bestens etabliert. Im Sport sind wir sogar stolz darauf, wenn auch wir Schweizer einmal dazugehören - denken Sie an Tennis oder an die Alinghi! Es ist ein gutes Gefühl, auch mal vorne zu sein, oder? Dies gilt aber nicht, wenn es sonst um Leistung geht. Es gibt Menschen, die besondere Leistungen erbringen können, und hier ist es unsere Pflicht, leistungsfreundlich zu denken und diese in ihren Möglichkeiten zu unterstützen, und zwar so, dass nicht die soziale Herkunft oder das Portemonnaie der Eltern bestimmend wirken. Sobald Geld keine Rolle spielt, ist das Wort Elite nicht mehr so negativ

besetzt. Dann nämlich sehen wir nicht in Markenklamotten gekleidete Jugendliche vor uns, die vom Chauffeur Meier mit dem "Merc" vor die Elitelymnasiumstüre gefahren werden, sondern leistungsbereite Kinder und Jugendliche, denen das Glück ein Quantum mehr mit auf den Lebensweg gegeben hat. Dies bedeutet aber auch ein Quantum mehr an Schwierigkeiten: Es ist nicht leicht, mit einer oder mehreren speziellen Begabungen ausgestattet zu sein, weil es in unserer Gesellschaft anscheinend besser ist, im Mittelmass zu bleiben.

Wenn wir es aber schaffen, Talenten eine staatlich geförderte Ausbildung zu bieten, bin ich überzeugt, dass auch Folgendes vermittelt werden kann: Stärke heisst, sich nicht nur um sich selber zu drehen, sondern aus sich das Beste herauszuholen – für alle. Und das kann sehr viel Spass machen, wenn wir es zulassen und die ausserordentlichen Leistungen auch anerkennen. Das hat nichts mit krankhaftem Ehrgeiz zu tun, sondern mit einer leistungsfreundlichen Lebenshaltung. Geben wir allen Hochbegabten eine Chance, aus ihrer Behinderung das Beste zu machen - für sich, für uns alle! Seien wir etwas mutig und stimmen wir dem Leitsatz 7, Vorschlag Regierungsrat zu! Ich bitte Sie darum.

Nadler-Debrunner Kathrin, SP, Lenzburg: Die SP wird an der Variante, die von der BKS-Kommission vorgeschlagen wird, festhalten. Der Kanton Aargau hat eines der führenden Hochbegabungskonzepte der Schweiz aufgebaut und eine Vorreiterrolle gespielt. Die momentane Begabtenförderung hat jedoch ihr Ziel verfehlt, weil sie insbesondere die sozialen Ungleichheiten verstärkt anstatt auflöst. Lediglich 4% bis 10% der geförderten Kinder stammen aus dem Arbeitermilieu oder z.B. aus anderen Kulturkreisen. Mit einem Hochbegabtgymnasium an lediglich zwei Standorten kann dieser Ungleichheit in keiner Weise entgegengewirkt werden. Klar ist, Hochbegabung darf nicht kleingeredet werden. Sie stellt grosse Herausforderungen an die Lehrpersonen und an die Klasse. Begabten- und Hochbegabtenförderung muss also zwingend ein Thema sein. Lösungen müssen im Rahmen der integrativen Schulung aufgezeigt werden. Separative Schulung kann im Einzelfall sinnvoll oder nötig sein. Gegen ein Hochbegabtgymnasium sprechen aber eindeutig weitere Argumente. Zum heutigen Zeitpunkt können gar nicht die richtigen Kinder identifiziert werden. Gerechte und wirksame Identifikationsinstrumente sind nicht vorhanden und deren Entwicklung eher teuer. Wie soll ein solches Gymnasium gerechtfertigt werden, wenn doch zurzeit die bereits bestehenden Elemente eines Konzepts im Kanton gar nicht verwirklicht werden können? Es ist schlicht nicht garantiert, dass alle hochbegabten Kinder die gleichen Chancen erhalten würden. Die Schulung an lediglich zwei Standorten ist für sozial benachteiligte Kinder und Kinder weitab der Zentren ein beträchtlicher Nachteil.

Eine integrative Schulung, die die Begabtenförderung ernst nimmt, so wie sie im Konzept des Kantons vorgesehen ist, ist weit sozialer und kindgerechter. Es ist auch nicht einzusehen, warum die Schulung Hochbegabter in der Primarschule integrativ erfolgen soll, wo doch die Problematik an dieser Stufe akzentuierter und die Heterogenität in der Lerngruppe höher ist.

Eine Abspaltung zu Beginn der Pubertät ist ein weiterer kritischer Faktor. Insbesondere in der Zeit während die Peergroup von grosser Wichtigkeit ist, sollte keine isolierte, abgespaltene Klasse entstehen. Einzelförderung müsste auch

hier nicht ausgeschlossen sein. Wir wollen eine Hochbegabtenförderung. Jedoch ist die Alternative zur Elitebildung die bestmögliche Bildung für alle Lernenden. Keine Spitze ohne Breite, wer Bildungsanstrengungen auf besonders befähigte Menschen konzentrieren will, handelt wider die Demokratie und schwächt die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. In diesem Sinne bitte ich Sie, im Leitsatz 7 der Variante BKS zuzustimmen.

Eliassen Vecko Eva, Grüne, Obersiggenthal: Als Kleinstminderheit der Grünen unterstütze ich im Leitsatz 7 den Kommissionsantrag, auch im Sinne derjenigen grünen Wähler, die wie ich einem Hochbegabtengymnasium skeptisch gegenüberstehen. Ich bin der Meinung, dass man der Förderung von hochbegabten Schülern auch mit der Formulierung der Kommissionsversion gerecht werden kann. Verschiedene Fragen bleiben immer noch offen, z.B. die Auslese dieser Hochbegabten, wie es Kathrin Nadler ausgeführt hat.

Auch bleiben Fragen zum Zeitpunkt offen, ab dem eine solche Förderung beginnen soll. Dazu müssten ja im ersten Anlauf die Lehrerschaft, die Eltern, die Schulleitungen und eventuell auch die Sozialbehörden vorbereitet und sensibilisiert werden. Oft werden nämlich hochbegabte Kinder nicht erkannt, sondern in erster Linie als aus der Norm fallende Kinder, als Störenfriede, als Überaktive, als Überkandidelte oder dann als apathisch, autistisch oder depressiv wahrgenommen, und das nicht erst an der Mittelstufe, sondern bereits in den ersten Schuljahren. Wir müssen uns auch fragen, wie und ob sozial Benachteiligte oder aus bildungsfernen Familien stammende Anwärterinnen den Weg in ein solch geografisch fremdes, aber auch milieufremdes Gymnasium tatsächlich finden werden. Meine wichtigste Frage lautet: Was machen wir mit den einseitig Begabten? Wenn z.B. jemand ausserordentlich stark in Mathematik ist, aber sonst eher durchschnittlich oder nicht einmal das, was machen wir mit diesen Schülern? Ich bin also im Allgemeinen gar nicht gegen die Förderung von Hochbegabten. Zurzeit sehe ich aber andere diesbezügliche Interventionen wie im Kommissionsantrag formuliert als sinnvoller an. Bevor gewisse Fragen nicht thematisiert worden sind, sehe ich mich ausserstande, ein Hochbegabtengymnasium zu unterstützen.

Dr. Brunner Andreas, CVP, Oberentfelden: Die CVP unterstützt die Bemühungen zur Errichtung eines Hochbegabtengymnasiums, also den Antrag des Regierungsrats. Die Argumentation der SP verfängt nicht. Die Konzentration auf zwei Standorte kann doch kein Hinderungsgrund für ein Hochbegabtengymnasium sein. Wir brauchen doch die Spitze, um die Breite zu fördern.

Es ist uns nie, aber auch gar nie darum gegangen, eine abgehobene Elite heranzuzüchten. Wir wollen keine Leute mit Dünkel aufziehen, die abgesondert von der Umwelt in einem selbstdefinierten Elfenbeinturm an Dingen herumstudieren, die niemand braucht oder niemand bestellt hat. Wir leben in einem weltweiten Wettbewerb der Ausbildung, der Ideen, der Köpfe. Was wir beim Sport als selbstverständlich anschauen, sollte auch in der allgemeinen Ausbildung umgesetzt werden. Die Herausforderungen, denen die Schweiz gegenübersteht, benötigen alle intellektuellen Ressourcen. Es darf nicht sein, dass Hochbegabte irgendwo landen, weil sie nicht verstanden werden. Es darf auch nicht sein, dass wir die Weiterbildung

von erkannten Hochbegabten vom Geldbeutel der Eltern abhängig machen. Auf privater Basis gibt es genug solcher Schulen. Der Staat muss dieses Angebot auch anbieten können. Ich bitte Sie um Annahme des Regierungsratsantrags.

Abbt-Mock Alexandra Christina, CVP, Islisberg: Es wird dafür gesorgt, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Unter diesem Motto steht offenbar die Diskussion rund um das Hochbegabtengymnasium. Warum scheuen wir uns so zuzugeben, dass es Schülerinnen und Schüler gibt die auf einem Gebiet viel leistungsfähiger sind und dem Durchschnitt weit überlegen? Das ist eine Tatsache der wir zwingend Rechnung tragen müssen. Die Volksschule soll nicht noch mehr Kinder an die Privatschulen verlieren. Zuallererst müssen wir uns darüber einig werden wie Hochbegabung definiert wird. Es handelt sich dabei eben nicht um die Kinder, die mit einer schnellen Auffassungsgabe gesegnet sind und darum während ihrer ganzen Schulkarriere immer Klassenbeste und Zugpferde ihrer Abteilung sind. Nein, die werden Sie in den Gymnasialklassen nicht verlieren. Eigentliche Hochbegabung zeigt sich anders. Die Kinder mit einer schnellen Auffassungsgabe lernen einfach schneller: Sie haben ein Problem meist nach einem einmaligen Erklären verstanden. Wirklich Hochbegabte aber können sich die Lösungen ganz selbständig erarbeiten.

Sie brauchen weniger Wissensvermittlung als Anleitung zum Selbststudium und Aufgaben, an denen sie ihren Intellekt schärfen können. Damit ist eigentlich auch klar, dass es beinahe unmöglich, ist Hochbegabte auf der Sekundarstufe angemessen zu fördern. Zu diesem Zeitpunkt sind sie auf ihrem eigenen Gebiet bereits viel weiter. Ausserdem muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass diese Schülerinnen und Schüler im optimalen Fall bereits zwei Jahre schneller die Primarstufe durchlaufen haben. Sie sind also wesentlich jünger als die Mehrheit der Oberstufenschüler. Viele Fälle von Hochbegabten zeigen, dass diesen Kindern und Jugendlichen oft ein adäquates Gegenüber fehlt. In einer Regelklasse erleben sie sich als anders, abnormal. Oft führt dies bewusst oder unbewusst zu Leistungsenkung oder gar Leistungsverweigerung. Hingegen lässt sie ein Klassenverband mit Jugendlichen in derselben Situation wieder eine gewisse Normalität spüren. Das ist für die seelische Gesundheit wichtig, gerade auch in der einsetzenden Pubertät. Das Hochbegabtengymnasium soll an einer regulären Kantonsschule angegliedert werden. Das bedeutet, dass Mensa, Freifächer, Freizeitangebote und Schulveranstaltungen gemeinsam mit den anderen Kantonsschülern benutzt werden können. Somit kann der soziale Kontakt über die eigene Klasse hinaus gewahrt bleiben. Es müssen auch keine teuren Investitionen getätigt werden.

Der Kanton Aargau soll und muss seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort noch weiter steigern. Damit einhergehen muss aber auch die Attraktivität des Bildungsstandorts. Woher soll denn die Wirtschaft die hochqualifizierten Fachkräfte nehmen, die Naturwissenschaftler, die Ingenieure, die sie benötigt? Sollen unsere Universitäten nur mit ausländischen Dozenten besetzt werden? Jedes Land braucht seine Elite. Gerade die Schweiz, deren einziger Rohstoff die Bildung ist, kann es sich nicht leisten hier abgehängt zu werden. Es sagt ja schon viel über unsere Einstellung zu herausragenden Leistungen aus, wenn der

Begriff "Elite" mit einem negativen Beiklang behaftet ist. Die hochbegabten Kinder haben genau dasselbe Recht auf individuelle Förderung, wie es die schwächeren Schüler haben. Ganz im Sinn einer Konzentration auf die Stärken, muss ein Schulsystem von einer Gleichmacherei im Mittelmaß absehen. Die Chancengleichheit ist ein zentrales Anliegen unseres Schulsystems. Aber genau sie ist in Bezug auf die hochbegabten Kinder nicht gewährleistet. Diejenigen aus finanziell gut gestellten Familien werden in Privatschulen abwandern, die anderen werden am Schluss als Schulverlierer dastehen. Kann sich der Aargau das wirklich leisten? Können wir damit leben, dass gerade die auf einem Gebiet herausragendsten Schülerinnen und Schüler, entweder die öffentliche Schule verlassen oder am Schluss als Verlierer dastehen und ihr Potenzial nicht entfalten können. Wir müssen hier und jetzt noch nicht über die Zulassungskriterien und Übertrittsbestimmungen diskutieren. Aufgrund der Erfahrung von einschlägigen Privatschulen, ausländischen Hochbegabtenschulen, von wissenschaftlichen Befunden und Untersuchungen können angemessene Anforderungsprofile erstellt werden. In dieser Beziehung kann sich der Kanton Aargau auf praxisbewährte Konzepte stützen. Genau darum muss die Bezeichnung Hochbegabten gymnasium im Leitsatz erhalten bleiben. Was heisst Begabten gymnasium? Ist da jemand einfach musisch oder sportlich begabt? Aus sozialen und wirtschaftlichen Überlegungen ist es höchste Zeit, dass die staatliche Schule ein Angebot für diese Gruppe erstellt. Wir haben heute die einmalige Gelegenheit, die schweizerische Bildungslandschaft um eine wegweisende und nötige Neuerung zu bereichern. Es ist mir klar, dass die Meinungen schon gemacht sind. Trotzdem rufe ich Sie dazu auf, über ihren fraktionsstrategischen Schatten zu springen und den Leitsatz 7 in der Fassung des Regierungsrats zu genehmigen. Die hochbegabten Schülerinnen und Schüler, deren Eltern sowie die Hochschulen, die Forschung und die Wirtschaft werden es Ihnen danken.

Richner Sämi, EVP, Auenstein: Ich bin zwar kein Bildungsspezialist, trotzdem fühle ich mich kompetent genug, um hier etwas zu diesem Thema zu sagen. Erfahrungen habe ich mit meinen Kindern, speziell mit meiner Tochter gemacht. Meine Tochter hat Aufgaben regelmässig wesentlich schneller als ihre Schulkameraden gelöst und deshalb auch regelmässig die Umgebung des Auensteiner Schulhauses vom Unkraut befreien dürfen. Ich glaube, dass es so eben nicht sein sollte. Darum bin ich dafür, dass für Hochbegabte Neues bereitgestellt wird. Trotzdem bin ich ganz klar gegen ein Hochbegabten gymnasium. Meine Erfahrungen, die ich während der Schulzeit meiner Tochter sammeln konnte, zeigen, dass es zwei Sorten von Hochbegabten gibt, einerseits nämlich die soziale Gruppe, andererseits diejenigen, welche man als Eigenbrödlern bezeichnen könnte und die schwierig werden können.

Warum bin ich ganz klar gegen ein Hochbegabten gymnasium? Die "Sozialen" wollen nicht in eine separate Klasse. Sie würden gar nicht gehen, wenn man sie wegschicken möchte. Sie würden bei den vertrauten Schulkameraden bleiben wollen. Bei der Kategorie "Eigenbrödlern" muss das Abseitsstehen nicht auch noch gefördert werden. Dies zu tun, sei ihnen nach Abschluss der Schule freigestellt. Ich meine, da wir die weniger intelligenten Kinder integrativ fördern wollen, sollten wir

nun ebenso auch diejenigen mit viel Intelligenz integrativ fördern. Hier kann man Spezialangebote machen. Ich plädiere für den Kommissionsvorschlag.

Leitch-Frey Thomas, SP, Wohlen: Es ist schon erstaunlich. Der integrative Ansatz zieht sich durch diesen ganzen Planungsbericht hindurch und ausgerechnet bei den Hochbegabten wird dieser Ansatz ausgehebelt. Für einmal bin ich mit der SVP insofern einverstanden, dass es nicht Aufgabe des Staats sein kann, für diese Hochbegabten ein Gymnasium anzubieten, wo sie alle zusammen sind. Allerdings fällt es mir ein bisschen schwer zu erkennen, wie die Alternative aussehen soll, wenn wir die Hochbegabten ohne integrativen Ansatz trotzdem fördern wollen.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel erzählen: Ich war genau zu diesem Thema bei der Kantonsschule Wettingen eingeladen. Einige von Ihnen waren auch dabei. Der Rektor der Schule hat uns von einer Klasse erzählt. Ein Schüler und eine Schülerin waren in ihrem Gebiet so gut - der Schüler in der Mathematik -, dass sie in Japan an internationalen Ausscheidungen teilnehmen konnten. Ich habe ihn gefragt, wie das geht, da es ja kein Hochbegabten gymnasium gibt. Was tut dieser Schüler in der Mathematik. Er sagte, dass dies genau das Problem sei. Er kann zwar den andern Klassenkolleginnen und -kollegen helfen und kann Mathematik erklären und nimmt somit eine soziale Aufgabe war. Er ist in allen andern Fächern mit den Klassenkolleginnen und -kollegen zusammen, aber für seine mathematische Begabung kommen wir an Grenzen, welche gefördert werden sollten. Sehen Sie, das ist genau das, was wir mit dem integrativen Ansatz möchten und die Kommissionsvariante auch zulässt. Warum kann man diesen Schüler nicht in seiner angestammten Klasse lassen und ihn aber zusätzlich an einem Projekt in der Mathematik, vielleicht sogar mit einem Universitätsprofessor, arbeiten lassen. So stellen wir uns die Schule ohne ein spezielles Hochbegabten gymnasium vor, eine Schule, wo einfach alle, unabhängig von ihren Fähigkeiten, auch wenn sie in einem Teilbereich hochbegabt sind, miteinander zur Schule gehen. Meine Damen und Herren, Sie halten immer die Harmonisierungsbestrebungen unter den Nordwestschweizer Kantonen so hoch. Ja wie steht es denn damit, wenn der Kanton Aargau jetzt in diesem Bereich einen Weg fährt, den niemand und ausdrücklich niemand der Nordwestschweizer Regierungen weder von Basel-Stadt, Basel-Land noch von Solothurn unterstützen will. Allenfalls - das habe ich jetzt gehört - will der Kanton Luzern aufspringen. Wir machen da etwas Eigenes und das macht für mich keinen Sinn. Immer wieder wird gesagt, dass sozial oder wirtschaftlich Schwächere dann nicht die gleichen Chancen hätten, obwohl sie begabt sind. Wenn der Staat keine solchen Schulen anbietet, dann könnte man allenfalls, falls man keine andere Möglichkeit hat, die Schüler via Stipendien unterstützen, damit sie sich in einem bestimmten Bereich auf privater Ebene ausbilden können. Das machen wir in der Musik und im Sport auch. Wir haben es schon gehört. Ich bitte Sie, auch im Namen der grossen Fraktionsmehrheit, dass Sie der Variante der Kommission zustimmen. Sie ermöglicht, dass Begabte gefördert werden aber integrativ und nicht speziell unter sich.

Hürzeler Alex, SVP, Oeschgen: Werte Mehrheit dieses Parlaments, Sie wollen im Kanton Aargau flächendeckend integrative Schulung einführen. Dann machen Sie es aber

bitte konsequent. Es kann doch nicht sein, dass Sie oben 3% in eine separate Schule schicken und unten füllen wir alles auf. Das ist ganz klar eine Nivellierung nach unten. Ich selber stehe nicht hinter dem integrativen, flächendeckenden Ansatz für den Kanton Aargau. Sie wollen das, also machen Sie es. Vielleicht bin ich zu wenig hochbegabt, um das zu verstehen.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Ich erinnere nochmals an die Kantonsverfassung § 28 und Schulgesetz § 3: "...seinen Fähigkeiten angemessene...", das ist das Anrecht, welches unsere Kinder haben. Wir sprechen hier von 1 - 3% der Schüler und Schülerinnen, die wissenschaftlich erhärtet echte Hochbegabungen aufweisen. Auf ca. vier Klassen gerechnet betrifft das ein bis drei Kinder. Da werden nicht irgendwelche Zugpferde weggenommen, sondern einfach nur die Hochbegabten.

Interessant ist, was in unserem Nachbarland passiert. Sie erinnern sich an den PISA-Schock 2000. Eine der Konsequenzen daraus ist, dass ein Bundesland nach dem andern in öffentlichen Gymnasien über lange Zeit und über das ganze Gymnasium besondere Abteilungen für Hochbegabte führt. Es handelt sich dabei um öffentliche Schulen und nicht um private. Wenn jetzt davon gesprochen wird, dass dies ein Widerspruch zur integrativen Schulung sei, so möchte ich Sie fragen, was Sie dazu gesagt hätten, wenn der Regierungsrat in einem Leitsatz des Planungsberichts vorgeschlagen hätte, zukünftig auf die heilpädagogischen Sonderschulen zu verzichten und diese Kinder integrativ in der Regelklasse zu führen. Ich hätte Verständnis gehabt, wenn Sie diesen Leitsatz in Bausch und Boden abgelehnt hätten. Die Abweichung der mittleren Bedürfnisse ist im Bereich der heilpädagogischen Sonderschule derart gross, dass es für keine Klasse und Lehrperson zumutbar ist, eine angemessene Förderung dieser Kinder zu erzielen. Die Abweichung von den mittleren Bedürfnissen zu den Bedürfnissen Hochbegabter ist aber mindestens so gross. Deshalb beantragen wir Ihnen, dass Sie diesem Hochbegabtengymnasium zustimmen sollen. Wir brauchen das. Wenn ich sage "wir", dann meine ich unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft. Die Wirtschaft ist auf Spitzenkräfte angewiesen. Unsere Gesellschaft ist auf Menschen angewiesen, die weit über den Durchschnitt hinaus Ideen entwickeln, quer denken und Impulse im möglichen und unmöglichen Sinn geben können. Das sind schlussendlich die gesellschaftlichen und die sozialen Aufgaben der Hochbegabten.

Eigentlich wäre es schön, wenn wir das integrativ führen könnten. Aber jede Regelklasse in der Primarschule, in den Stufen Sek I und Sek II ist damit überfordert, echte Förderung von Hochbegabten wahrzunehmen. Das funktioniert nicht. Es sind alles Zwischenlösungen, die wir heute praktizieren. Diese Schüler und Schülerinnen sind nicht irgendwo isoliert in irgendwelchen Internaten untergebracht, sondern sind in bestehende Gymnasien integriert. Sie werden integrativ in den bestehenden Gymnasien, aber in gesonderten Klassen geführt. Das heisst, dass sie bei Schulprojekten, Sozialpraktika, Anlässen der Schule, Ausflügen, beim Projektunterricht genau so integriert sind wie andere auch. Wenn nun der Wunsch entsteht, dass man dies auch schon im Bereiche der Primarschule tun soll, dann ist dies auch eine Möglichkeit. Aber wir haben uns nicht so weit vorgewagt, weil wir gedacht haben, damit sei der Bogen schon ein wenig

überspannt. Heute haben wir die Situation, dass im Primarschulbereich die Talenta in Zürich ab dem Alter von 4 Jahren ein solches Angebot anbietet. Eine Schulgebühr von monatlich Fr. 2'000 ist aber nicht für jede Familie finanzierbar.

Ich gebe Ihnen eine Antwort aus einem Interview mit einer Schülerin, die als achtjährige in diese Primarschule für Hochbegabte gewechselt hat. Die Frage lautete: "Hast du dich an der Primarschule für Hochbegabte wohlfühlt?" Stefanie, der Name ist der Redaktion nicht bekannt: "Ja, es war auch ein anderes Klima. Niemand hatte das Gefühl, er sei etwas Spezielles. Es waren eigentlich alle gleich. Das Alter hat dort auch keine Rolle gespielt." Mit acht Jahren hat Stefanie den Weg nach Zürich alleine machen müssen - ab Hauptbahnhof 20 Minuten mit dem Tram. Das zur Problematik auf der Primarschulstufe.

Es wird Kritik geübt, das sei harmonisierungswidrig. Das trifft überhaupt nicht zu. HarmoS lässt jedem Kanton einen gewissen Spielraum. Wo soll das im Rahmen der Harmonisierung ein Hindernis sein? Ich verspreche und garantiere Ihnen, dass wir sehr rasch viele Anfragen aus verschiedensten Kantonen haben werden, die bei uns dieses Gymnasium besuchen möchten. Davon bin ich überzeugt. Seit wir am 15. Dezember letzten Jahres dieses Hochbegabtengymnasium kommuniziert haben, haben wir in den vergangenen Monaten genügend solche Aussagen gehört. Auch wenn jemand den Wohnsitz oder den Kanton wechselt, kann dieses Gymnasium weiterhin besucht werden oder wir werden uns dafür einsetzen, dass diese jungen Menschen, in dem Kanton, wo sie hinziehen, in höchstmöglichen Klasse gefördert werden. Das ist unsere Aufgabe und die nehmen wir wahr. Wenn jemand in den Kanton Aargau zieht und eine Hochbegabung aufweist, werden wir aufgrund eines Auswahlverfahrens den Zutritt zu diesem Hochbegabtengymnasium öffnen. Das ist kein Widerspruch zur Harmonisierung und auch kein Widerspruch zur integrativen Schulung.

Soziale Aspekte: Mit Stipendien kann man die zusätzlichen Kosten auffangen. Die Belastung der Reise an zwei Standorte ist verkraftbar. Ich habe von Stefanie erzählt, die mit acht Jahren nach Zürich gefahren ist. Das zentrale Problem und die Schwierigkeit ist das Auswahlverfahren. Wir sind daran, verschiedene Möglichkeiten abzuklären, die an den zunehmend öffentlichen und auch privaten Gymnasien in unseren Nachbarländern gemacht werden. Da gibt es sogenannte Testbatterien, Aufnahmeverfahren bis hin, zuerst eine Reihe von Tests zu absolvieren und anschliessend ein ganzes Wochenende in einem Auswahlcamp zu verbringen, wo noch mehr gesucht wird.

Aber ich möchte Ihnen einige Aussagen von Betroffenen vortragen. Die Mutter einer hochbegabten Tochter: "Die Integration von hochbegabten Kindern wird mit zunehmendem Alter immer schwieriger, weil diese in ihrer geistigen Entwicklung viel schneller voran kommen als die Gleichaltrigen. Den grossen Vorteil vom Gymnasium für Hochbegabte sehe ich darin, dass die Kinder dort unter Gleichen sind und sich deshalb als normal empfinden, was für ihre psychische Entwicklung sehr förderlich ist." Ein hochbegabter junger Mann sagt: "Hochbegabte Kinder sollte man nicht in normale Schulen tun, weil sie sich zu sehr langweilen. Man sollte sie zusammen, gemeinsam und schneller unterrichten." Eine weitere Aussage eines Hochbegabten: "Dem sogenannten Enrichment parallel zum normalen Klassenverband sind enge Grenzen gesetzt oder es

versagt ganz. Ich hätte jedenfalls nicht auf diese Art gefördert werden wollen. Problem Nr. 1, nehmen wir an pro Woche kann man zusammen für Schule und eigenständiges Arbeiten 50 Stunden aufwenden, dann werden durch die 35 bis 40 Pflichtlektionen schon 70 - 80% der Kapazität aufgebraucht. Eine Menge Zeit also, die man effizienter und produktiver einsetzen könnte." Die Mutter eines Hochbegabten: "Es wird auch zu wenig Rechnung getragen, dass solche Kinder anders ticken und dass dies nicht nur einfach durch Klassenüberspringen dauerhaft gelöst werden kann. Durch den Sprung kommt der Schüler zwar vorübergehend in eine anspruchsvollere Umgebung, allerdings wird dieser Vorsprung sehr schnell aufgeholt." Das sind Stimmen von Betroffenen oder die Aussage einer Mutter. Dabei benötigen diese Schüler genau so Hilfe wie die schwachen Schüler, nur sieht das bei ihnen anders aus. Zum Schluss erlaube ich mir noch, die Beurteilung einer Schülerin des Landesgymnasiums, eines öffentlichen Gymnasiums in Meissen vorzulesen - immerhin 12 Reisestunden vom Kanton Aargau entfernt. Diesen Sommer hat wiederum eine Familie aus unserem Kanton ihr Kind nach Meissen geschickt, weil wir das nicht anbieten können. "X ist in eine, in jeder Hinsicht aussergewöhnliche Schülerin. Neben ihrer herausragenden Intelligenz ist sie auch eine für ihr Alter überaus reife und angenehme Persönlichkeit, die stets eine innere Ruhe und Freundlichkeit ausstrahlt. Sie möchte weiterhin mit ihrer Zimmernachbarin zusammenwohnen, da beide sehr zufrieden mit dieser Gemeinschaft sind und gut miteinander auskommen. Innerhalb des Etagenzusammenlebens hat sie keine Probleme und fühlt sich wohl in dieser Konstellation. Im ausserschulischen Bereich ist sie sehr aktiv. So bereitet sie sich intensiv auf die Schweizer Matura vor und absolviert Prüfungen für ein Studium in den USA. Nebenbei forscht sie für ihr derzeitiges Projekt und gewann einen europäischen Forschungswettbewerb. In ihrer wenigen Freizeit nimmt sie Cellounterricht und spielt Klavier. Perspektivisch bleibt es, ihr zu wünschen, dass sie, bei all diesen Herausforderungen nicht verlernt, auf die Zeichen ihres Körpers zu hören, und dass sie bewusst Erholung und Entspannung für sich sucht und Zeit für diese findet. Sie ist eine sehr beeindruckende Persönlichkeit."

Eine zweite und letzte Beurteilung: "Sie weiss Situationen aller Art stets punktgenau zu analysieren, jedem Unterricht durch ihre integrative Art der Auseinandersetzung mit Problemen Tiefe zu verleihen, und es ist fast müssig, darauf hinzuweisen, dass sie in beinahe ausnahmslos allen Unterrichtsbereichen Exzellenz im wahrsten Wortsinne unter Beweis stellt."

Sehr verehrte Damen und Herren, ist es tatsächlich richtig, wenn wir entgegen der Kantonsverfassung und entgegen dem Schulgesetz dieses Feld den Privatschulen überlassen? Ich bin der Meinung, diese Perle eines Bildungssystems sollten wir mit genau gleicher Einsicht wie in den verschiedensten deutschen Bundesländern auch mit der öffentlichen Schule bewältigen. Das können wir. Das schaffen wir. Wir haben das Potenzial in unserer Jugend. Unsere Jugend ist für die Gesellschaft und für die Wirtschaft die Zukunft und die braucht exzellente Leistungen, braucht exzellent geförderte, geniale Begabungen, sei es einseitig, mehrseitig oder überzeugende Gesamtbegabungen. In diesem Sinne ist der Regierungsrat absolut überzeugt, dass das ein ganz wichtiger Teil dieser Reform ist, dass wir dieses Angebot so gestalten, dass die Förderung von

Hochbegabungen nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängig ist, wie es heute der Fall ist. Ich bin überzeugt, dass Sie es nie bereuen werden. Der Kanton wird in 10 Jahren sehr stolz auf sein Hochbegabtgymnasium sein. Andere Kantone, Familien in anderen Kantonen, aber auch viele Familien in unserem Kanton warten darauf, dass wir dieses Angebot endlich auf die Beine stellen und nicht nur den privaten Schulen überlassen. Ich danke Ihnen für die Zustimmung.

Glärner Andreas, SVP, Oberwil-Lieli: Rainer Huber, Du kommst mir vor wie der Geistheilige, in Deiner ehemaligen schönen Wohngemeinde Berikon, der im "Blick" jeweils seitenweise die Kundenbriefe zufriedener Geheilte abdruckt. Es wird dadurch nicht glaubhafter. Bitte verschone uns also in der weiteren Beratung vor dem Vorlesen begeisterter Elternschreiben. Auch wir hätten Dutzende von Schreiben von besorgten Lehrern, Schulleitern und Eltern vorzulesen.

Man kann doch nicht unten integrieren und oben separieren. Das sollte jedem einleuchten.

Regierungsrat Rainer Huber, CVP: Danke, Andreas Glärner, für dieses flammende Votum zugunsten der integrativen Schulführung. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich aufgrund einer Volkswahl heute hier als Regierungsrat sitze und in keiner Art und Weise als Geistheiliger. Ich weiss, dass es Geistheiliger gibt, die schon unheimlich viel Positives bewirkt haben. Leider verfüge ich nicht über diese Fähigkeiten. Ich danke aber für die Vermutung von Seiten Andreas Glärners.

Vorsitzender: Ich möchte noch festhalten, dass die FDP ihren Antrag zurückgezogen hat.

Eventualabstimmung:

Der Antrag Gebhard obsiegt mit 73 gegen 58 Stimmen über den Antrag von Kommission und Regierungsrat.

(Für Antrag Gebhard = Ja)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra Christina	Islisberg	Ja
Ackermann	Adrian	Kaisten	Ja
Agustoni	Roland	Magden	Nein
Alder	Rolf	Brugg AG	Nein
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Ja
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Ja
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Ja
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Nein
Benker-Rohr	Doris	Möhlly	Nein
Berger	Erwin	Boswil	Ja
Bhend	Martin	Oftringen	Ja
Bialek	Roland	Buchs AG	Ja
Biffiger	Gregor	Berikon	Nein
Binder	Andreas	Baden	Ja
Bodmer	Thomas	Wettingen	Nein
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Ja
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Ja
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Ja

Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Ja	Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Ja
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Nein	Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Nein
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Nein	Kohler	Ueli	Baden	Nein
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Nein	Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Nein
Burkart	Thierry	Baden	Ja	Leimbacher	Markus	Villigen	Nein
Böni	Fredy	Möhlín	Abwesend	Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Nein
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Nein	Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Ja
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Nein	Leuenberger	Beat	Schöftland	Nein
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend	Leuenberger	Urs	Widen	Ja
Dubach	Manfred	Zofingen	Ja	Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Ja
Dössegger	Hans	Seon	Nein	Läng	Max	Nussbaumen b. Baden	Ja
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Nein	Lüpold	Thomas	Möriken-Wildegg	Nein
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Ja	Lüscher	Brunette	Magden	Nein
Egli	Dieter	Windisch	Nein	Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Ja
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Nein	Markwalder	Walter	Würenlos	Nein
Emmenegger	Kurt	Baden	Nein	Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Nein
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend	Meier Doka	Nicole	Baden	Ja
Feri	Yvonne	Wettingen	Ja	Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Ja
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Ja	Miloni	Reto	Hausen AG	Ja
Flury	Oliver	Lenzburg	Ja	Moll-Reutercrona	Andrea	Fenkrieden	Ja
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Nein	Morach	Annerose	Obersiggenthal	Nein
Forrer	Walter	Oberkulm	Nein	Moser	Ernst	Würenlos	Nein
Frei	Cécile	Gebenstorf	Nein	Müller	Pia	Wettingen	Ja
Fricker	Roger	Oberhof	Nein	Müller-Killer	Erika	Lengnau	Ja
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Nein	Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Ja
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Nein	Nebel	Franz	Bad Zurzach	Nein
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Nein	Nussbaumer Marty	Marie-Louise	Obersiggenthal	Ja
Furer	Pascal	Staufen	Nein	Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Ja
Füglister	Lieni	Rudolfstetten	Nein	Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Nein
Gautschi	Renate	Gontenschwil	Ja	Rhiner	Robert	Zofingen	Ja
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Ja	Richner	Sämi	Auenstein	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Nein	Roth	Barbara	Erlinsbach	Ja
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Nein	Rüegger	Kurt	Rothrist	Nein
Groux	Rosmarie	Berikon	Nein	Rüetschi-Hartmann	Beat	Suhr	Nein
Guignard	Marcel	Aarau	Ja	Schibli	Erika	Wohlenschwil	Ja
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Ja	Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Nein
Haller	Christine	Reinach	Ja	Schoch	Adrian	Fislisbach	Abwesend
Heller	Daniel	Erlinsbach	Ja	Scholl	Bernhard	Möhlín	Ja
Hochuli	Heinrich	Aarau	Nein	Scholl	Herbert H.	Zofingen	Ja
Hochuli	Susanne	Reitnau	Ja	Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Ja
Hofer	Liliane	Zofingen	Ja	Schuhmacher	Peter	Wettingen	Ja
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend	Schweizer	Annalise	Zufikon	Ja
Hollinger	Franz	Brugg	Ja	Schöni	Heinrich	Oftringen	Ja
Hunn	Jörg	Riniken	Nein	Senn	Andreas	Würenlingen	Ja
Huonder-Aschwanden	Trudi	Egliswil	Ja	Soldati	Emanuele	Staufen	Ja
Härri	Max	Birrwil	Nein	Sommerhalder	Martin	Schmiedrued-Walde	Nein
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Nein	Spielmann	Alois	Aarburg	Ja
Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Ja	Stierli-Popp	Walter	Fischbach-Göslikon	Nein
Jean-Richard	Peter	Aarau	Ja	Strebel	Herbert	Muri	Ja
Jost	Rudolf	Villmergen	Ja	Studer	Lilian	Wettingen	Ja
Keller	Stefan	Baden	Nein				
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend				
Keusch	Linus	Villmergen	Ja				
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Nein				

Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Nein
Stüssi-Lauterburg	Jürg	Windisch	Nein
Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Unternährer	Beat	Unterentfelden	Nein
Villiger-Matter	Andreas	Sins	Ja
Voser	Peter	Killwangen	Ja
Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Nein
Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Nein
Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Ja
Wanner	Maja	Würenlos	Ja
Weber	Guido	Spreitenbach	Ja
Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Nein
Wernli	Bernhard	Rothrist	Ja
Wertli	Otto	Aarau	Ja
Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Wullschleger	Stephan	Strengelbach	Nein
Wyss	Kurt	Leuggern-Gippingen	Abwesend
Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Ja

Eventualabstimmung:

Der Antrag Gebhard obsiegt mit 71 gegen 60 Stimmen über den Antrag Unternährer.

(Für Antrag Gebhard = Ja)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra	Islisberg	Ja
	Christina		
Ackermann	Adrian	Kaisten	Nein
Agustoni	Roland	Magden	Ja
Alder	Rolf	Brugg AG	Ja
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Ja
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Ja
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Ja
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Ja
Benker-Rohr	Doris	Möhlín	Ja
Berger	Erwin	Boswil	Ja
Bhend	Martin	Oftringen	Ja
Bialek	Roland	Buchs AG	Ja
Biffiger	Gregor	Berikon	Nein
Binder	Andreas	Baden	Ja
Bodmer	Thomas	Wettingen	Nein
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Ja
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Nein
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Ja
Bryner	Peter	Möriken-Wildegg	Ja
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Nein
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Ja
Burgherr-Leu	Thomas	Williberg	Nein
Burkart	Thierry	Baden	Nein
Böni	Fredy	Möhlín	Abwesend
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Nein
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Nein
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend
Dubach	Manfred	Zofingen	Ja

Dössegger	Hans	Seon	Nein
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Nein
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Ja
Egli	Dieter	Windisch	Ja
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b. Baden	Ja
Emmenegger	Kurt	Baden	Ja
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend
Feri	Yvonne	Wettingen	Ja
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Nein
Flury	Oliver	Lenzburg	Ja
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Nein
Forrer	Walter	Oberkulm	Nein
Frei	Cécile	Gebenstorf	Ja
Fricker	Roger	Oberhof	Nein
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Nein
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Nein
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Nein
Furer	Pascal	Staufen	Nein
Füglistaller	Lieni	Rudolfstetten	Nein
Gautschy	Renate	Gontenschwil	Ja
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Ja
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Nein
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Nein
Groux	Rosmarie	Berikon	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Ja
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Nein
Haller	Christine	Reinach	Ja
Heller	Daniel	Erlinsbach	Nein
Hochuli	Heinrich	Aarau	Nein
Hochuli	Susanne	Reitnau	Ja
Hofer	Liliane	Zofingen	Ja
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend
Hollinger	Franz	Brugg	Ja
Hunn	Jörg	Riniken	Nein
Huonder-Achwanden	Trudi	Egliswil	Ja
Härrí	Max	Birrwil	Nein
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Nein
Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Ja
Jean-Richard	Peter	Aarau	Ja
Jost	Rudolf	Villmergen	Nein
Keller	Stefan	Baden	Ja
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend
Keusch	Linus	Villmergen	Ja
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Nein
Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Ja
Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Nein
Kohler	Ueli	Baden	Nein
Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Nein
Leimbacher	Markus	Villigen	Ja
Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Ja
Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Ja
Leuenberger	Beat	Schöftland	Nein
Leuenberger	Urs	Widen	Ja
Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Ja

Läng	Max	Nussbaumen b.Baden	Ja
Lüpold	Thomas	Möriken-Wildeg	Nein
Lüscher	Brunette	Magden	Nein
Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Ja
Markwalder	Walter	Würenlos	Nein
Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Nein
Meier Doka	Nicole	Baden	Ja
Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Ja
Miloni	Reto	Hausen AG	Ja
Moll-Reutercrona	Andrea	Fenkrieden	Nein
Morach	Annerose	Obersiggenthal	Nein
Moser	Ernst	Würenlos	Nein
Müller	Pia	Wettingen	Ja
Müller-Killer	Erika	Lengnau	Ja
Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Ja
Nebel	Franz	Bad Zurzach	Nein
Nussbaumer Marty	Marie-Louise	Obersiggenthal	Nein
Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Nein
Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Nein
Rhiner	Robert	Zofingen	Ja
Richner	Sämi	Auenstein	Ja
Roth	Barbara	Erlinsbach	Ja
Rüegger	Kurt	Rothrist	Nein
Rüetschi-Hartmann	Beat	Suhr	Ja
Schibli	Erika	Wohlenschwil	Nein
Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Ja
Schoch	Adrian	Fislibach	Abwesend
Scholl	Bernhard	Möhl	Nein
Scholl	Herbert H.	Zofingen	Ja
Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Ja
Schuhmacher	Peter	Wettingen	Abwesend
Schweizer	Annalise	Zufikon	Ja
Schöni	Heinrich	Oftringen	Ja
Senn	Andreas	Würenlingen	Ja
Soldati	Emanuele	Staufen	Ja
Sommerhalder	Martin	Schmiedrued-Walde	Nein
Spielmann	Alois	Aarburg	Ja
Stierli-Popp	Walter	Fischbach-Göslikon	Nein
Strebel	Herbert	Muri	Ja
Studer	Lilian	Wettingen	Ja
Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Nein
Stüssi-Lauterburg	Jürg	Windisch	Nein
Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Unternährer	Beat	Unterentfelden	Nein
Villiger-Matter	Andreas	Sins	Ja
Voser	Peter	Killwangen	Ja
Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Nein
Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Nein
Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Ja
Wanner	Maja	Würenlos	Ja
Weber	Guido	Spreitenbach	Ja

Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Nein
Wernli	Bernhard	Rothrist	Ja
Wertli	Otto	Aarau	Ja
Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Wullschleger	Stephan	Strengelbach	Nein
Wyss	Kurt	Leuggern-Gippingen	Ja
Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Nein

Hauptabstimmung:

Der Antrag Gebhard obsiegt mit 79 gegen 53 Stimmen über den Antrag des Regierungsrats (rechte Spalte der Synopse).

(Für Antrag Gebhard = Nein)

Name	Vorname	Wohnort	Abstimmung
Abbt-Mock	Alexandra Christina	Islisberg	Nein
Ackermann	Adrian	Kaisten	Nein
Agustoni	Roland	Magden	Ja
Alder	Rolf	Brugg AG	Nein
Amacher Dzung	Ruth	Wettingen	Ja
Andermatt-Bürgler	Astrid	Lengnau	Ja
Bachmann-Steiner	Regula	Magden	Nein
Bader Biland	Sybille	Tägerig	Ja
Benker-Rohr	Doris	Möhl	Ja
Berger	Erwin	Boswil	Nein
Bhend	Martin	Oftringen	Ja
Bialek	Roland	Buchs AG	Ja
Biffiger	Gregor	Berikon	Ja
Binder	Andreas	Baden	Nein
Bodmer	Thomas	Wettingen	Ja
Breitschmid	Manfred	Bremgarten	Nein
Brun Klemm	Ursula	Rheinfelden	Nein
Brunner	Andreas	Oberentfelden	Nein
Bryner	Peter	Möriken-Wildeg	Ja
Brünisholz-Kämpfer	Lothar	Zofingen	Nein
Burgener Brogli	Elisabeth	Gipf-Oberfrick	Ja
Burgherr-Leu	Thomas	Wiliberg	Ja
Burkart	Thierry	Baden	Nein
Böni	Fredy	Möhl	Abwesend
Bütler	Lukas	Beinwil (Freiamt)	Ja
Chopard-Acklin	Max	Nussbaumen b. Baden	Ja
Deppeler-Lang	Walter	Tegerfelden	Abwesend
Dubach	Manfred	Zofingen	Ja
Dössegger	Hans	Seon	Ja
Dössegger-Heuberger	Irène	Seon	Ja
Egger-Wyss	Esther	Obersiggenthal	Nein
Egli	Dieter	Windisch	Ja
Eliassen Vecko	Eva	Nussbaumen b.Baden	Ja
Emmenegger	Kurt	Baden	Ja
Favre-Bitter	Bernadette	Wallbach	Abwesend
Feri	Yvonne	Wettingen	Ja
Fischer-Taeschler	Doris	Seengen	Nein

Flury	Oliver	Lenzburg	Nein
Flückiger-Bäni	Sylvia	Schöftland	Ja
Forrer	Walter	Oberkulm	Ja
Frei	Cécile	Gebenstorf	Ja
Fricker	Roger	Oberhof	Ja
Friker-Kaspar	Vreni	Oberentfelden	Ja
Frunz	Eugen	Obersiggenthal	Ja
Fuchs-Holliger	Udo	Oberentfelden	Ja
Furer	Pascal	Staufen	Ja
Füglistaller	Lieni	Rudolfstetten	Ja
Gautschy	Renate	Gontenschwil	Nein
Gebhard-Schöni	Esther	Möriken-Wildegg	Nein
Giezendanner	Benjamin	Rothrist	Ja
Glarner	Andreas	Oberwil-Lieli	Ja
Groux	Rosmarie	Berikon	Ja
Guignard	Marcel	Aarau	Nein
Haeny	Urs	Oberwil-Lieli	Nein
Haller	Christine	Reinach	Nein
Heller	Daniel	Erlinsbach	Nein
Hochuli	Heinrich	Aarau	Ja
Hochuli	Susanne	Reitnau	Nein
Hofer	Liliane	Zofingen	Ja
Hoffmann	Brigitte	Küttigen	Abwesend
Hollinger	Franz	Brugg	Nein
Hunn	Jörg	Riniken	Ja
Huonder-Aschwanden	Trudi	Egliswil	Nein
Härri	Max	Birrwil	Ja
Hürzeler	Alex	Oeschgen	Ja
Hürzeler	Bernhard	Schöftland	Ja
Jean-Richard	Peter	Aarau	Ja
Jost	Rudolf	Villmergen	Nein
Keller	Stefan	Baden	Nein
Kerr Rüesch	Katharina	Aarau	Abwesend
Keusch	Linus	Villmergen	Ja
Killer-Hodel	Hans	Untersiggenthal	Ja
Klöti	Rainer Ernst	Auenstein	Ja
Knecht	Hansjörg	Leibstadt	Ja
Kohler	Ueli	Baden	Ja
Lehmann-Wälchli	Regina	Reitnau	Ja
Leimbacher	Markus	Villigen	Ja
Leitch-Frey	Thomas	Wohlen	Ja
Lepori-Scherrer	Theres	Berikon	Nein
Leuenberger	Beat	Schöftland	Ja
Leuenberger	Urs	Widen	Nein
Liechti-Wagner	Alice	Wölflinswil	Nein
Läng	Max	Nussbaumen b.Baden	Nein
Lüpold	Thomas	Möriken-Wildegg	Ja
Lüscher	Brunette	Magden	Ja
Lüscher	Rudolf	Laufenburg	Nein
Markwalder	Walter	Würenlos	Ja
Mattenberger-Schmitter	Marianna	Birr	Ja
Meier Doka	Nicole	Baden	Nein
Mettler	Hansruedi	Dürrenäsch	Ja
Miloni	Reto	Hausen AG	Ja
Moll-	Andrea	Fenkrieden	Ja
Reuter Crona			
Morach	Annerose	Obersiggenthal	Ja
Moser	Ernst	Würenlos	Ja
Müller	Pia	Wettingen	Ja
Müller-Killer	Erika	Lengnau	Nein
Nadler-Debrunner	Kathrin	Lenzburg	Ja
Nebel	Franz	Bad Zurzach	Nein
Nussbaumer Marty	Marie- Louise	Obersiggenthal	Nein
Ochsner	Bettina	Oberlunkhofen	Nein
Plüss-Mathys	Richard	Lupfig	Ja
Rhiner	Robert	Zofingen	Nein
Richner	Sämi	Auenstein	Ja
Roth	Barbara	Erlinsbach	Ja
Rüegger	Kurt	Rothrist	Ja
Rüetschi-Hartmann	Beat	Suhr	Nein
Schibli	Erika	Wohlenschwil	Nein
Schmid-Schmid	Heidi	Muri	Ja
Schoch	Adrian	Fislisbach	Abwesend
Scholl	Bernhard	Möhlins	Nein
Scholl	Herbert H.	Zofingen	Ja
Schreiber-Rebmann	Patricia	Wegenstetten	Nein
Schuhmacher	Peter	Wettingen	Nein
Schweizer	Annalise	Zufikon	Nein
Schöni	Heinrich	Oftringen	Ja
Senn	Andreas	Würenlingen	Nein
Soldati	Emanuele	Staufen	Ja
Sommerhalder	Martin	Schmiedrued- Walde	Ja
Spielmann	Alois	Aarburg	Nein
Stierli-Popp	Walter	Fischbach- Göslikon	Ja
Strebel	Herbert	Muri	Nein
Studer	Lilian	Wettingen	Ja
Stöckli-Ammann	Milly	Muri	Ja
Stüssi-Lauterburg	Jürg	Windisch	Ja
Suter	Ruedi	Seengen	Abwesend
Unternährer	Beat	Unterentfelden	Ja
Villiger-Matter	Andreas	Sins	Nein
Voser	Peter	Killwangen	Nein
Vulliamy	Daniel	Rheinfelden	Ja
Vögeli	Erich	Kleindöttingen	Ja
Vögtli	Theo	Kleindöttingen	Nein
Wanner	Maja	Würenlos	Nein
Weber	Guido	Spreitenbach	Nein
Wehrli-Löffel	Peter	Küttigen	Ja
Wernli	Bernhard	Rothrist	Ja
Wertli	Otto	Aarau	Nein
Wittwer	Hansjörg	Aarau	Abwesend
Wullschleger	Stephan	Strengelbach	Ja
Wyss	Kurt	Leuggern- Gippingen	Nein
Zollinger-Keller	Ursula	Untersiggenthal	Nein

Leitsatz 6

Wanner Maja, FDP, Würenlos, Präsidentin der Kommission

für Bildung, Kultur und Sport, BKS: Die Kommission musste nach der Ablehnung des Gymnasiums für Hochbegabte im Leitsatz 7 ein Rückkommen auf den Leitsatz 6 machen. Damit sind die 2 Grundtypen der Sek. I bestimmt. Vorgesehen sind Niveaugruppen in den Fächern Englisch, Französisch und Mathematik. Dabei wurde in der Kommission die Frage gestellt, ob dies die richtigen Fächer für Niveaure sind. Zustimmung zum Leitsatz 6 in der bereinigten Fassung in der Kommission: 9 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Unternährer Beat, SVP, Unterentfelden: Wir beantragen, diesen Leitsatz neu zu formulieren, und zwar wie folgt: "Die Sekundarstufe I umfasst die dreijährigen Typen Realschule, Sekundarschule und Bezirksschule."

Die Oberstufe ist in diesem Planungsbericht Bildungskleeblatt als Gesamtschule geplant unter Integration der bisherigen Bezirks-, Sekundar-, und Realschule. Sie soll nun in zwei Leistungszüge unterteilt werden. Das separate Hochbegabtgymnasium kommt jetzt nicht. Der Unterricht erfolgt nur noch zur Hälfte in den Stammklassen und in der restlichen Zeit in Niveaugruppen und Wahl- oder Wahlpflichtfächern. Damit ein solch kompliziertes System rein organisatorisch funktionieren kann, wird eine Mindestschulgrösse von 11 Abteilungen vorausgesetzt. Aus diesem ausserpädagogischen Grund verlangt der Bildungsdirektor erneut umfangreiche Verlegungen und Fusionen kleiner Schulen, und dies nur wenige Jahre nach der grossen Regos-Übung.

Der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der Schüler und Schülerinnen wird mit den drei Oberstufenzügen Rechnung getragen. Jedes Kind soll gemäss seinen Möglichkeiten gefördert werden. Dazu braucht es ein differenziertes Schulangebot. Sowohl Überforderung als auch Unterforderung sind für die schulische und persönliche Entwicklung des Kindes schädlich. Ich zitierte hier Alexandra Abbt. Das Leistungsvermögen eines Kindes kann sich im Laufe seiner Schullaufbahn erheblich ändern, deshalb ist eine kontinuierliche Durchlässigkeit zwischen den Typen notwendig. Die heutigen Probleme der Realschule werden nicht gelöst, sondern nur weitergereicht. Ein echter Lösungsvorschlag bestünde darin, den Eintritt in die heutige Realschule von einem ca. halbjährigen Intensivdeutschkurs abhängig zu machen, die Klassengrösse auf 15 Schüler zu beschränken und den Unterricht stärker auf geeignete Berufe auszurichten. Weniger Differenzierung in den Leistungszügen und mehr Differenzierung in einzelnen Fächern sind widersprüchlich und pädagogisch nachteilig. Die Bezirksschule bereitet ihre Schülerinnen und Schüler auf anspruchsvolle Berufslehren und eine gymnasiale Ausbildung vor. Dieser duale Auftrag ist eine besondere Stärke des aargauischen Schulsystems, an dem wir festhalten müssen. Vorteile sind unter anderem die hohe Flexibilität der Schülerinnen und Schüler beim Laufbahnentscheid und die gute Vernetzung zwischen angehenden Fachhochschul- und Hochschulabsolventen. Diese aargauische Spezialität, die Bezirksschule, ist eine Erfolgsstory: Meine Damen und Herren, helfen Sie mit, sie nicht preiszugeben.

Fischer-Taeschler Doris, FDP, Seengen: Schade, dass diese Hochbegabtgymmi abgelehnt wurde. Die freisinnige Fraktion ist der Meinung, dass nun primär die Harmonisierungsbemühungen in der Nordwestschweiz mit

dem Bildungsraum Nordwestschweiz vorangetrieben werden müssen. Und sollten Basel-Land, Basel-Stadt und Solothurn an dreigliedrigen Oberstufen festhalten - und das zeichnet sich ab -, so tut der Aargau gut daran, nach der Ablehnung des Begabtgymnasiums, die Türen für eine dreigliedrige Stufe offenzuhalten. Für uns heisst das, dass im Leitsatz 6 zumindest eine dreigliedrige Oberstufe vorgesehen werden muss, indem wir bspw. die Möglichkeit von Progymnasien an den Kantonsschulen vorsehen. Diese Möglichkeit gäbe es dann nicht nur im Kanton Aargau, sondern durchaus erfolgreich im Kanton Zürich. Das Geschäft Bildungsraum Nordwestschweiz steht uns noch bevor und wir möchten nicht, dass wir jetzt Türen zuschlagen, die nicht zugeschlagen werden müssen und dürfen. Genau so wie wir beschlossen haben, die Eintrittsstufe mit den Nachbarkantonen gemeinsam zu lösen, sind wir der Meinung, dass wir die Türen für eine Harmonisierung in der Nordwestschweiz offen lassen müssen und dass der Leitsatz 6 deshalb umformuliert werden muss. Er soll lauten:

"Die Sekundarstufe I dauert 3 Jahre. Sie bereitet die Schülerinnen und Schüler auf die Berufsbildung und die Mittelschulen vor. Auf der Sekundarstufe I erfolgt der Unterricht für alle Jugendlichen in einklassigen Abteilungen innerhalb von zwei bis drei Leistungszügen. Einzelne Fächer werden in Niveaugruppen unterrichtet. Die Einführung eines Progymnasiums an den Kantonsschulen ist mit der Einführung des Bildungsraums Nordwestschweiz zu prüfen." Das hält uns die Türen offen, um abzuwarten, was uns diese Verhandlungen, Auseinandersetzungen, Meinungsfindungen in der Nordwestschweiz bringen. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag.

Wertli Otto, CVP, Aarau: Schade, höre ich diesen Vorschlag in dieser Form heute zum ersten Mal. Aus der Gerüchteküche wusste man ja, dass etwas auf uns zukommt. Wir haben die zweigliedrige Oberstufe vorgesehen und meinen mit den Niveaustufen, dass wir damit den Bedürfnissen der Kinder besser gerecht werden. Wir haben auch von der Durchlässigkeit gehört. Die Durchlässigkeit ist dann schwieriger, wenn man in einem bestimmten Typus eingeschult ist. Hingegen ist die Durchlässigkeit bei Niveaus besser gegeben. Das ist fast ein Prüfungsauftrag, der gestellt wurde. Ich frage mich auch, welche Konsequenzen das hat. Welche Konsequenzen hat es z.B. für die Schulstandorte, ob es nun drei oder zwei Typen sind? Dies führt zu weiteren Unsicherheiten, wie es nun weitergeht. Wird dieser Zug jetzt tatsächlich als Progymnasium geführt oder als separater Zug? Das sind verschiedene Unklarheiten. Zudem bin ich ein bisschen über die Form des Antrags überrascht. Er kommt sehr spät und wir konnten darüber nicht diskutieren. Wir hatten diesen Vorschlag nie, auch nicht in der Phase, als wir darüber sprechen konnten. Mir kommt es ein wenig wie beim Leiterlispel vor - zurück zum Start -, mindestens was die Thematik der Sekundarstufe I anbelangt. Mit dem, was wir im Leitsatz 6 vorgelegt haben, wissen wir, was wir haben. Wir haben es diskutiert und konnten die Konsequenzen abschätzen. Für mich gilt dieser Leitsatz 6, wie er jetzt hier steht, immer noch.

Vorsitzender: Ich unterbreche schliesse hier die Sitzung. Wir treffen uns wieder um 16.00 Uhr.

(Schluss der Sitzung um 15.30 Uhr)